Ausgabe 5 - Oktober 2018

16. Jahrgang, Nr. 92

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

DEUTSCHLAND UND DIE BUNDESWEHR

Jürgen Wagner ~ Bundeswehr: Per Fähigkeitsprofil in den Neuen Kalten Krieg **– 1**

Alexander Kleiß ~ „Sieg Heil!“-Rufe, aber keine Neonazis? Rechte Vorfälle in der Division Schnelle Kräfte der Bundeswehr **– 3**

Alison Dorsch ~ #retten #kämpfen #führen: Imagewechsel der Bundeswehr-Rekrutierungskampagne **– 4**

Peter Feininger ~ Renk: Profil eines Top-Rüstungskonzerns **– 6**

Alexander Kleiß ~ Ein neues Militärgelände für das Kommando Spezialkräfte: Notfalls gegen den Willen der Bevölkerung **– 13**

Thomas Mickan ~ Bundeswehrmessen: Wann darf demonstriert werden? Der Fall Thomas H. geht zum Europäischen Gerichtshof **– 14**

CYBER- UND INFORMATIONSRAUM

Christoph Marischka ~ Ein hybrides Kommando: Der Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr **– 15**

Christoph Marischka ~ »Angriffsvorteil« durch KI. Künstliche Intelligenz: Deutschland am Wettrüsten beteiligt **– 18**

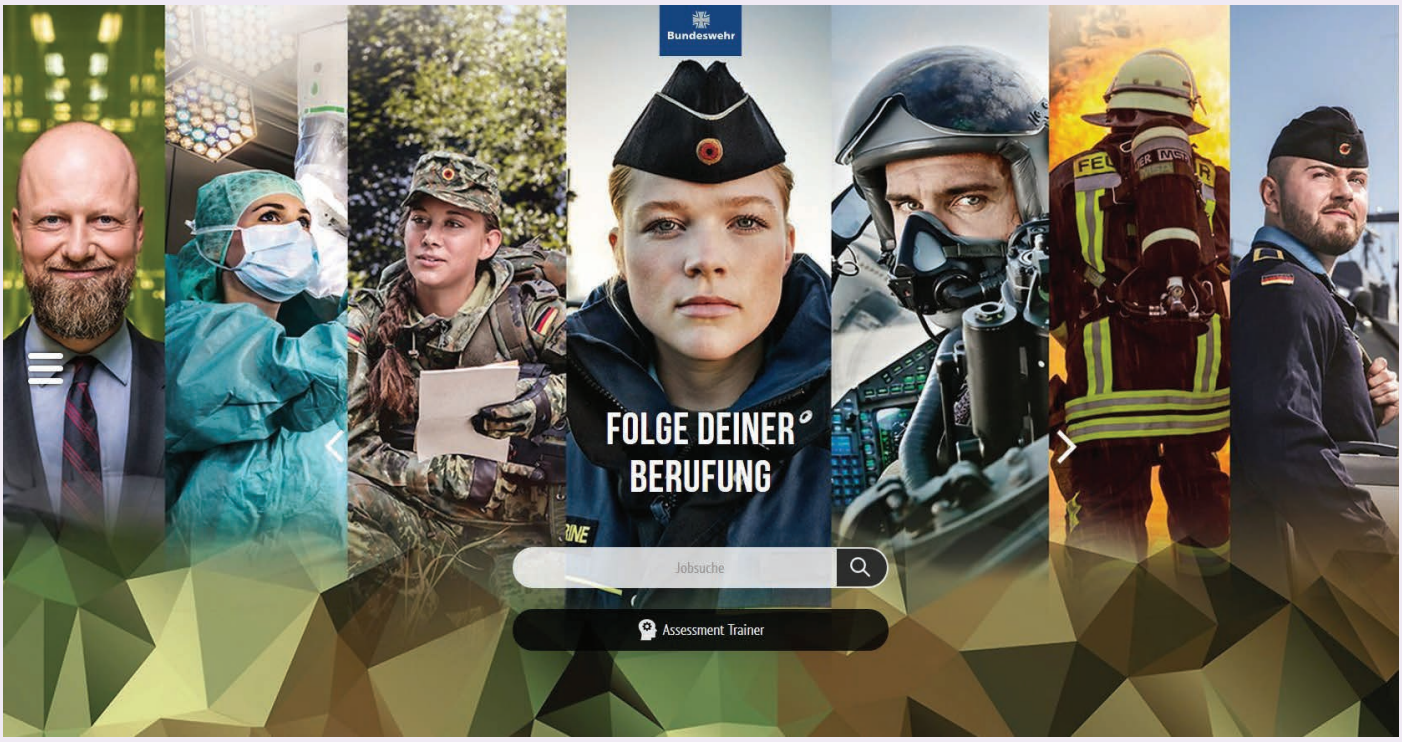
Christoph Marischka ~ Flugsimulatoren als Grundlagenforschung? Eine Spurensuche im Cyber Valley **– 20**

WEITERE ARTIKEL

Simon Lang ~ Europa und der neoliberale Extraktivismus in Südafrika: Ungleiche Entwicklung und die Externalisierung von Gewalt **– 23**

Claudia Haydt ~ Koreanische Halbinsel: Tauwetter am 38. Breitengrad **– 34**

Mirko Petersen ~ Rezension: „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ **– 36**



Editorial:

Auch im Sommerloch wiederholt en sich die immer gleichen Forderungen nach mehr Rekrutierung, Aufrüstung und Kompetenzerweiterung für die Bundeswehr. Eines der wesentlichen Planungsdokumente der Bundeswehr ist das Anfang September unterzeichnete und als Verschlusssache eingeordnete „Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“, dem sich Jürgen Wagner in dieser Ausgabe widmet. Um den personellen Wunschvorstellungen näher zu rücken, betreibt das Verteidigungsministerium seit Jahren kostspielige und aggressive Rekrutierungskampagnen, wie Allison Dorsch in ihrem Artikel über die aktuelle, im August 2018 gestartete Kampagne beleuchtet.

Trotz der zahlreichen rechten Vorfälle, die aus den Kreisen der Spezialkräfte bekannt werden, ergeben sich wenig konkrete Folgen – in dieser Ausgabe untersucht Alexander Kleiß in einem Artikel zunächst die letzten Vorkommnisse und geht in einem zweiten auf die Suche nach einem neuen Flugabsprunggelände ein. Christoph Marischka hingegen analysiert in drei Artikel verschiedene Aspekte des Wettrüstens im Cyber- und Informationsraum, rund um die im aktuellen Koalitionsvertrag verankerten Themen Digitalisierung, Big Data und Künstliche Intelligenz (KI).

Von der gefährlichen Aufrüstungswelle profitieren besonders die zahlreichen Rüstungsunternehmen in Deutschland. Zu diesen zählen neben den großen, bekannten Unternehmen auch solche, deren Namen es nicht so oft in die Schlagzeilen der deutschen Presselandschaft erscheinen. So z.B. das in Augsburg ansässige Unternehmen Renk, das Peter Feininger genauer unter die Lupe nimmt. Einen Blick über den europäischen Tellerrand werfen in dieser Ausgabe Simon Lang mit seiner Studie über die Remilitarisierung Südafrikas im Kontext der europäischen Handels- und Rohstoffpolitik und Claudia Haydt mit ihrer Analyse der aktuellen Situation auf der koreanischen Halbinsel.

Dieses Jahr findet der IMI-Kongress vom 8. bis zum 9. Dezember 2018 zum Thema „Deutschland rüstet auf“ statt. Das Programm ist auf der Rückseite des Ausdrucks und auf unserer Homepage zu finden. Gerne können bei uns Flyer und Plakate bestellt werden, wir freuen uns über Unterstützung und Bewerbung des Kongresses!

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Alexander Kleiß, Christoph Marischka, Jürgen Wagner.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Laupp & Göbel, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 35 € bzw. Förderabo ab 40 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Christoph Marischka, Cyberkommando, in: W&F 4/2018 Δ Christoph Marischka, KI, junge Welt, 1.9.2018.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Screenshot der Bundeswehr-Rekrutierungsseite im Internet. Quelle: www.bundeswehrkarriere.de

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Claudia Haydt, Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Alexander Kleiß, Thomas Mickan und Mirko Petersen sind IMI-Beiräte. Die Texte von Simon Lang und Alison Dorsch entstanden im Rahmen von IMI-Praktika.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der
Kreissparkasse Tübingen
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB.
Konto des IMI-Förderverein:
IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96
BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Bundeswehr

Per Fähigkeitsprofil in den Neuen Kalten Krieg

von Jürgen Wagner

Seit einiger Zeit macht sich die Bundeswehr daran, konkret auszubuchstabieren, was der vom Zaun gebrochene Neue Kalte Krieg mit Russland für die Struktur, Bewaffnung und nicht zuletzt die Finanzierung der Truppe bedeutet – oder zumindest, was daraus abgeleitet ganz oben auf ihrer Wunschliste steht. Als wichtigstes Planungsdokument hierfür fungiert das in weiten Teilen geheim gehaltene „Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“ (Fäpro), das Anfang September 2018 von Generalinspekteur Zorn unterzeichnet wurde.

Rüstungsstufenplan

Den Anfang machten im April 2017 die „Vorläufigen konzeptionellen Vorgaben für das künftige Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“, das sogenannte Bühler-Papier. Darin waren bereits erste Grundzüge eines Umbaus der Bundeswehr-Divisionen entlang der „Erfordernisse“ des Neuen Kalten Krieges zu erkennen, wie seinerzeit die FAZ (19.4.2017) nüchtern kommentierte: „Damit würden die Divisionen wieder die klassische Struktur aus der Zeit vor 1990 einnehmen.“

In der darauf folgenden „Konzeption der Bundeswehr“, die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen am 20. Juli 2018 unterzeichnete, wurde dann auch offiziell die Landes- bzw. Bündnisverteidigung – also die Auseinandersetzungen mit Russland – als Fokus der künftigen (Rüstungs-)Bemühungen auserkoren (gleichzeitig wurde aber betont, dass man auch weiter weltweit interventionsfähig bleiben wolle): „Die Bundeswehr muss […] in der Lage sein, zur kollektiven Bündnisverteidigung in allen Dimensionen mit kurzem Vorlauf, mit umfassenden Fähigkeiten bis hin zu kampfkräftigen Großverbänden innerhalb und auch am Rande des Bündnisgebietes eingesetzt zu werden.“

Das Fäpro visiert einen dreistufigen Umbau der Bundeswehr an – der erste „Meilenstein“ soll 2023 bewältigt werden. Zu diesem Zeitpunkt wird beabsichtigt, ein Brigadeäquivalent – also etwa 5.000 Soldaten (unter Berücksichtigung von Rotations- und Ruhezeiten noch einmal deutlich mehr) – mit voller Bewaffnung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung aller anderen „Verpflichtungen“ (zB für die EU-Kampftruppen) in die NATO einbringen zu können. Der zweite Schritt soll dann 2027 folgen, da will die Bundeswehr dann bereits eine Division (knapp 20.000 Soldaten) beisteuern.

Das Ende des im Fäpro beschriebenen Planungshorizontes ist schließlich 2031 erreicht, von da ab sollen alle Teilstreitkräfte für einen Krieg mit Russland gerüstet sein: Drei Divisionen (Heer), vier gemischte Einsatzverbände (Luftwaffe), 25 Kampfschiffe (davon elf Fregatten) und 8 U-Boote (Marine) sowie Kapazitäten zur Erlangung der Hoheit im Informationsraum (Cyberkommando) will die Bundeswehr bis dahin am Start haben.

Personalbedarf

Auch am Umfang der Truppe soll gedreht werden: Die Bundeswehr soll von aktuell knapp 180.000 Soldaten bis 2023 auf 198.000 Soldaten anwachsen. Allerdings macht sich aktuell unter Brancheninsidern Skepsis breit, ob dieses Ziel erreicht werden kann: „Wir haben keinen Anlass, von unserer Einschätzung abzurücken, dass die Trendwende Personal gescheitert ist: Der Elefant im politischen Raum ist die demographische Entwicklung. Unter den Brücken von Berlin spricht man leise über andere Umfangszahlen.“ (griephan Briefe Nr. 28/2018) Aufgrund der bereits heute existierenden Rekrutierungsprobleme, denen die Truppe mit ihren massiven Werbeanstrengungen begegnet, dürfte sich in diesem Bereich in den nächsten Jahren so einiges tun. Zumal, wenn man berücksichtigt, dass der Personalbedarf sich für die spätere Aufstellung der anvisierten Divisionen noch einmal deutlich erhöhen dürfte.

Was aus all dem in jedem Fall klar wird – und daran lässt das Fähigkeitsprofil keinerlei Zweifel aufkommen: die Umsetzung dieser Pläne wird eine Menge Geld kosten.

Die Rechnung für den Kalten Krieg

Schon vor einiger Zeit kündigte Verteidigungsministerin von der Leyen an, der Militärhaushalt solle bis 2024 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen. Bereits im Mai 2018 tauchten in einem Papier der Bundeswehr-Universität erste

Quelle: Bundeswehr

Zahlen auf, was das konkret für die Haushalte der nächsten Jahre bedeuten würde, die nun weitgehend vom Fähigkeitsprofil übernommen wurden.

Die Tatsache, dass der Bundeswehr-Etat bereits rasant von 24,3 Mrd. (1999) auf 38,5 Mrd. (2018) auch inflationsbereinigt kräftig zulegte, verblasst geradezu gegenüber dem, was im Fäpro für die kommenden Jahre anvisiert wird. Ausgehend vom bereits vorhandenen Haushaltsansatz 2019 (42,9 Mrd.) sollen saftige jährliche Erhöhungen schließlich in einen Haushalt münden, der 2024 satte 57,91 Mrd. Euro (nach NATO-Kriterien sogar etwas über 62 Mrd. Euro) umfassen soll – etwa 135 Prozent mehr als noch 1999!

Was die Einzelposten anbelangt, sollen vor allem die Bereiche Rüstungsinvestitionen und Materialerhaltung profitieren – von 8,16 Mrd. Euro (2019) sollen sie auf 17,33 Mrd. Euro (2025) ansteigen.

Handlungsdruck für die Wunschliste

Natürlich ist das Fähigkeitsprofil eine Art Wunschliste des Verteidigungsministeriums, insbesondere die Finanzausstattung der Truppe ist schließlich Sache des Parlaments. Und ja, aktuell ziert sich die SPD noch, Ausgabensteigerungen in diesem drastischen Umfang zuzustimmen. Und wohl genau deshalb sprang Kanzlerin Angela Merkel ihrer Verteidigungsministerin schnell bei und stellte sich ebenfalls hinter das 1,5 Prozent-Ziel, das dann auf dem NATO-Gipfel im Juli 2018 auch offiziell als deutsche Zusage in deutlich konkreterer Form als frühere Absichtserklärungen angezeigt wurde.

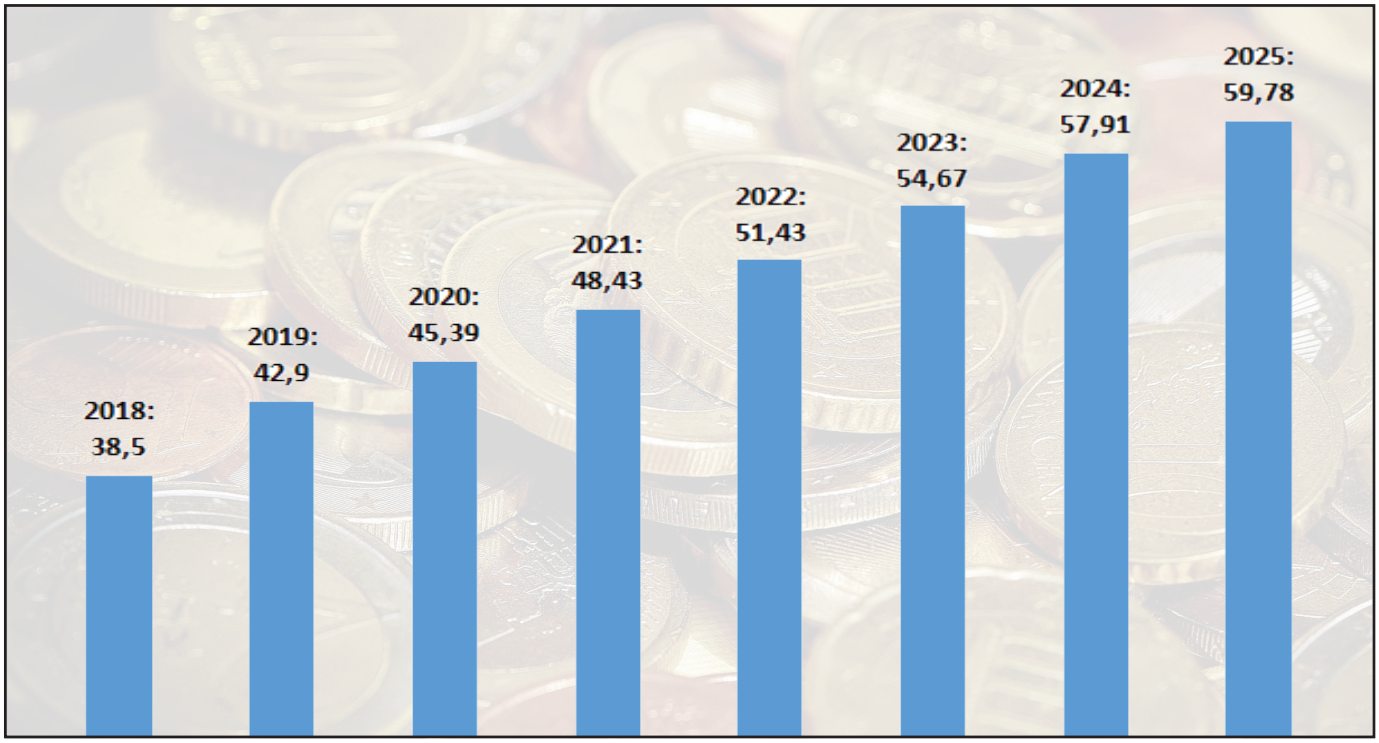
Zu diesem Vorgehen kritisierte auch der Grüne Bundestagsabgeordnete Tobias Lindner: „Zusagen an die NATO zu treffen, die zu Ausgabensteigerungen im zweistelligen Milliardenbereich führen, ohne diese wirklich darzulegen, oder zu diskutieren, ist problematisch. Die zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge der Organisation der Streitkräfte ergeben sich laut Grundgesetz aus dem Haushaltsplan, der durch das Parlament festgelegt wird.“ (Newsletter Verteidigung, 36/2018)

Dadurch wurde wohl bewusst eine Verpflichtung eingegangen, die es den Sozialdemokraten schwer machen soll, diesbezügliche Bestrebungen abzulehnen – und durch besonderen Widerstandswillen in Sachen Aufrüstung sind sie ja ohnehin seit Langem nicht wirklich aufgefallen. Damit das gerade auch angesichts einer durchaus rüstungsskeptischen Bevölkerung auch so bleibt, möchte die Bundeswehr nach Möglichkeit jede öffentliche Diskussion über ihre Pläne vermeiden.

Rüsten, nicht reden!

Seit Jahren beklagen sich Bundeswehr und Sicherheitsestablishment über das angeblich mangelnde Interesse der Öffentlichkeit für militärische Fragen. Insofern ist es doppelt zynisch, dass das Fähigkeitsprofil als „VS – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft wurde, es darf also nicht daraus zitiert werden (obwohl Teile des Inhaltes gleich an befreundete Zeitungen durchgeschossen wurden). Da passt es ins Bild, dass mit dem Schreiben, in dem Staatssekretär Benedikt Zimmer die Abgeordneten auf den Geheimhaltungsstatus des Papiers hinwies, er auch gleichzeitig betonte, mit dem Fähigkeitsprofil ergebe sich ein „transparentes und nachvollziehbares Gesamtbild der Bedarfe der Bundeswehr.“

Der Vogel wurde aber mit drei Anlagen zum Fäpro abgeschossen, in denen – mutmaßlich – eine detaillierte Aufstellung der Rüstungsprojekte mitsamt ihrer Kosten bis zur ersten „Ausbaustufe“ 2023 sowie die zwischen 2024 und 2031 anvisierten Projekte enthalten sein sollen. Die Anlagen sind als „geheim“ eingestuft, Abgeordnete dürfen sie nur in der Geheimschutzstelle des Bundestages einsehen, sich keine Notizen darüber machen und auch nicht darüber reden. Augenscheinlich möchte man vermeiden, dass es zu einer Debatte über den Sinn bzw. Unsinn eines derartigen Fähigkeitsprofils kommt. Dieses Bestreben ist – zumindest wenn man versucht, die Sache aus der Warte der Bundeswehr zu betrachten – durchaus nachvollziehbar. Schließlich bedeuten ihre unverschämten Forderungen angesichts der schwarzen Null ja zwangsläufig, dass dieses Geld an anderen dringend benötigten Stellen fehlen wird.



Projektion: Rüstungshaushalt bis 2025. Quelle: Fähigkeitsprofil der Bundeswehr

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

„Sieg Heil!“-Rufe, aber keine Neonazis?

Rechte Vorfälle in der Division Schnelle Kräfte der Bundeswehr

von Alexander Kleiß

Die Division Schnelle Kräfte (DSK) umfasst die Spezialkräfte der Bundeswehr. Immer wieder fallen Soldaten dieser Division durch rechtes Gedankengut auf.

Die ARD-Sendung Panorama berichtete im vergangenen Sommer von einer Abschiedsfeier für den Kompaniechef Pascal D. des Kommando Spezialkräfte (KSK) am 27. April 2017. Demnach wurde auf der Feier rechtsradikale Musik der neonazistischen Band Sturmwehr gespielt und der Hitlergruß gezeigt. Von den etwa 60 anwesenden Soldaten habe dies niemanden gestört. Vielmehr hätten die Elite-Kämpfer „euphorisch“ mitgegrölt. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Stuttgart hierzu dauern noch an, weshalb auch mehr als ein Jahr nach dem Vorfall noch keine internen Disziplinarmaßnahmen ergriffen worden seien. Wie eine Kleine Anfrage[1] von Tobias Pflüger (Die Linke) im Bundestag ergab, zielten die bisher ergriffenen Maßnahmen stattdessen auf die Vertuschung weiterer Vorfälle dieser Art ab. So wird z.B. eine „Sensibilisierung im Umgang mit sozialen Medien bzw. über Gefahren kompromittierender Handlungen“ angestrebt, um zukünftig zu verhindern, dass solche Vorfälle öffentlich werden.

Doch wie konnte es überhaupt erst zu diesen Vorfällen kommen? Auf Nachfrage meinte die Bundesregierung hierzu lapidar: „Rechtliche Grundlage für diese dienstliche Veranstaltung geselliger Art war ein Befehl des Disziplinarvorgesetzten.“

Der Vorfall im April 2017 reiht sich in eine Serie von rechten Vorfällen bei der DSK ein. So zählte der Militärische Abschirmdienst (MAD) neben dem oben dargestellten Sachverhalt in letzter Zeit mehrere weitere Anhaltspunkte, die auf rechtsradikale Bestrebungen in der DSK hindeuten. In zwei Fällen seien Soldaten durch „Sieg Heil!“-Rufe aufgefallen, in zwei weiteren Fällen bestünden Kontakte in die rechtsextremistische Szene. Zudem sei es in mehreren Fällen zu fremdenfeindlichen und antisemitischen Äußerungen gekommen. Auf Facebook sei außerdem ein Soldat durch rechtsextreme Beiträge aufgefallen. Ein anderer Soldat habe eine Tätowierung „mit möglichem rechtsextremistischem Bezug“. Durch den Konsum rechtsextremistischer Musik sei wiederum ein weiterer Soldat aufgefallen. Die Dunkelziffer könnte jedoch noch deutlich höher liegen. So liegen der Bundesregierung keine Kenntnisse über strafrechtliche Konsequenzen für einem Vorfall vor, der im Dezember 2017 öffentlich wurde: Ein Stabsfeldwebel der DSK habe einem anderen Soldaten eine Fotomontage zugeschickt, die das Eingangstor des NS-Konzentrationslagers Auschwitz und ankommende Flüchtlinge zeige. Das Bild sei mit „Hier ist für jeden von euch ein Platz“ überschrieben gewesen.

All dies lässt darauf schließen, dass ein Teil der Soldaten der DSK aus Neonazis besteht. Dennoch habe der MAD in der DSK „keine Verdachtsperson als Rechtsextremist bewertet“, so die Bundesregierung. Es sei zudem keine Häufung von Hinweisen auf rechtsextremistische Bestrebungen in der DSK feststellbar. Derartige Vorgänge scheinen sich also in allen Verbänden der Bundeswehr immer wieder zu ereignen.

Dass jedoch gerade das KSK durch rechte Skandale auffällt, überrascht nicht, da Rechtsextremismus dort anscheinend Tradition hat: Bis Mai 2017 waren nationalsozialistische Exponate wie Gemälde, Säbel, Tafelsilber, Pokale, Kunstdrucke, Porträts oder Lanzen in der KSK-Kaserne in Calw ausgestellt. Diese stammten unter anderem von Einheiten der Wehrmacht und der Reichswehr. Ein Exponat wies sogar die Inschrift „Heil Hitler“ aus dem Jahr 1934 auf. Bis die Relikte im vergangenen Jahr sichergestellt wurden, waren sie für das KSK aber offenbar traditionsstiftend.

Der 2003 entlassene Kommandeur des KSK Reinhard Günzel verkehrt bis heute in rechten Kreisen. Er fiel jedoch schon zu Dienstzeiten durch rechte Bestrebungen auf, beispielsweise durch Forderungen nach einem stärkeren traditionellen Bezug auf die Wehrmacht oder die Verherrlichung der NS-Spezialeinheit „Brandenburger“, welche an Kriegsverbrechen der Wehrmacht beteiligt war.

Im Juni 2000 überfiel ein ehemaliger KSK-Soldat, der damals 22-jährige Neonazi André Chladek, eine Bundeswehreinheit und erbeutete sechs Pistolen und 1550 Schuss Munition. Er plante, führende Politiker, Armee-Offiziere, Journalisten und andere Vertreter der Zivilgesellschaft zu ermorden. Dem MAD oder anderen Geheimdiensten war er bis dahin nicht aufgefallen.

Auch aktuell gibt es Verbindungen zwischen Rechtsterrorismus und dem KSK. Recherchen der WELT zufolge soll ein KSK-Soldat mit dem Chatnamen „Hannibal“ Kontakte zu Franco A. haben, einem Neonazi, der Anschläge plante und sich dafür eine falsche Identität als Geflüchteter zulegte, um die Bevölkerung gegen Geflüchtete aufzuhetzen. Der KSK-Soldat soll eine führende Rolle in der sogenannten Prepper-Szene einnehmen, zu der auch Franco A. gerechnet wird. Bei Preppern handelt es sich um Menschen, die glauben, dass durch Finanzkrisen, Terror, Masseneinwanderung oder Seuchen ein Ende der derzeitigen Gesellschaft kurz bevorstehe. Dafür rüsten sie sich, indem sie z.B. Lebensmittel, Generatoren, Medikamente – oder auch Waffen – horten. Während der Großteil der Szene eher harmlos ist, sehnen sich einige bürgerkriegsähnliche Zustände herbei. Sie legen Listen politischer Gegner an, die zu einem bestimmten Zeitpunkt ermordet werden sollen. Der KSK-Soldat mit dem Chatnamen „Hannibal“ soll Admin mehrerer Chatgruppen sein, in denen u.a. auch der Rechtsterrorist Franco A. Mitglied war. Der KSK-Soldat aus den Chatgruppen gilt in dem Verfahren jedoch weder als Verdächtiger noch als Beschuldigter, sondern nur als Zeuge. Der MAD bestätigt die Zugehörigkeit von „Hannibal“ zur Prepper-Szene, identifiziert ihn jedoch nicht als potenziellen Rechtsextremisten.[2]

Die Bundesregierung macht sich mitschuldig an Rechtsterrorismus, wenn sie Neonazis an der Waffe ausbilden lässt und sich weigert, Soldaten, die durch Hitlergrüße oder Rechtsrock auffallen, als das zu bezeichnen was sie sind: Neonazis.

Anmerkungen

1 Die Kleine Anfrage (Drs. 19/3003) ist einsehbar unter http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/030/1903003.pdf

2 WELT: Franco A., die Prepper und der KSK-Soldat, 20.4.2018.

#retten #kämpfen #führen

Imagewechsel der Bundeswehr-Rekrutierungskampagne

von Alison Dorsch

Ende August 2018 ging die Attraktivitätsoffensive in die nächste Runde: Eine massive Präsenz im öffentlichen Raum durch Plakate, Werbespots, Postkarten oder ähnlichem plus begleitendem Onlineauftritt – das ist bei der Bundeswehr inzwischen eingespieltes Vorgehen. Auch optisch und inhaltlich entspricht das neue Material den vorherigen Kampagnenphasen. Einzige wesentliche Neuerung: den Spruch „Mach was wirklich zählt" ergänzen jetzt „Folge deiner Berufung" und eine Reihe von Hashtags.

Die Bundeswehr will allein bis 2023 die Truppenstärke von zur Zeit circa 180.000 auf 198.000 ansteigen lassen[1], weshalb diese neue Kampagnenphase nur die Spitze des Eisbergs ist: In den letzten Jahren hat sich in Sachen Rekrutierung und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr einiges getan, wie sich allein an den Ausgaben ablesen lässt. 2013 wurden ungefähr 23,5 Mio. Euro für das Image der Bundeswehr ausgegeben. Nach einem kontinuierlichen Anstieg waren es dann 2017 satte 39 Mio. Euro. Um die neuen Rekruten anzulocken, setzt man inzwischen nicht mehr auf die Bereitschaft zur vaterlandsverliebten Selbstaufopferung, sondern verspricht vor allem Karriere, soziale Sicherheit und sinnstiftendes Überlegenheitsgefühl.

Selbstverwirklichung statt Vaterlandsdienst

Angefangen hat das alles 2011, als man sich entschied, die Wehrpflicht auszusetzen. Wehrdienstleistende dürfen nicht im Ausland eingesetzt werden[2]. Für eine „Armee im Einsatz" sind sie also herzlich wenig zu gebrauchen und binden noch dazu einsetzbare Soldaten in Ausbildungsfunktionen. Mit der Wehrpflicht nahm man dem Militär jedoch seine damals wichtigste Brücke in die Gesellschaft, die insbesondere zur Rekrutierung nützlich war. Seitdem arbeitet man daran, diese Brücke an anderer Stelle zu ersetzen. Im selben Jahr startete deswegen die erste großangelegte Öffentlichkeitskampagne der Bundeswehr. Unter dem Slogan „Wir.Dienen.Deutschland" bewarb man jetzt offensiv den Dienst an der Waffe.

Seit der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 sprechen deutsche Politiker von „mehr Verantwortung" und meinen damit mehr Bundeswehreinsätze. Nicht von ungefähr werden diese seitdem öffentlich formulierten Großmachtambitionen von personalpolitischen Maßnahmen für die Bundeswehr begleitet. Für mehr Einsätze braucht man eben auch mehr Personal. „Agenda Attraktivität" ist jetzt das Stichwort: Um den „global agierenden Konzern" Bundeswehr zum „attraktiven und wettbewerbsfähigen Arbeitgeber" zu machen, wurde 2015 das Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz[3] verabschiedet. Es beinhaltet Maßnahmen zur Modernisierung der Unterkünfte und des Materials, zur Steigerung der Vereinbarkeit des Soldatenberufs mit dem Familienleben, mehr Besoldung und Vorteile in der sozialen Absicherung für Soldaten. Begleitend wurde der Bundeswehr 2015 ein neues Image verpasst. Von der eher ernsten und rückblickend fast zurückhaltenden Grundstimmung der Kampagne „Wir.Dienen.Deutschland" hat man sich verabschiedet. Die neue Corporate Identity der Bundeswehr ist hip, locker und durchgestylt. „Mach was wirklich zählt"[4] statt „Wir.Dienen. Deutschland". Selbstverwirklichung statt Vaterlandsdienst!

Zusätzlich wurde der Tag der Bundeswehr eingeführt. Ein bundeswehreigenes Großevent, das man die Steuerzahlenden seitdem jährlich mehrere Millionen Euro kosten lässt. 2016 erschien dann mit dem Weißbuch eine umfassende, (eigentlich nicht mehr ganz so) neue Personalstrategie: die sogenannte „Trendwende Personal". Sie legt fest, wie die „notwendigen zusätzlichen Personalkapazitäten" der Streitkräfte „aufzubauen, auszubauen und weiterzuentwickeln" sind (S.120). Dazu soll die Bundeswehr „einer der attraktivsten Arbeitgeber Deutschlands" werden. Die hier explizit genannten Problembereiche (Ärzte, Ingenieure und Informatiker) lassen sich eindeutig als Zielgruppen der Rekrutierungskampagnen erkennen. Man braucht nicht nur Rekruten, nein die „klügsten Köpfe und die geschicktesten Hände" (S. 122) sollen es sein. Fachkräfte für die hochspezialisierte Hightech-Armee der Zukunft. Um den steigenden Personalbedarf zu decken, sollen bisher ungenutzte Potenziale erschlossen werden. Damit sind unter anderem Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, mit abweichender religiöser oder sexueller Orientierung gemeint. Ein besseres Diversity-Management erschließe jedoch nicht nur ungenutzte Potenziale, sondern steigere zugleich die „Verankerung in der Gesellschaft" (S. 123). Gendergerechtigkeit als Mittel zum Zweck!

2016 war auch ein großes Jahr für den Online-Auftritt der Bundeswehr. Als Teil der Kampagne „Mach was wirklich zählt" wurde „Die Rekruten", die erste große Youtube-Serie, überall mit Plakaten beworben. Mit täglichen Videos konnte man eine Reihe sorgfältig quotierter junger Rekruten durch ihre Grundausbildung begleiten[5]. Das „Rekruten"-Format füllt die Bundeswehr seitdem mit wechselndem Inhalt für wechselnde Zielgruppen. „Highlight" bis jetzt war die 2017 in Gao/Bamako gedrehte Serie „Mali"[6]. Skripted Reality direkt aus dem Kriegseinsatz!

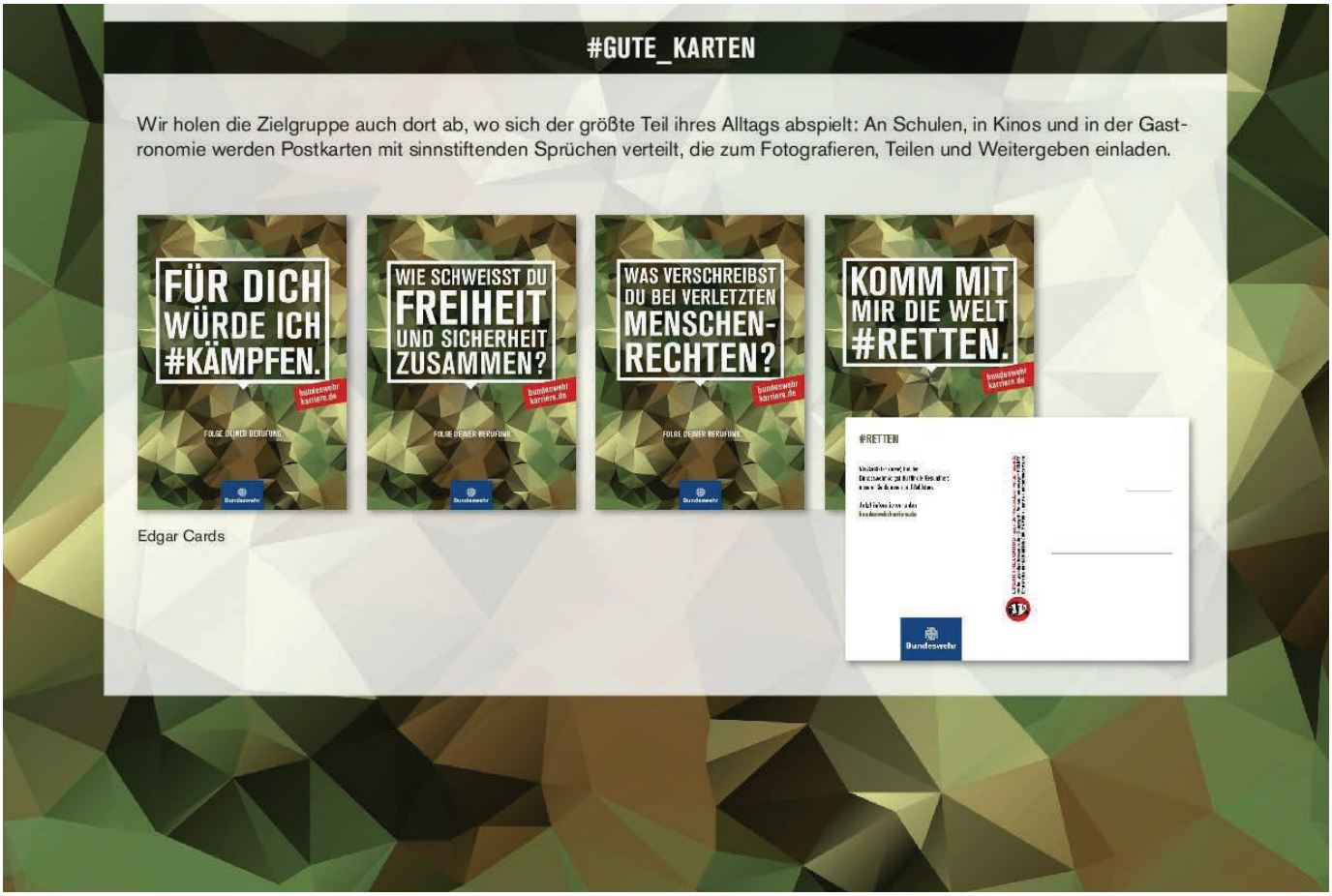
Allein in der ersten Hälfte 2018 gingen dann „Biwak" und „Die Springer" online. Man begleitet Gebirgsjäger auf ihr Wintercamp im Schnee und sieht was es bedeutet, sich zu pushen und mehr zu leisten als normale Menschen. Bei den Fallschirmspringern lernt man, dass Drill nur dem Schutz der Soldaten dient. Bei den Rekruten las man in den Kommentarspalten häufig noch, die Serie sei lächerlich und „unsere" Truppe nur noch ein Haufen infantiler Waschlappen. Wer weiß, wahrscheinlich ist das plumpe, elitäre Gehabe von „Biwak" und „Die Springer" auch eine Reaktion darauf. Die PR-Experten der Bundeswehr stehen vor einem permanenten Spagat zwischen „so viele Rekruten wie möglich" und „nur die erlesensten Allerbesten".

Komm mit mir die Welt #retten

Die neueste Kampagnenphase ist eine konsequente Fortsetzung der bisherigen Entwicklungen: Die Hashtags sollen die Zielgruppen auf die Profile der Bundeswehr in den Neuen Medien locken, die begleitend auf- und ausgebaut werden (vor allem Instagram, Snapchat, Facebook und bundeswehrkarriere.de). Die Plakate zeigen Ärzte, Ingenieure, Informatiker vor großem, modernem Gerät (#Arzt, #Tech, #IT). Es sollen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen



Postkarten-Werbeslogans im Rahmen der „Berufekampagne“. Quelle: Bundeswehr

gezielt Frauen angesprochen werden, also sind vergleichsweise häufig erkennbar Frauen abgebildet (zum Beispiel hinter #führen). Und auch die Verschiebung vom Dienst zur Selbstverwirklichung wird im neuen Material fortgeführt. „Komm mit mir die Welt #retten“, „Für dich würde ich #kämpfen“, „Was verschreibst du bei verletzten Menschenrechten?“, „Wie schweisst du Freiheit und Sicherheit zusammen?“, #Teamgeist, #extrem, #Ausbildung und #Studieren. Sich für den Arbeitsmarkt qualifizieren, nebenbei noch zu den Guten gehören, für die großen Werte kämpfen, dabei in Kameradschaft über sich selbst hinauswachsen – das ist das Bild von Soldatentum, das hier propagiert wird. „Folge deiner Berufung“ beim sinnstiftenden Top-Arbeitgeber Bundeswehr. Karriere machen für Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte.

Was Propaganda anbelangt, ist die Bundeswehr also inzwischen ziemlich gut aufgestellt. In wenigen Jahren hat sie eine dauerhafte Präsenz im Straßenbild aufgebaut und sich ein hippes Image zugelegt. Die Werbeagentur Castenow, die derzeit mit dem Employer Branding der Bundeswehr beauftragt ist, wird dafür gerade mit einem PR-Preis nach dem anderen geehrt.7 In einem Zeitalter von entfremdetem, präkarisiertem Arbeitsalltag lässt sich die Bundeswehr als sinnstiftender, aufregender Arbeitgeber inszenieren, bei dem noch Karriere machen kann, wer sich wirklich anstrengt. Dabei ist sie es gerade, die mit direkter Gewalt das Wirtschaftssystem am Leben erhält, das eben diesen tristen Alltag erst erzeugt und einer individuellen Selbstverwirklichung im Weg steht.

Rekrutierung – Normalisierung – Zuspruch

Die Bundeswehr hat ihr eigenes alljährliches Großevent etabliert, sich die Sozialen Medien zunutze gemacht und erstmalig einen konkreten Auslandseinsatz mit einer Werbekampagne „begleitet“. „Mali“ ist dabei nicht nur ein bedeutender qualitativer Sprung in Sachen Militarisierung, es ist auch ein Paradebeispiel dafür, dass Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr immer beides bedeutet: konkrete Nachwuchsgewinnung und allgemeine Verankerung des Militärs in der Gesellschaft. Es werden nicht nur Rekruten geworben, sondern die Bundeswehr auch durch eine allgegenwärtige Präsenz in einem bisher ungesehenem Ausmaß in der Öffentlichkeit normalisiert. Und noch mehr, es geht nicht nur um Zuspruch zur Bundeswehr als Institution. Es geht immer auch um Zuspruch zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung. Es geht immer auch um die Akzeptanz laufender und kommender Kriegseinsätze in aller Welt. So liest man in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011: „Das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft ist entscheidend für die Handlungsfähigkeit Deutschlands und damit wesentlich für unsere Sicherheit“. Die Bundesregierung und Bundeswehr haben viel vor. Dazu brauchen sie beides: mehr Soldaten und eine Bevölkerung, die ihre Gewalt mitträgt.

Anmerkungen

1 Alexander Kleiß u.a.: Konzeption der Bundeswehr: Rüstung für den Neuen Kalten Krieg, in: AUSDRUCK (Juni 2018).
2 Im Sinne der Bündnisverteidigung sind Wehrdienstleistende jedoch sehr wohl einsetzbar. Denkt man an die Russland- Politik dies- und jenseits des Atlantiks erklärt sich vor diesem Hintergrund die aktuelle Debatte um das Wiedereinführen der Wehrpflicht.
3 Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr vom 13. Mai 2015.
4 Für eine genauere Analyse Michael Schulze von Glaßer: Bundeswehr: Der neue Werbefeldzug, IMI-Studie 2017/01.
5 Für eine genauere Analyse siehe IMI-Studie 2017/01.
6 Für eine genauere Analyse siehe Marischka, Christoph: Skripted Mali, in: AUSDRUCK (Dezember 2017) .
7 Siehe IMI-Studie 2017/01.

Renk: Profil eines Top-Rüstungskonzerns

von Peter Feininger

Am Freitag, den 27. April 2018, fand die jährliche Hauptversammlung der Renk-AktionärInnen statt. Seit 2015 treten KriegsgegnerInnen und AntimilitaristInnen als kritische AktionärInnen auf der Hauptversammlung in der Augsburger Kongresshalle auf. Auch vor der Kongresshalle gab es diesmal Protest, über den die Stadtzeitung ausführlich berichtete.[1] Dies ist umso erfreulicher, weil es dem Konzern bislang gelang, etwas unter dem Radar zu fliegen, obwohl er zu den wichtigsten deutschen Rüstungsbetrieben zählt und unter anderem auch in die Panzerdeals mit der Türkei verwickelt ist.

Renk wünscht sich keine „zahnlose“ Regierung

Das Medienecho auf die Widerstandsaktionen in und vor der Kongresshalle war durchwachsen, aber insgesamt nicht schlecht. Im Unterschied zum Jahr 2017 erwähnte die Augsburger Allgemeine den Auftritt der kritischen AktionärInnen auf der Hauptversammlung von Renk[2]: „Vertreter der Friedensbewegung kritisierten auch auf dieser Hauptversammlung, dass Renk-Getriebe nicht nur in der Zivilwirtschaft zum Einsatz kommen, sondern auch in Panzern zum Beispiel der Bundeswehr. Hofbauer verteidigte dies: ‚Eine Regierung, die zahnlos ist, wird ganz schlechte Karten haben. Ich selbst bedauere aber jeden Krieg, mir ist an einer friedlichen Welt genauso wie Ihnen gelegen.‘“

Die Bundesregierung dürfe also laut Vorstandssprecher der Renk AG, Florian Hofbauer, nicht „zahnlos“ sein, sonst werde sie „ganz schlechte Karten“ haben. In welchem Spiel muss die Bundesregierung Zähne zeigen, um gute Karten zu haben? Wird Deutschland etwa bedroht und ist zur Selbstverteidigung gezwungen? Oder geht es um die NATO-Strategie der Einkreisung Russlands und die aggressiven geostrategischen Pläne in Nah-Mittel-Ost und Asien? Braucht die Bundesregierung dafür modernste Panzer, eine Armada von bewaffneten Fahrzeugen, Kampfhubschrauber und Kriegsschiffe der neuesten Generation – um an diesem Spiel teilnehmen zu können?

Da der Verteidigungsfall aktuell nicht infrage kommt, kann es sich bei dem Kartenspiel, das Florian Hofbauer andeutet, eigentlich nur um die Vorbereitung von und Beteiligung an neuen Kolonialkriegen und imperialistischen Kriegen handeln. Dafür müsse sich die Bundesregierung wappnen, um nicht „ganz schlechte Karten“ zu haben. 1997 hat der berüchtigte US-Stratege Zbigniew Brzezinski mit seinem Buch „The Grand Chessboard“ das Schachspiel zur Begründung imperialistischer Politik bemüht.

Um in diesem Spiel nicht „zahnlos“ dazustehen, muss sich die Bundesregierung – um im Bild zu bleiben – eben bis an die Zähne bewaffnen. Der neue US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, wurde folgendermaßen wiedergegeben[3]: „Deutschland soll militärisch ‚wie eine Weltmacht handeln‘ […] Die USA wollen laut Grenell, dass Deutschland eine Führungsrolle einnimmt. ‚Bei globalen Krisen wünschen wir uns eine deutsche Beteiligung, die seiner Schlagkraft gerecht wird‘, sagte der frühere PR-Experte. ‚Wir wollen, dass Deutschland wie eine Weltmacht handelt, schließlich ist Deutschland eine Weltmacht.‘“

Und Deutschland handelt danach, wie zum Beispiel aus dem UNROCA-Report[4] hervorgeht, auf den die Journalistin der Stadtzeitung, Laura Türk, dankenswerterweise hinweist[5].

Das United Nations Register of Conventional Arms (UNROCA) verzeichnet für Deutschland seit 1992 die ungeheure Menge von 2935 exportierten Kampfpanzern. Hinzu kommen bewaffnete Kampffahrzeuge aller Art, deren Exportzahl von der Bundesregierung mit 3332 angegeben wird, von den aus Deutschland belieferten Ländern allerdings mit 4026. Die Exporte großkalibriger Artilleriesysteme werden mit 1261 angegeben (jeweils seit 1992 bis 2016). Dazu kommen 201 Kampfflugzeuge, 100 Kampfhubschrauber, 113 Kriegsschiffe sowie 17.086 Raketen und Raketenwerfer. An der Produktion von mindestens vier dieser sieben Hauptkategorien von Waffen (Kampfpanzer, bewaffnete Kampffahrzeuge, Kampfhubschrauber und Kriegsschiffe) ist Renk beteiligt.

Unter dem verharmlosend benannten Geschäftsbereich „Fahrzeuggetriebe“ verbirgt sich Renk als „führender Hersteller vollautomatischer Getriebe für mittlere und schwere Kettenfahrzeuge“[6] – also Panzergetriebe. Dieser Geschäftsbereich ist Augsburg zugeordnet. Damit dürfte auf Augsburg als einer der drei großen Produktionsstandorte der Renk AG neben Rheine und Hannover wohl der Hauptanteil der militärischen Produktion des Gesamtunternehmens entfallen.

Die oben angeführten Daten von UNROCA beziehen sich auf die Waffenexporte aus Deutschland. UNROCA verzeichnet aber auch die gesamte Militärproduktion deutscher Rüstungsbetriebe nach Waffengattungen und Einzelprodukten[7]. Und diese Zahlen können einem das Fürchten lehren. Während die deutschen Rüstungsfirmen zum Beispiel im Jahr 2016 82 schwere Panzer exportierten, betrug die Gesamtproduktion in diesem Jahr 824 Panzer. Bewaffnete Fahrzeuge wurden 24 exportiert, aber 1892 produziert. 1 Kampfhubschrauber wurde exportiert, aber 82 produziert. Ebenso wurde ein Kriegsschiff exportiert, aber 47 hergestellt.

Bei den Kategorien I, II und VI ist Renk mit seinen Getrieben beteiligt, so zum Beispiel beim Leopard 1 und Leopard 2, beim Puma, bei Fregatten, Korvetten und U-Booten.

Renk: Renditestarker Top-Rüster

Im Aufruf zur antimilitaristischen Kundgebung gegen die Hauptaktionärsversammlung der Renk AG heißt es: „Die Renk AG ist laut Handelsblatt auf Platz 10 der größten deutschen Kriegswaffenfirmen und das mit Hauptsitz in der ‚Friedensstadt‘ Augsburg.“ Wer hätte das gedacht? Diese hochinteressante Information kann belegt werden: Die Statistik stammt aus einer Ausgabe des Handelsblatts von 2014[8]. Dort wird ein Jahresumsatz von 158 Mio. Euro angegeben, der bei Renk auf das Rüstungsgeschäft fiel. Dies ist eine wichtige Information. Bezogen auf den Gesamtumsatz von 2013 in Höhe von 485 Mio. Euro wären dies 33 Prozent Rüstungsanteil. Auch bei einer Statistik der Wirtschaftswoche von 2013 kommt Renk auf den 10. Platz[9].

Es gibt noch eine weitere, aktuellere Quelle vom April 2018, die die zehn größten deutschen Rüstungsunternehmen aufführt. Es ist das Portal Produktion online[10]. Hier wird Platz

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

zehn offengelassen und unter anderem MAN genannt. MAN ist Hauptanteilseigner von Renk, weshalb das also noch passen könnte. Außerdem hat Produktion online in seine Zählung die Airbus Group und MBDA auf Platz eins und zwei der größten deutschen Rüstungsproduzenten mit aufgenommen. Das Handelsblatt hat diese beiden Konzerne als transnational eingestuft und aus der deutschen Statistik herausgenommen.

Renk dürfte sich je nach Betrachtung wahrscheinlich immer noch um den Platz zehn herum bewegen, denn mit 158 Mio. Euro Rüstungsanteil (Angaben des Handelsblatts von 2014) ist der Abstand zu Heckler & Koch und Tognum mit jeweils 180 Mio. Euro und zu Jenoptik mit 219 Mio. nicht sehr groß.

Ein weiteres gravierendes Faktum, das Renk als einen großen und global gefährlichen Rüstungskonzern kennzeichnet, ist seine Spitzenposition bei der Produktion von Panzergetrieben: „Weltmarktführer ist RENK bei Getrieben für militärische Kettenfahrzeuge.“ – heißt es in einer Monographie über die MAN.[11]

Es ist unklar, wie das Handelsblatt und die Wirtschaftswoche auf einen Umsatz von 158 Mio. Euro im Rüstungsgeschäft der Renk AG kommen. In den Geschäftsberichten und sonstigen veröffentlichten Dokumenten wird die Rüstungsproduktion nicht ausgewiesen. Geht man aber davon aus, dass das Geschäftsfeld Fahrzeuggetriebe – also Getriebe für mittlere und schwere militärische Kettenfahrzeuge – ausschließlich in Augsburg angesiedelt ist, so ergibt sich allein hieraus im Geschäftsjahr 2017 ein Umsatz von 150,9 Mio. Euro.

Diese automatischen Lastschaltgetriebe von RENK sind als Heck- oder Fronteinbau für alle modernen Panzer-Dieselmotoren geeignet. Die Getriebe werden elektronisch gesteuert und überwacht. Produziert werden sie am Standort Augsburg der RENK AG. Hinzu kommt hier noch die französische Tochter RENK France S.A.S., die aber hauptsächlich für die Wartung des französischen Leclerc-Panzers zuständig ist.

Zum Geschäftsfeld Fahrzeuggetriebe kommt noch der Geschäftsbereich Spezialgetriebe, der ebenfalls am Standort Augsburg den Getriebebau umfasst. Die Produktpalette reicht hier von stationären Getrieben für vielfältige Industrieanwendungen bis hin zu komplexen Getrieben für schnelle Schiffe und Navy-Anwendungen. Der Gesamtumsatz für Spezialgetriebe betrug im Geschäftsjahr 2017 162,4 Mio. Euro, also mehr als der Gesamtumsatz Fahrzeuggetriebe. Dieser Umsatz wird in Augsburg und von der RENK-MAAG GmbH, Winterthur, Schweiz, gemacht.

Man kann sich vorstellen, dass der Umsatz von Renk bei Schiffsgetrieben im Marinebereich je nach Auftragseingang und Geschäftsjahr den gesamten Rüstungsumsatz auf 200 Mio. Euro oder sogar noch weit darüber anhebt. Daraus ergäbe sich, dass die Renk AG auf der Liste der 10 größten deutschen Rüstungsproduzenten noch weiter nach vorne rückt.

Daraus ergibt sich auch, dass der Löwenanteil der Rüstungsproduktion der gesamten Renk AG wohl in Augsburg stattfindet. Daraus ergibt sich wiederum, dass der Standort Augsburg – was den Gewinn angeht – eine wahre Perle ist. Das operative Ergebnis (vor Steuern) der gesamten Renk AG betrug im vergangenen Geschäftsjahr 60 Mio. Euro. Bezieht man das operative Ergebnis – vereinfacht gesagt den Gewinn vor Steuern – auf die Umsatzerlöse, so erhält man die sogenannte operative Rendite, die bei Renk auf einer phänomenalen Höhe von 12,8 Prozent liegt.

Zum Vergleich: Beim Mutterkonzern MAN SE liegt die operative Rendite bei 3,9 Prozent – und das auch nur, weil sich das operative Ergebnis im Geschäftsjahr 2017 auf 566 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt hat. Die operative Rendite lag im Jahr 2016 bei MAN nur bei 1,5 Prozent.

Immer wieder hat Renk mit seinen relativ hohen Gewinnen in der Wirtschaftspresse, auch im Wirtschaftsteil der Augsburger Allgemeinen Schlagzeilen gemacht. So hieß es zum Beispiel im Jahr 2015: „Renk geht es glänzend, von der aktuellen Umsatzrendite von 17,8 Prozent können andere Firmen nur träumen.[12]“ Mit Umsatzrendite ist hier die operative Rendite (Gewinn vor Steuern) gemeint.

In der Regel ist die Umsatzrendite netto berechnet, also nach Steuern. Auch bei der Umsatzrendite (netto) hatte die Renk AG im vergangenen Geschäftsjahr einen Traumwert von 9,1 Prozent. Zum Vergleich: Der Mutterkonzern MAN hatte im

Antimilitaristische Kundgebung gegen die Hauptaktionärsversammlung der RENK AG, Augsburg, 27.4.2018.

vergangenen Geschäftsjahr nur eine Umsatzrendite von 2,8 Prozent, im Jahr zuvor betrug sie nur 1,1 Prozent. Das Institut der deutschen Wirtschaft wies zuletzt eine durchschnittliche Umsatzrendite (netto) im Metall- und Elektrobereich von 3,7 Prozent aus[13].

Umsatzrenditen (netto) im Bereich von über 9 Prozent wie bei Renk zum Beispiel im Jahr 2017 oder auch 2007 und von über 10 Prozent im Jahr 2014 und 2008, sind traumhafte Ergebnisse. Dies dürfte auch der Grund sein, warum MAN SE, die ja wiederum 2011 von der Volkswagen AG übernommen wurde, Renk noch nicht abgestoßen hat.

Hinzuweisen ist noch darauf, dass die operative Rendite, die bei Renk im vergangenen Geschäftsjahr bei 12,8 Prozent lag, im reinen Rüstungsbereich noch weit höher liegt. Aus dem Geschäftsbericht 2017 lässt sich für den Geschäftsbereich Fahrzeuggetriebe, also Panzergetrieben, eine operative Rendite von satten 17,7 Prozent errechnen!

Glänzende Aussichten

Hinter Renk steht die MAN, einer der führenden Nutzfahrzeug- und Maschinenbaukonzerne Europas mit einem Gesamtumsatz von 14,3 Mrd. Euro. Die MAN SE, München, ist zu 76 % am gezeichneten Kapital der RENK AG beteiligt. Die MAN weiß schon, was sie an ihrer Tochter hat. Im aktuellen Geschäftsbericht der MAN heißt es über die Renk-Tochter[14]: „Renk ist ein börsennotiertes Tochterunternehmen der MAN SE und ein weltweit tätiger Hersteller von Spezialgetrieben, Komponenten der Antriebstechnik und Prüfsystemen. MAN hält 76 % am Kapital der Gesellschaft. Das Unternehmen ist führender Hersteller von Getrieben für kettengetriebene Fahrzeuge unterschiedlicher Größe sowie von Gleitlagern für Elektromaschinen. Eine herausragende Marktposition nimmt Renk auch bei Spezialgetrieben für Schiffs- und Industrieanwendungen ein. Das Produktportfolio wird abgerundet durch Kupplungen verschiedenster Bauart und Leistungsklassen. Darüber hinaus werden Prüfsysteme hergestellt, die in den Bereichen Entwicklung, Produktion und Qualitätssicherung hauptsächlich in der Automobil-, Eisenbahn- und Luftfahrtindustrie eingesetzt werden.“

MAN SE legt ihr Rüstungsgeschäft nicht offen. Allein über das Joint-Venture Rheinmetall MAN Military Vehicles, an dem MAN Truck & Bus AG mit 49 % beteiligt ist, trägt MAN zu einem erheblichen Teil des gesamten operativen Ergebnisses von Rheinmetall Defence bei. Und Rheinmetall Defence ist – wenn man die Airbus Group und MBDA als transnationale, europäische Konzerne einstuft – der größte deutsche Rüstungskonzern. Rheinmetall dürfte auch – neben Krauss-Maffei Wegmann – der wichtigste Abnehmer von Panzergetrieben der Renk AG sein.

In der Liste der führenden deutschen Rüstungsunternehmen taucht MAN aber ebenso wenig auf wie Siemens, obwohl Siemens von 2001 bis 2010 49 Prozent am Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann (KMW) hielt.

Hier nur ein Beispiel für die verschwiegene Militärproduktion von MAN auch in Augsburg. Die mittelschnelllaufenden Viertakt-Dieselmotoren, die MAN Diesel & Turbo in Augsburg fertigt, kommen auch weltweit in Marinen zum Einsatz. Zu dem Zweck hat MAN vor zehn Jahren unter anderem MAN Diesel & Turbo Turkey gegründet. Diese beliefert zum Beispiel das indonesische Verteidigungsministerium mit Four Stroke Marine Engines aus Augsburger Produktion.

Der Konzernbereich bei MAN zur Produktion von Motoren für Kriegsschiffe nennt sich Marine Four-Stroke und hat die gleiche Adresse wie MAN Diesel & Turbo SE, Stadtbachstraße 1, Augsburg. Der Leiter des Marinebereichs, Lex

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Nijsen, sagte anlässlich des neuesten Geschäfts mit der indonesischen Kriegsmarine[15]: „Wir sind sehr glücklich, diesen ungewöhnlichen Auftrag gewonnen zu haben … In diesem speziellen Fall erfreuen wir uns über eine lange und fruchtbare Beziehung mit der indonesischen Marine, die bereits MAN-Motortypen in ihrer Flotte verwendet, und in dieser Hinsicht war ein MAN-Motor die natürliche Wahl für solch ein feines Schiff. Ich denke auch, dass die Erfüllung der Anforderungen für solch eine ungewöhnliche Anwendung ein Beweis für die Stärke unseres mittelschnellen Programms ist.“

MAN Diesel & Turbo Turkey teilt bei Gelegenheit des neuen Auftrags aus Indonesien mit[16]: „Die indonesische Marine ist die größte in Südostasien mit rund 74.000 aktivem Personal und mehr als 150 Schiffen im aktiven Einsatz, einschließlich Angriffs-U-Booten. Ihr aktuell erklärtes Ziel ist es, die technologisch fortschrittlichste Marine der Region zu werden. Zu diesem Zweck hat sie ein Bauprogramm mit dem Ziel aufgestellt, ihre Flotte bis 2024 auf 250 Schiffe zu erweitern.“

Hier wird also in aller Verschwiegenheit ein weiteres, unschönes Kapitel der Friedensstadt Augsburg aufgeschlagen, nämlich bei der Bewaffnung der größten Marine Südostasiens. Es versteht sich von selbst, dass beim weltweiten Geschäft mit Kriegsschiffen auch die Renk Gruppe mit ihrer Antriebstechnik nicht abseits steht. In einer Broschüre der Renk AG aus dem Jahr 2016, die vom Vorstand unterzeichnet ist, heißt es zum Beispiel[17]: „Überall, wo es um die zuverlässige und sichere Übertragung extremer Kräfte geht, nimmt RENK eine Spitzenstellung ein. Die Formel für diesen Erfolg ist die Bündelung von 140 Jahren Erfahrung, geballter Kompetenz, modernster Technik und höchster Qualität.

Unsere hohen Ansprüche haben uns zum Weltmarktführer bei voll automatischen Getrieben für schwere Kettenfahrzeuge, horizontalen Gleitlagern sowie Getrieben für NavySchiffe gemacht.“

Wir erfahren also, dass Renk nicht nur bei Panzergetrieben sondern auch bei Getrieben für Kriegsschiffe Weltmarktführer ist. Unter der Überschrift „Auf allen Weltmeeren zu Hause.“ heißt es in der Broschüre: „Leise, laufruhig, kraftvoll und äußerst effizient. Das sind Eigenschaften, die die Antriebstechnik von RENK auszeichnen und die von Marinen weltweit (…) geschätzt werden (…) Laufruhe und Zuverlässigkeit: Dies sind nur zwei der Gründe, weshalb Marinen zahlreicher Länder bei ihren U-Booten auf RENK Lager setzen. Getriebetechnologien von RENK, wie der CODELAGAntrieb (COmbined Diesel ELectric And Gas turbine), gehören weltweit zu den gefragtesten Lösungen für Fregatten.“

Eine strategische Neuorientierung bei MAN SE, die wiederum zu über 75 Prozent von der Volkswagen AG beherrscht wird, führt zu virulenten Plänen, nicht nur die Renk AG, sondern auch MAN Diesel & Turbo – ebenfalls mit Sitz in Augsburg – aus dem MAN-Konzern auszugliedern. Dies dürfte aber nicht zu einer Schwächung der Rüstungsproduktion führen, weder bei Renk noch bei anderen bisherigen militärischen Engagements der MAN – im Gegenteil. Die mögliche Zerschlagung von ThyssenKrupp, die aktuell durch die Medien geht, zielt ja auch nicht auf das lukrative Rüstungsgeschäft, sondern eher auf eine Abspaltung des schleppenden Stahlgeschäfts. Eigentlich sprechen die zwei riesigen Hallen, die gegenwärtig hinter der alten Augsburger MAN auf dem Riedinger-Gelände für MAN Diesel & Turbo gebaut werden, Bände.

Bei der Renk AG erwartet man für das laufende Geschäftsjahr 2018 sowohl im Bereich maritime Getriebe als auch im Bereich Fahrzeuggetriebe (für mittlere und schwere Kettenfahrzeuge) große Aufträge und eine Zunahme des Geschäfts[18]. Und auch bei Panzergetrieben wird mit einem sprunghaften Zuwachs gerechnet, wodurch die Traumrendite von 2017 noch einmal übertroffen werden dürfte. Dabei ist der zusammen mit Frankreich geplante Superpanzer MGCS noch gar nicht berücksichtigt. Gemeint ist der Nachfolger des Leopard 2 mit der Bezeichnung „Main Ground Combat System“ (MGCS), in Deutschland schlicht Leopard 3 genannt. Mit dem MGCS und der von Rheinmetall neu entwickelten Kanone, mit der eventuell schon der Leopard 2 nachgerüstet wird, will man den überlegenen russischen Panzern T-90 und vor allem dem neu entwickelten T-14 Armata entgegentreten.

Ebenso wenig dürfte sich in den Erwartungen für 2018 schon die gigantische Panzerproduktion in der Türkei niederschlagen, die Rheinmetall mit Erdogan organisiert. Im Bericht zum Jahresabschluss heißt es lediglich[19]: „Sofern geplante Großprojekte zeitgerecht realisiert werden, kann der Geschäftsbereich Fahrzeuggetriebe 2018 einem deutlichen Zuwachs an Neuaufträgen entgegensehen. Auch der Umsatz sollte bei Umsetzung der geplanten Auslieferungen spürbar steigen. Dies wird sich unter Berücksichtigung eines veränderten Umsatzmix in einer leichten Zunahme des Operativen Ergebnisses niederschlagen, die Operative Rendite wird somit auf ähnlichem Niveau wie 2017 liegen.“

Mörderischer Deal: Renk, Rheinmetall und die Türkei

Die Gerüchte, dass der türkische Staat mit Unterstützung des größten deutschen Rüstungskonzerns, Rheinmetall, eine neue Panzerfabrik plant, gibt es schon länger. Auch die kritischen AktionärInnen bei Renk sind dieser Sache hinterher. So stellte zum Beispiel Klaus Stampfer von der Augsburger Friedensinitiative schon bei der letztjährigen Hauptversammlung die Frage[20]: „Nach Veröffentlichungen des Deutsch Türkisches Journal vom 27. Mai 2015 enthält der in der Türkei hergestellte Panzer Altay das Getriebe von Renk. Die Türkei plant zusammen mit Rheinmetall jetzt eine Panzerfabrik zur Herstellung weiterer Panzer des Typs Altay. Wird Renk dazu wieder die Getriebe liefern?“

Die sinngemäße Antwort von Vorstandssprecher Hofbauer lautete: „RENK hat ein Prototypen-Getriebe für Altay geliefert. Die hier angesprochene Panzerfabrik ist ihm unbekannt.“

Diese Antwort des Vorstandssprechers der Renk AG, Florian Hofbauer, hat zwei Seiten. Auf der einen Seite ist die Aussage, dass Renk definitiv ein Prototypen-Getriebe für den türkischen Panzer Altay geliefert hat, sehr wichtig. Es ist fraglich, ob sich der Vorstand bisher so deutlich dazu geäußert hat. Gleichzeitig bezeichnete Florian Hofbauer dieses Getriebe aber als Prototyp. Damit gibt der Vorstandssprecher zu, dass Renk einen solchen Prototypen für eine Panzerproduktion in der Türkei, – der sicher sehr komplex und teuer ist – nicht etwa plant oder gerade entwickelt, sondern bereits in die Türkei geliefert hat! Das sind Dinge, die von ihrer Natur her lange geplant und vorbereitet sind. Das heißt, die Renk AG war mit diesem Prototypen wahrscheinlich schon seit Jahren beschäftigt. Die Bezeichnung Prototyp beinhaltet auf jeden Fall auch, dass der Renk AG der Verwendungszweck des prototypischen Getriebes, die ganzen Umstände oder geplanten Umstände seines Einsatzes bekannt sein müssen. Sonst wäre sie gar nicht in der Lage, einen Prototyp zu bauen. In der Regel dient ein Prototyp der Vorbereitung einer Serienproduktion. Auch dies muss Renk seit langem bekannt sein.

Insofern ist die erste Aussage von Florian Hofbauer vielsagend, und seine zweite Aussage, die hier angesprochene Panzerfabrik sei ihm unbekannt, lächerlich. Es wäre das erste Mal, dass ein Vorstandssprecher nicht weiß, wofür er Prototypen plant, entwickelt, baut, liefert und mit Sicherheit auch abrechnet. Der modernisierte türkische Panzer Altay, für dessen Getriebe die Renk AG also den Prototypen bereits geliefert hat, soll in Kooperation von Rheinmetall und der türkischen Firma BMC gebaut werden. Dafür hat der Rheinmetall-Konzern bereits im Herbst 2016 mit BMC und dem Segen Erdogans ein Joint Venture gegründet. Renk dürfte also wie gewohnt an Rheinmetall geliefert haben, das den Panzerdeal mit der Türkei aber bis heute geheim hält. Und so schweigt auch der Vorstandssprecher der Renk AG.

Exakt eine Woche nach der Hauptversammlung von Renk in Augsburg deckten Recherchen von Correctiv, dem ARD-Magazin „Report München“ und des Stern auf, dass die türkischen Behörden den Panzerdeal der Firma BMC mit Rheinmetall jetzt bestätigt hätten, den Rheinmetall offiziell immer noch bestreitet[21]. Die Firma BMC des Unternehmers Sancak, einem Freund Erdogans, soll 250 Kampfpanzer vom Typ Altay bauen. Türkische Zeitungen nannten einen Auftragswert von an die drei Milliarden Euro. Dieser Wert wird um ein Vielfaches steigen, wenn es am Ende 1.000 Panzer werden, von denen jetzt schon gesprochen wird. Zum Vergleich: die Bundeswehr soll in Zukunft mit 328 schweren Kampfpanzern ausgerüstet sein.

Die Jahreshauptversammlung von Rheinmetall am 8. Mai 2018 in Berlin war von Protesten gegen die Panzerdeals mit der Türkei begleitet. Vor dem Tagungslokal Hotel maritim wurde ein ausgemusterter Leopard-Panzer aufgestellt[22]. Scharfen Protest löste auch die Beteiligung der italienischen Rheinmetall-Tochter RWM Italia an der Bombardierung des Jemen aus. Da nachgewiesen werden konnte, dass eine Lenkwaffe von Rheinmetall Zivilisten tötete, gibt es jetzt erstmals eine Strafanzeige gegen das Management von RWM[23]. Dies wurde auch auf der Hauptversammlung von Rheinmetall von einer jemenitischen Menschenrechtsaktivistin thematisiert, die über den Krieg in ihrem Land berichtete und die Vorstände in Erklärungsnot brachte. Bonyan Gamal war von den kritischen AktionärInnen zur Hauptversammlung eingeladen worden[24].

Der Stern beruft sich auf das Beschaffungsamt des türkischen Militärs, auf türkische Zeitungen und auf Konzernmitarbeiter von Rheinmetall: In 18 Monaten sollen die ersten Altay-Panzer vom Band rollen[25]: „Und während Rheinmetall in Deutschland die Pläne herunterspielt oder gar bestreitet, macht das Beschaffungsamt des türkischen Militärs bereits ehrgeizige Ankündigungen: Bereits in 18 Monaten sollen die ersten Altay-Panzer vom Band rollen, kündigte ein hoher Beamter an. Das klingt überaus ambitioniert, aber sicher ist, dass die Vorbereitungen für den Bau einer neuen Werksanlage begonnen haben, in der BMC künftig Lastwagen, Motoren und Militärfahrzeuge fertigen will. In Karasu, östlich von Istanbul, rollen bereits seit Monaten die Bagger. Auf einem 222-Hektar-Gelände an der Schwarzmeerküste soll dort demnächst feierlich der Grundstein für die Fabrik gelegt werden. Laut türkischen Zeitungen wird Erdogan persönlich an der Zeremonie teilnehmen, ebenso der Emir von Katar, dessen Militär 49 Prozent der Anteile an BMC gehören - übrigens vermittelt von Erdogan.

Bei Rheinmetall tun sie immer wieder so, als hätten sie auch mit dieser geplanten Panzerfabrik nichts zu tun. Aber intern hatten Konzernmitarbeiter noch im vergangenen Jahre Papiere angefertigt, laut denen das Werk in Karasu in einer ‚Partnerschaft‘ mit Rheinmetall entstehen solle. Dass man dort nun gemeinsam mit Rheinmetall investieren werde, bekräftigte ein BMC-Vertreter jetzt sogar in einem Interview mit einer türkischen Zeitung.“

Und wo bleiben die deutschen Bestimmungen für Rüstungsexporte? Der Chef von Rheinmetall Armin Papperger im März 2017 dazu freimütig: „Wenn wir mit Partnern in der Türkei einen türkischen Panzer entwickeln und bauen, dann ist die Bundesregierung daran nicht beteiligt“. Der Stern spricht von einer Lücke im deutschen Recht. Zwar könnten Unternehmen wie Rheinmetall oder Renk in der Tat keine Rüstungsgüter oder Blaupausen in die Türkei liefern ohne Genehmigung deutscher Stellen. Die Entsendung von „Experten für die technische Hilfe“ sei aber auch ohne Genehmigung möglich. Einige SPD-Politiker hätten während der Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU versucht, diese Lücke zu schließen. „Ein entsprechender Passus war in der letzten Fassung des Koalitionsvertrags aber nicht mehr enthalten“, schreibt der stern. Auch dies wäre eine eigene Recherche wert. Jedenfalls solle in der Türkei östlich von Istanbul nichts weniger als ein „Global Player in den Exportmärkten“ entstehen – für Rüstungsgüter, versteht sich.

Rüstungskonversion jetzt!

In seiner Rede auf der diesjährigen Hauptversammlung der Renk AG warf Christian Artner-Schedler mit Nachdruck die Frage auf: „Was und wofür produziert das Unternehmen Renk? Arbeitgeber und Arbeitnehmer*innen müssen sich unweigerlich der Frage stellen: Dient es dem Gemeinwohl, dem Frieden, der Gerechtigkeit? Verbessert es unsere und anderer Lebenssituation?“

Dies ist nicht der Fall, deshalb muss es um Konversion gehen, also die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produkte. Dies ist generell möglich – auch in Augsburg – und kommt auch vor und wird gelegentlich sogar bei der IG-Metall thematisiert. So hat sich die Firma Kuka schon vor Jahrzehnten vom Panzerbau getrennt, so hat es bei EADS in den neunziger Jahren in Augsburg eine intensive Konversionsdebatte gegeben, die von der Produktion von Kampfflugzeugen wegführen sollte[26]. Nicht zu vergessen die rasante Konversion von ziviler Produktion zur Rüstungsproduktion im Dritten Reich, die natürlich auch in umgekehrter Reihenfolge erfolgen kann und nach dem Krieg auch erfolgte.

Und auch bei Renk selbst gab es in der Nachkriegszeit unterschiedliche Entwicklungen. So erwähnt zum Beispiel die Zeitschrift Antriebstechnik in einem Firmenporträt von 1998, dass es noch in den achtziger Jahren Bestrebungen bei Renk gegeben haben soll, von der Rüstungsproduktion wegzukommen[27]:

„Versuchte man in den 80er Jahren noch, sich von der einseitigen Ausrichtung auf den militärischen Bereich (Getriebe für Panzer und Marineschiffe) zu lösen, so setzt man heute mit seiner Kompetenz wieder verstärkt auf diesen Sektor, wo man weltweit in Produkten (deutscher Leopard II, französischer Leclerc, britischer Challenger und US-amerikanischer Abrams) erfolgreich vertreten ist.“

Der Grund für diese Entwicklung bei Renk in den achtziger Jahren wäre noch zu erforschen. Denn die politische Entwicklung war eigentlich gegenläufig, die NATO demonstrierte mit häufigen Militärübungen und Panzeraufmärschen in der Bundesrepublik ihre Macht.

Noch stellen sich die Vertreter der IG Metall im Aufsichtsrat bei Renk taub gegenüber der Kritik und den Fragen der kriti-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

schen AktionärInnen. So fragte zum Beispiel Christian Artner-Schedler (Pax Christi) bei der Hauptversammlung vom April 2017[28]: „Sind Sie bereit, konkrete Schritte einzuleiten, um den militärischen Rüstungsbereich zurückzufahren, schließlich zu beenden und dafür ausschließlich auf zivile Produktion zu setzen? Sind Sie bereit an Konversionsplänen mitzuarbeiten und befürworten Sie Rüstungskonversions-Fonds wie z.B. in Thüringen, als Unterstützung für Unternehmen, um auf zivile Produktion umzustellen – als realpolitische Möglichkeit nicht die ganze Last der geforderten Umstellung den Unternehmen aufzubürden?“

Und Klaus Stampfer (Augsburger Friedensinitiative AFI) stellte bei gleicher Gelegenheit fest: „Im Geschäftsbericht der RENK AK für das Jahr 2016 sind keine Anstrengungen zur Schaffung neuer Geschäftsfelder erkennbar mit dem Ziel, eine Rüstungskonversion anzustreben.“

Das muss aber kein Dauerzustand bleiben, Alternativen sind zum Beispiel in Stuttgart für das Land und für die Stadt einen Ethik-Kanon, der eine Beteiligung an Rüstungsunternehmen ausschließt. Die Initiative für den angesprochene Rüstungskonversions-Fonds in Thüringen kam nicht nur von der Linken Thüringen, sondern auch von der evangelischen Kirche Mitteldeutschland und der IG Metall Jena[29]. Bei der Gründung der Initiative sagte Christoph Ellinghaus/ IG Metall Jena-Saalfeld: „Wir brauchen einen Konversionsfonds, damit die Ablehnung von Rüstungsexporten und das Interesse an Arbeitsplätzen in der Region nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden können“.

In dem Dossier über Rüstungskonversion auf dem Portal der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“[30] fanden wir zu unserem Erstaunen auch eine Initiative des Bezirksleiters der IG Metall von Baden-Württemberg, mehr Unternehmen für Rüstungskonversion zu gewinnen. Die Stuttgarter Zeitung berichtete darüber im August 2017[31]. Unverhoffte Rückendeckung kommt jetzt auch vom DGB-Bundeskongress[32]. Der DGB-Bundeskongress hat im Mai 2018 auf Antrag des DGB Köln-Bonn einen Text beschlossen[33], mit dem sich die Gewerkschaften gegen die geplante Anhebung des Verteidigungsetats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und gegen die drohende weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik aussprechen.

Aufruf zur Kundgebung gegen die Hauptaktionärsversammlung der RENK AG

Am Freitag, den 27.04.2018, findet die jährliche Hauptversammlung der Aktionär*innen der Renk AG statt. Wie jedes Jahr piekfein, mit hübscher Abendgarderobe und ganz weit weg von den Auswirkungen ihres eigenen Handelns. Die Renk AG ist laut Handelsblatt auf Platz 10 der größten deutschen Kriegswaffenfirmen und das mit Hauptsitz in der „Friedensstadt“ Augsburg.

Die Renk AG ist wichtiger Partner von Rheinmetall sowie Krauss-Maffei-Wegmann und baut Getriebe für den Leopard II Panzer und den in der Türkei gefertigten Altay-Panzer, welche vom türkischen Militär gerade genutzt werden um einen völkerrechtswidrigen Krieg in Syrien zu führen, einen Völkermord am kurdischen Volk zu begehen und weitere Kriegsverbrechen, wie sie für imperialistische Staaten üblich sind, zu verüben.

Darum rufen wir euch auf am Freitag um 15 Uhr mit uns gegen die ignorante und tödliche Wirtschaftspolitik Deutschlands und der Renk AG zu demonstrieren. Kommt zur Kundgebung am Kongress am Park und seid mit uns laut und bunt!

Deutsche Waffen
Deutsches Geld
morden mit in aller Welt!

Anmerkungen

1. Stadtzeitung, alle Ausgaben, 9.5.2018 und online: Laura Türk. „‚Geld verdienen mit Krieg‘: Augsburger demonstrieren gegen Aktionärsversammlung von Renk“. StadtZeitung online, 4. Mai 2018.
2 Augsburger Allgemeine, 28.4.2018.
3 „Neuer US-Botschafter: Deutschland soll militärisch ‚wie eine Weltmacht handeln‘“, T-Online, 17.5.2018.
4 „UNROCA (United Nations Register of Conventional Arms)“. Zugegriffen 17. Mai 2018. https://www.unroca.org/ [Hier Germany aufrufen].
5 Türk 2018 a.a.O..
6 „Geschäftsbericht 2017 der Renk AG“, März 2018.
7 „UNROCA-Report, Germany 2016 (United Nations Register of Conventional Arms)“, 2016. Unter Major conventional arms (Category I-VII) - Military holdings erfährt man hier nicht nur die Rüstungsexporte des jeweiligen Jahres (hier 2016), sondern auch die Gesamtproduktion der deutschen Rüstungsbetriebe in den entsprechenden Waffengattungen.
8 „Rüstungsdeals: Regierung informiert den Bundestag künftig früher“. Handelsblatt, 4. Juni 2014.
9 Rüdiger Kiani-Kreß. „Rheinmetall: Für Deutschland nur die Nebenrolle im Panzergeschäft“. WirtschaftsWoche, 20. März 2013.
10 Simon Nördinger. „Das sind die 10 größten deutschen Rüstungsunternehmen“. Produktion Online, 19. April 2018.
11 Bähr, Johannes; Banken, Ralf; Flemming, Thomas: Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte, C. H. Beck, München 2008, 624 Seiten, Seite 471
12 Kerler, Michael. „Renk-Chef Sauter: ‚Mitarbeiter brauchen Freiheit‘“. Augsburger Allgemeine, 30. Juli 2015.

Proteste während des städtischen Aktionstags Vielfalt in der Friedensstadt Augsburg während einer Rede des Oberbürgermeisters (im Hintergrund)

13 „M+E-Industrie 2016: Nur am Anfang stark, Branchenreport“. iwd, 9. Juni 2017.
14 MAN SE, Geschäftsbericht 2017.
15 „MAN Engine to Complement Propulsion Aboard Classic Sailing Vessel. Newbuilding Cadet Training Ship for Indonesian Navy“. MAN Diesel & Turbo Turkey, 10. Februar 2016..
16 Ebd.
17 Weltweiter Maßstab für Antriebstechnik. Die RENK Gruppe – an der Spitze des Weltmarkts. Broschüre des MAN-Vorstands vom Januar 2016.
18 „RENK AG, Augsburg Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017“. Renk Aktiengesellschaft, 15. März 2018, Seite 16.
19 Ebd., S. 43
20 „Kritische Aktionäre: Hauptversammlungen 2017: Renk AG, Gegenantrag, Reden von Klaus Stampfer, Christian Artner-Schedler und Rainer Nödel sowie Bericht (Pax Christi)“. kritische Aktionäre, 26. April 2017.
21 Hans-Martin Tillack, und Margherita Bettoni. „Rüstungskonzern Rheinmetall kann auf Panzerbau in Türkei hoffen“. Hans-Maftin Tillack. stern.de, 4. Mai 2018.
22 Siehe unter anderem: DFG-VK. „Protest-Kundgebung: Rheinmetall entrüsten! Demonstration während der Jahreshauptversammlung 2018“. Flickr, 8. Mai 2018. DFG-VK. RHEINMETALL ENTWAFFNEN! - Protest gegen Rüstungsexporte in Berlin, 2018. https://www.youtube.com/watch?v=ICKCqxT3isM. Jan Greve. „Rheinmetalls todbringende Töchter. Vor der Hauptversammlung positionieren sich Gegner des Rüstungskonzerns“. junge Welt, 8. Mai 2018. „[Rheinmetall-Hauptversammlung am 8.5.18] ‚Rheinmetall entrüsten! Waffenexporte stoppen!‘, Dossier“. LabourNet Germany (blog), 9. Mai 2018.
23 Alexander Isele. „Tote in Jemen - Geld für Rheinmetall. Strafanzeige gegen Tochter des Rüstungskonzerns, weil mit deren Waffen in Jemen Zivilisten getötet wurden“. Neues Deutschland, 8. Mai 2018. Philipp Grüll, und Karl Hoffmann. „Waffen nach Saudi-Arabien: Vorwürfe gegen Rheinmetall in Italien“. tagesschau.de, 18. April 2018.
24 „‚Rheinmetall entrüsten! Waffenexporte stoppen!‘ - Kundgebung vor der Hauptversammlung“. Ohne Rüstung Leben, 9. Mai 2018.
25 Hans-Martin Tillack, und Margherita Bettoni. „Rüstungskonzern Rheinmetall kann auf Panzerbau in Türkei hoffen“. Hans-Maftin Tillack. stern.de, 4. Mai 2018.
26 Peter Feininger. „Rüstungskonversion in Augsburg: Sie wollten ‚vom Tornado in die Umwelttechnik‘ ... und landeten beim Eurofighter“. Forum solidarisches und friedliches Augsburg, 9. September 2004.
27 Reichenbach, Michael: 125 Jahre Getriebe aus Augsburg. Firmenporträt der Renk AG, Antriebstechnik 37 Nr. 7, 1998.
28 „Kritische Aktionäre: Hauptversammlungen 2017: Renk AG, Gegenantrag, Reden von Klaus Stampfer, Christian Artner-Schedler und Rainer Nödel sowie Bericht (Pax Christi)“. kritische Aktionäre, 26. April 2017.
29 „ENTRÜSTET EUCH“. Thüringen Links - das linke Infoportal, 9. August 2016; „Initiative für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds“. Trägerkreis Rüstungskonversion Jena & Initiative für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds. Zugegriffen 27. Mai 2018. „‚Rüstungsatlas Thüringen‘ / Schaffung eines Rüstungskonversionsfonds“. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, 18. November 2015.
30 „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!: Rüstungskonversion“. Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Zugegriffen 27. Mai 2018.
31 Matthias Schiermeyer. „Das Kriegsgeschäft boomt: Kampf um Alternativen zur Rüstung“. stuttgarter-zeitung.de, 13. August 2017.
32 „DGB-Beschluss: #NO2PERCENT – Frieden geht anders!“ Blickpunkt WiSo, 16. Mai 2018. „#NO2PERCENT“. DGB Nordrhein-Westfalen - Region Köln Bonn, 2017.
33 „#No2Percent vom Bundeskongress beschlossen. Witich Roßmann zu Antrag 002“, 15. Mai 2018.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Ein neues Militärgelände für das Kommando Spezialkräfte

Notfalls gegen den Willen der Bevölkerung

von Alexander Kleiß

Das Kommando Spezialkräfte (KSK) sucht momentan nach einem neuen Übungsgelände für Fallschirmabsprünge. Der Umgang der Bundes- und der Landesregierung mit den betroffenen Bürgern sorgt dabei für Diskussionen.

Die Bundeswehr-Spezialeinheit KSK ist offiziell vor allem für die Evakuierung deutscher Staatsbürger aus Krisengebieten, Kommandoeinsätze im feindlichen Gebiet, die Festnahme von Kriegsverbrechern, Aufklärung und Militärberatung zuständig. Tatsächlich wurde das KSK in den letzten Jahren jedoch hauptsächlich im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ eingesetzt. Operationen, Training, Identität und Zahl der bislang ausschließlich männlichen Kommandosoldaten unterliegen strengster militärischer Geheimhaltung. Die Öffentlichkeit und selbst der Bundestag werden nur unzureichend über Einsätze des KSK informiert. Eine parlamentarische Kontrolle, wie eigentlich im Grundgesetz vorgesehen, ist somit kaum möglich. Das KSK gewinnt für die Einsätze der Bundeswehr zunehmend an Bedeutung, was sich an zahlreichen Investitionen, dem stetigen Ausbau der KSK-Kaserne in Calw und der Zuweisung eines neuen, zusätzlichen Militärgeländes in Hardheim (Odenwald) ablesen lässt.

Das aktuellste Projekt ist die Suche nach einem neuen Übungsgelände für Fallschirmabsprünge. Das Gelände soll dann an bis zu 120 Übungstagen im Jahr durch das KSK und US-amerikanische Spezialkräfte genutzt werden. Favorisiert wird der Segelflugplatz Haiterbach/Nagold im Nordschwarzwald, der bisher durch den örtlichen Flugsportverein zivil genutzt wird. Im September 2017 votierten bei einem Bürgerentscheid jedoch 59,3% der Bürger Haiterbachs gegen das KSK-Übungsgelände. Nun darf der Gemeinderat für drei Jahre keine Entscheidungen mehr zugunsten des Absprunggeländes treffen. Auch rechtliche Mittel gegen das Übungsgelände müssen ausgeschöpft werden. Das Verteidigungsministerium sieht sich allerdings nicht an den Entscheid auf Kommunalebene gebunden.

Das neue Absprunggelände soll eine Fläche von 55 Hektar umfassen. Hierfür müsste der Segelflugplatz erheblich erweitert werden. Die dafür erforderlichen Flächen befinden sich momentan im Besitz von etwa 50 verschiedenen Eigentümern. Hauptsächlich handelt es sich dabei um landwirtschaftlich genutztes Gebiet. Die betroffenen Bauern wollen ihre Grundstücke nicht verkaufen, da sie die Gebietsabtritte für existenzgefährdend halten. Die Bundesregierung droht jedoch weiterhin mit Enteignungen. Diese seien stets das letzte rechtliche Mittel zum Erwerb von Grundstücken und könnten deshalb nicht ausgeschlossen werden, so die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Tobias Pflüger (Die Linke[1]). Die Antwort darauf, welche Grundstücke am Segelflugplatz Haiterbach sich bereits in staatlichem Besitz befinden, verweigerte die Bundesregierung unter der fadenscheinigen Begründung, die Ausrichtung der Start- und Landebahn und des geplanten Absetzplatzes stehe derzeit noch nicht fest.

Die Haiterbacher befürchten, dass es durch den Ausbau des Flughafens und den anschließenden Übungsbetrieb zu Umweltschäden kommen könnte. Beispielsweise könnte der Fluglärm Fluchtinstinkte bei mehreren vom Aussterben bedrohten Vogelarten – vor allem Greifvögeln und Streuobstvögeln – auslösen. Auch durch Kerosin oder undichte Militärfahrzeuge könnten Grundwasser, Flora und Fauna beeinträchtigt werden. Um der Bevölkerung vor Ort den Anschein von Beteiligung zu geben und ihre Umweltbedenken zu zerstreuen, betonte die Landesregierung Baden-Württemberg mehrmals: „Eine förmliche Umweltverträglichkeitsuntersuchung wird im Rahmen des Antrags- und Genehmigungsverfahrens stattfinden. Es ist vorgesehen, dass die in diesem Rahmen zu prüfenden Umweltfaktoren durch externe Gutachter untersucht werden.“ Die Bundesregierung äußerte sich in der Antwort auf die oben erwähnte Kleine Anfrage hierzu jedoch gegenteilig. Es sei „noch nicht bekannt, ob und ggf. in welchem Umfang eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden wird“. Auf Nachfrage des Abgeordneten Tobias Pflüger[2] konkretisierte die Bundesregierung: Die Frage, ob und in welchem Umfang eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werde, hänge vom Ergebnis einer allgemeinen Vorprüfung ab, die vom Luftfahrtamt der Bundeswehr selbst durchgeführt werde. Mit einer Entscheidung sei im Herbst 2018 zu rechnen. Dass die Bundeswehr selbst entscheiden darf, ob sie eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen möchte, ist ein Skandal. Wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung nun wegfiele, wäre dies ein Schlag ins Gesicht der Haiterbacher. Ihre Umweltbedenken werden schlicht ignoriert.

Die Bundesregierung weigert sich zudem, die Zahl und Dauer der geplanten Flüge, die Flughöhe, den Typ der einzusetzenden Fluggeräte und Daten zum Lärmaufkommen zu veröffentlichen. Was die konkrete Planung angeht, bleibt die Bundesregierung somit im völlig Vagen. Die Bevölkerung vor Ort muss jedoch über die möglichen Belastungen durch die geplanten Flüge in vollem Umfang aufgeklärt werden.

Anmerkungen

1 Drucksache 19/3003. Antwort auf die Kleine Anfrage: Militärische Spezialkräfte in Baden-Württemberg. 27.6.2018.

2 Antwort auf die Schriftliche Frage 7/149 des Abgeordneten Tobias Pflüger vom 11.7.2018.

Der Flugplatz in Haiterbach. Foto: IMI

Bundeswehrmessen: Wann darf demonstriert werden?

Der Fall Thomas H. geht zum Europäischen Gerichtshof

von Thomas Mickan

In Stuttgart, so der Vorwurf der dortigen Staatsanwaltschaft, habe der Aktivist Thomas H. bei den Protesten gegen einen Bundeswehr-Rekrutierungsstand auf der Ausbildungsmesse „Nacht der Unternehmen“ in der Liederhalle am 17. November 2015 Unrecht begangen (ausführlich siehe IMI-Standpunkt 2018/009). Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: Hausfriedensbruch.

Seit nun drei Jahren kämpft Thomas H. sich durch den Dschungel der Gerichte, weil er bei einer Messe fünf Minuten sein Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gegen die massive Werbung der Bundeswehr im öffentlichen Raum wahrnahm. Sein Argument: Es darf nicht sein, dass eine staatliche Institution Werbung für den Dienst an der Waffe durchführt und ein öffentlicher Protest hier nicht möglich sei.

Bisher scheint die Strategie der Bundeswehr allerdings aufzugehen, sich einfach jeder demokratischen, gewaltfreien Meinungsäußerung durch das steuerfinanzierte Einmieten bei privaten Messeveranstaltern zu entziehen. Erschwerend kommt hier für die Anklage sogar noch der Ort des Protestes hinzu: Die Messehalle befindet sich vollkommen in öffentlicher Hand und die Stadt Stuttgart übernahm die Schirmherrschaft über die besagte Messe-Veranstaltung. Der Protest fand also in einer öffentlichen Einrichtung statt, die als privat-öffentliche Kooperation angemietet wurde, und wo die Bundeswehr als öffentliche Institution versuchte Nachwuchs zu werben.

Die Anklage und die Gerichte konnten im bisherigen Prozessverlauf zudem weder Thomas H. eine individuelle Schuld so nachweisen, dass er den Messeablauf im besonderen Umfang beispielsweise durch ein Megaphon gestört haben soll; noch konnten sie deutlich machen, ob das Hausverbot überhaupt ausgesprochen werden konnte oder ob es überhaupt beim Angeklagten ankam. Das Hauptargument der Verteidigung des Aktivisten allerdings, dass es möglich sein muss, gegen die Bundeswehr auch zu demonstrieren, wenn sie sich im Privaten versteckten will, blieb bisher fast völlig ungehört. Gerade frühere Urteile wie das Fraport-Urteil können allerdings eine solche Rechtsauffassung zum Schutz des Grundrechtes auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit nahe legen: Der Staat darf sich „seiner Grundrechtsbindung durch eine ‚Flucht ins Privatrecht‘ nicht entziehen“, wie es 2011 im Fraport-Urteil des Bundesverfassungsgericht hieß.

Der bisherige Rechtsweg war jedoch eher ernüchternd. Das vorletzte Kapitel war die Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht. Sie wurde am 8. Juni 2018 abgelehnt, da sie nicht zur Entscheidung angenommen wurde. Eine Begründung, warum das Verfassungsgericht sich nicht mit dem Fall befassen will, erfolgte allerdings nicht!

Im Oktober 2018 nun wird der Fall dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorgelegt. Dass Thomas H. hier zu seinem Recht kommt, ist jedoch aufgrund der schieren Anzahl an Beschwerden im Vergleich zu den Wenigen, die bearbeitet werden, eher unwahrscheinlich. Trotzdem soll auch dieser letzte rechtliche Schritt, der mit einem vergleichbar geringen finanziellen Aufwand einhergeht, ausgereizt werden. Recht darf nicht zu Unrecht werden.

Im Falle eines jetzt leider eher unwahrscheinlichen Prozessgewinns von Thomas H. wird das gesammelte Geld an den Carl-von-Ossietzky Solidaritätsfonds der DFG-VK weitergegeben. Er soll zukünftig Aktivist_innen, die für ihr Recht auf Versammlung und gegen die Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr kämpfen, im Falle einer Anklage die nötige Rechtskraft einräumen.

Quelle: OTKM Stuttgart

Spenden zur Prozessunterstützung sind dringend erbeten.

Stichwort „Prozess Thomas“
Konto der DFG-VK Stuttgart, IBAN: DE32 4306 0967 4006 1617 40

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Ein hybrides Kommando

Der Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr

von Christoph Marischka

Ein Denkmal hat sich die in der zweiten Legislaturperiode amtierende Verteidigungsministerin von der Leyen auf jeden Fall gesetzt: Mit der Abteilung Cyber- und Informationsraum (CIR) im Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) und einem identisch benannten Kommando in Bonn wurde de facto eine neue »Teilstreitkraft« der Bundeswehr ins Leben gerufen, auch wenn dieser Begriff im deutschen Diskurs gerne gemieden wird. Mit einem eigenen Inspekteur, der dem Kommando vorsteht, ist dieser Organisationsbereich den Teilstreitkräften Heer, Marine und Luftwaffe sowie der Streitkräftebasis und dem Sanitätsdienst gleichgestellt. Entsprechend erklärte von der Leyen den „Cyber- und Informationsraum" anlässlich der Aufstellung des neuen Kommandos „neben Land, Luft, See und Weltraum" nicht nur zur „sicherheitspolitische[n] Domäne", sondern auch zum neuen „Operationsraum für die Bundeswehr".[1] Mit einer Zielgröße von 15.000 militärischen und zivilen Dienstposten liegt die neue Teilstreitkraft auch im Umfang nur knapp hinter dem der Deutschen Marine.

Dabei handelte es sich in einem ersten Schritt vor allem um eine Umstrukturierung. Im Tagesbefehl vom 17. September 2015, mit dem ein Aufbaustab für das neue Kommando ins Leben gerufen wurde, schrieb von der Leyen: „Die Bundeswehr hat bereits gute Fähigkeiten im Cyber-Raum und in der Informationstechnologie (IT) – diese sind aber organisatorisch verstreut." Die etwa 13.700 Dienstposten, die dem neuen Kommando zum 30. Juni 2017 unterstellt wurden, setzten sich fast ausschließlich aus den bereits bestehenden Truppengattungen Fernmeldetruppen, elektronische Kampfführung (EloKa), Geoinformationswesen und Operative Kommunikation zusammen. Entsprechend wurden dem Kommando etwa 5.500 Dienstposten aus dem Bereich Militärisches Nachrichtenwesen, 5.500 aus der IT-Cybersecurity, 650 vom Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr und 850 Dienstposten für Operative Kommunikation zugeordnet.[2] Das Kommando besteht zunächst aus 260 Dienstposten, bis spätestens 2023 sollen es jedoch 700-800 werden.

Eine Besonderheit des Organisationsbereiches CIR besteht darin, dass der entsprechenden Abteilung im BMVg (nicht aber dem Kommando CIR) auch die unternehmerische Steuerung der BWI GmbH mit 3.500 bis 4.000 Mitarbeiter*innen obliegt. Die BWI GmbH wurde 2006 von der Bundeswehr gemeinsam mit den Firmen Siemens und IBM gegründet und führte als Öffentlich-Private Partnerschaft die Modernisierung und Vereinheitlichung der »nicht-militärischen« Informationstechnologie der Bundeswehr durch. Seit 2016 befindet sie sich im alleinigen Besitz des Bundes und ist für den Betrieb der »weißen« (»nicht-militärischen« in Abgrenzung zur »grünen«) IT der Bundeswehr zuständig. Laut Wikipedia betreut sie bundesweit rund 1.200 Liegenschaften der Bundeswehr und betreibt u.a. drei zentrale Rechenzentren und 25 Servicecenter. An etwa 90 Standorten der Bundeswehr ist die GmbH dauerhaft präsent, an zentralen Liegenschaften des Organisationsbereichs CIR sogar sehr umfangreich, in Rheinbach etwa mit 200 Mitarbeiter*innen. „Eine Tendenz zur Hybridisierung der Verteidigung – im Verständnis zivil/militärisch – ist" für die Bundesregierung dennoch „nicht erkennbar".[3]

Die Aufgaben des Kommandos CIR

Dem Kommando CIR unterstehen das Kommando Informationstechnik, das Kommando Strategische Aufklärung sowie das Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr.

Das Kommando Informationstechnik führt vor allem die recht gleichmäßig über die Bundesrepublik verteilten Informationstechnikbataillone, die für den Betrieb sicherer Kommunikationsverbindungen in Deutschland, in den Einsatzländern und zwischen den hiesigen Stäben und den Kräften im Einsatz zuständig sind (militärisch werden diese Aufgaben auch als »Führungsunterstützung« bezeichnet). Während die Kommunikation der Bundeswehr in der Vergangenheit überwiegend auf Kabel- und Richtfunknetzen basierte, haben mit der »Einsatzorientierung« wesentlich verwundbarere und angreifbarere Satellitenverbindungen an Bedeutung gewonnen. „Von Kabelbaukräften zu IT-Spezialisten" übertitelte kreisbote.de sein Portrait des Informationstechnikbataillons 293 in Murnau im Grunde recht treffend.

In dem Artikel wird auch deutlich, dass gerade diese Truppengattung – wenn auch meist mit kleineren Kontingenten – umfangreich an Auslandseinsätzen beteiligt ist. So heißt es alleine zum Murnauer Bataillon im bereits angesprochenen Portrait vom April 2018: „Die Abstellung von zirka 80 Soldaten nach Bosnien-Herzegowina bildete 1999 den Auftakt für die in den folgenden Jahren anstehenden, größeren Auslandseinsätze des Bataillons. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt leisten Murnauer Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst in Mali, im Irak, Afghanistan, Kosovo und Litauen."[4]

Neben den Informationstechnikbataillonen unterstehen dem Kommando Informationstechnik auch mehrere Dienstposten, die aus dem ehemaligen Beschaffungsamt der Bundeswehr herausgelöst wurden, das zuvor bereits in »Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr« umbenannt wurde.

Deutlich vielfältiger sind die Aufgaben des Kommandos Strategische Aufklärung, das wesentliche Komponenten des militärischen Nachrichtenwesens umfasst und einen klaren räumlichen Schwerpunkt südlich von Bonn aufweist. Der Standort des Kommandos befindet sich recht versteckt in einem Industriegebiet bei Gelsdorf, südlich des Autobahnkreuzes Meckenheim. Hier befand sich bis 2007 das Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr – eine rein militärische Parallelstruktur zum BND –, das mit seinem Bekanntwerden aufgelöst bzw. in das Kommando Strategische Aufklärung umgewandelt wurde.

Das Kommando führt u.a. die Bataillone für Elektronische Kampfführung. Diese haben die Aufgabe, gegnerische Kommunikationsnetze aufzuklären, abzuhören und zu stören.

Auch das Zentrum Cyberoperationen in Rheinbach untersteht dem Kommando Strategische Aufklärung und erfüllt auf der Ebene der Software ähnliche Funktionen wie die elektronische Kampfführung auf der Ebene der Hardware, stützt sich dabei jedoch stärker auf zivile Infrastruktur und Technologie. In Rheinbach befindet sich eine Einheit mit etwa 80 Kräften, die am ehesten dem Bild einer Hacker-Truppe entspricht und

tatsächlich auch schon mit offensiven Cyber-Operationen beauftragt wurde - bekannt wurde ein Angriff auf das afghanische Mobilfunknetz zum Zwecke der Informationsgewinnung. Potentiell bestehen dort jedoch auch Kapazitäten und Fähigkeiten, um »gegnerische« IT-Systeme zu stören oder für Angriffe zu nutzen.

Auf den ersten Blick irritierend, wird auch das Zentrum für Operative Kommunikation in Mayen vom Kommando für Strategische Aufklärung geführt. Dessen Aufgaben bestehen in dem, was landläufig als »Propaganda« bezeichnet wird und von der Bundeswehr selbst in der Vergangenheit »Psychologische Kampfführung« genannt wurde. Zwar wird immer wieder behauptet, die gezielte Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit wissenschaftlichen (oft aber auch sehr banalen) Methoden sei auf gegnerische Kräfte und die Bevölkerung in den Einsatzgebieten beschränkt, in der Praxis jedoch erweisen sich die Übergänge als fließend: So gehört zur Operativen Kommunikation auch der Betrieb des eigens für die Truppe bestehenden »Radio Andernach« sowie des Fernsehsenders BwTV, der im Internet auch für die allgemeine Öffentlichkeit präsent ist. Die Aufnahmen der Einsatzkameratrupps des Zentrums für Operative Kommunikation sind formal für die militärische Führungsebene bestimmt, finden in der Praxis jedoch– nach vorangegangener Freigabe – immer wieder ihren Weg in Publikationen des BMVg und auch in Produktionen öffentlicher und privater Sendeanstalten.

Das Zentrum für Geoinformationswesen in Euskirchen untersteht wiederum direkt dem Kommando CIR. Hier werden u.a. Satellitenaufnahmen aufbereitet und für die Führungs- und Einsatzkräften bereitgestellt. Die Bezeichnung der Einrichtung lässt eine historische Fixierung des Militärs auf Karten und die Abbildende Aufklärung vermuten, tatsächlich werden hier allerdings viele Daten verarbeitet, die aus anderen Quellen stammen. U.a. beschäftigt das Zentrum für Geoinformationswesen Ethnolog*innen, die zuvor als Interkulturelle Einsatzberater*innen oder im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Ausland im Einsatz waren. In seiner Selbstdarstellung zitiert das Zentrum Majorin Eva Kaufung, eine Geografin, mit der Aussage: „natürlich [sind] auch Informationen wichtig, wie stark die Gegend besiedelt ist, welche Ethnien sind im Land beheimatet oder welche Gesundheitsgefährdungen durch Krankheiten oder Tiere existieren“.[5] Entsprechend wird von der Einrichtung gemeinsam mit zivilen Wissenschaftler*innen und Hochschulen stets an der verbesserten Aufarbeitung und Darstellung von Daten auf zunehmend interaktiven Karten gearbeitet.

Weitere Komponenten: Marktsichtung, Aus- und Fortbildung

Neben den operativen Aufgaben hat der Organisationsbereich weitere Komponenten, die sich insbesondere mit Strategie und Planung, Personalgewinnung, Aus- und Fortbildung sowie technologischen Innovationen beschäftigen und überwiegend von der Abteilung CIR im BMVg erbracht werden.

Zu deren Aufgaben gehört es, beständig den Markt für innovative Dienstleistungen und Technologien zu beobachten und diese auf ihre militärische Relevanz zu überprüfen sowie selbst entsprechende Forschung anzustoßen. Hierzu wurde u.a. ein »Cyber Innovation Hub« der Bundeswehr geschaffen, der als „Schnittstelle zwischen Startup-Szene und Bundeswehr“ fungieren soll.[6] „Wir warten nicht, bis sich ein Start-up bei uns meldet. Wir suchen ganz aktiv die neuen disruptiven Technologien“, so von der Leyen anlässlich der Indienststellung des Kommandos CIR.[7]

Ende August 2018 gab die Bundesregierung darüber hinaus die Gründung zweier Forschungsagenturen bekannt: einer »Agentur für Innovation in der Cybersicherheit« unter gemeinsamer Steuerung des Verteidigungs- und des Bundesinnenministeriums sowie eine »Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen«. Als Vorbild für beide Agenturen gilt die Forschungsbehörde DARPA des US-Verteidigungsministeriums, wofür auch die Begründung spricht, die von der Leyen für deren „flexible Struktur“ abgibt: „[W]ir müssen viel schneller sein, wir müssen rausgehen, wir müssen die Startups suchen, die spannende Technologien entwickeln, von denen wir noch nicht wissen, ob sie erfolgreich sein werden[,] und dann werden wir die, die wir interessant finden[,] fördern, wissend, dass ein Großteil vielleicht nicht funktioniert und dann in den Sand gesetzt wird, aber es braucht nur ein goldenes Ei, also eine Technologie, die dann wirklich bahnbrechend ist, dann hat man schon die Investition wieder raus.“[8]

Eigene Forschungsprojekte im Bereich der Informationstechnik gab und gibt das BMVg u.a. am Deutsch-Französischen Forschungsinstitut Saint-Louis (ISL), dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und bei verschiedenen Fraunhofer-Instituten in Auftrag, insbesondere bei den Fraunhofer-Instituten FHR und FKIE auf dem Wachtberg bei Bonn, die an das Netz der Bundeswehr angeschlossen sind und über eine „aktive Daten-Direkt-Verbindung“ nach Euskirchen verfügen, die als „Anbindung des Fraunhofer-Instituts FKIE an die Simulations- und Testumgebung der Bundeswehr“ dient.[9]

Als besondere »Herausforderung« für den neuen Organisationsbereich galt von Anbeginn der Planung die Gewinnung und Ausbildung des geeigneten Personals. Als Ziel wurde ausgegeben, »Spitzenkräfte« bzw. die »klügsten Köpfe“ zu gewinnen, was jedoch durch die starren Karrierestrukturen und Besoldungsstufen bei der Bundeswehr erschwert sei, da man mit den hohen Löhnen in der freien Wirtschaft schwer konkurrieren könne. Zur Ausbildung eigenen Personals wurde u.a. ein Studiengang »Cyber-Sicherheit« an der Universität der Bundeswehr in München mit elf neuen Professuren und mehreren Laboren in einem eigens errichteten Hochsicherheitsgebäude geschaffen, das ab 2018 jährlich 70 Absolvent*innen hervorbringen soll. Außerdem hat die Bundeswehr u.a. mit den Hochschulen Bremen und Bonn-Rhein-Sieg Kooperationsabkommen geschlossen, die in den jeweiligen Studiengängen (Frauenstudiengang Informatik bzw. Dualer Studiengang Informatik mit Schwerpunkt Informationssicherheit) ein Kontingent an Plätzen für die Bundeswehr reservieren.

Unter dem Arbeitstitel „Cyber-Reserve“ ist außerdem vorgesehen, „Freiwillige, Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sowie bislang Ungediente aus der gewerblichen IT-Wirtschaft, einschlägigen MINT-Berufen oder ähnlichen Professionen [...], die über Spezialisten-Ausbildungen oder herausragende Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen in einschlägigen IT-Bereichen bzw. IT-Funktionen verfügen“, zu integrieren.[10] Neben Aufträgen an Unternehmen und Start-ups wolle die Bundeswehr „die richtig harten Nerds, die sich in den Tiefen der Internet-Protokolle auskennen, mit Beraterverträgen an die Bundeswehr binden“. Die „Stars der Branche“ sollten „nicht Soldat werden müssen, um für die Cybertruppe zu arbeiten“, so das ZDF Ende August 2018. Weiter heißt es in dem Bericht: „Ungefähr 8.000 IT-Fachkräfte muss die Bundeswehr innerhalb der nächsten Zeit am freien Markt einkaufen.“[11] Diese Zahl erscheint angesichts einer Zielgröße des CIR von 15.000

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Dienstposten, von denen über 13.000 bereits besetzt sind, bemerkenswert hoch. So oder so ist davon auszugehen, dass die Cybertruppe weit mehr als die anderen Teilstreitkräfte auf privatwirtschaftliche Kooperationen und private Angestellte setzen wird.

Hybride Strukturen für einen hybriden Raum

Während man bei den Richtfunknetzen der Bundeswehr womöglich noch von einer rein militärischen Kommunikationsinfrastruktur sprechen kann, stützt sich bereits die kabelgebundene Kommunikation der Bundeswehr überwiegend auf zivile Infrastruktur. Als Ergänzung zur Satellitenkommunikation über das System SATCOMBw, das teilweise von privaten Angestellten des DLR betrieben wird, kauft das BMVg zusätzliche Bandbreite bei zivilen Anbietern, deren Satelliten damit (wie etwa auch die Transatlantikkabel) zu einer zentralen militärischen Infrastruktur und im Kriegsfalle somit auch zu Zielen werden. Die »Verteidigung« der Kommunikationsstruktur der Bundeswehr lässt sich deshalb auch im Friedensfall nicht auf rein militärische Komponenten beschränken, sondern zielt zwangsläufig auf den gesamten »Cyberraum«.

Völlig undurchsichtig und offenbar nicht geklärt ist entsprechend die Aufgabenteilung zwischen zivilen Institutionen der Cybersicherheit und der Cyber-Truppe der Bundeswehr. Tatsächlich lassen sich Cyberkriminalität und Cyberkriegführung in der Praxis kaum unterscheiden – was auch daran liegt, dass (auch) anderen Staaten zumindest unterstellt wird, für Cyber-Angriffe auf privatwirtschaftliche Netzwerke und Unternehmen zurückzugreifen. Bei vielen dieser »Angriffe« ,die häufig in unfassbar hohen Zahlen angegeben werden (z.B. „Bundeswehr zählt zwei Millionen Hackerangriffe [im Jahr 2017]“; waz-online.de vom 23.3.2018) handelt es sich tatsächlich um jenes »Abtasten«, also Suchen nach Schwachstellen, das künftig auch die Bundeswehr vornehmen muss, um sich – wie im »Weißbuch« der Bundeswehr von 2016 vorgesehen – auch auf offensive Cyber-Operationen vorzubereiten. Wie wir sehen, verschwimmen im Cyber- und Informationsraum also zunehmend die Grenzen zwischen Frieden, Krieg und Verteidigungsfall.[12]

Dies gilt umso mehr, als u.a. mit dem Zentrum für Operative Kommunikation auch Komponenten in den Organisationsbereich CIR aufgenommen wurden, die den öffentlichen Diskurs betreffen. Eine klare Abgrenzung zum »Informationsraum« findet hier ebenfalls nicht statt, wodurch selbst die veröffentlichte Meinung zum „Operationsraum der Bundeswehr“ wird.[13] In dieser Domäne wähnt sich zumindest die EU bereits im Krieg. So forderte das Europäische Parlament in einer Entschließung vom 23. November 2016, die „Anerkennung und Enthüllung des russischen Desinformations- und Propagandakriegs“ als „integrale[n] Bestandteil der hybriden Kriegsführung“. Als Konsequenz wurden die Mitgliedsstaaten u.a. aufgefordert, „feindliche Informationsmaßnahmen, die in ihrem Hoheitsgebiet durchgeführt werden oder darauf abzielen, ihre Interessen zu untergraben, aktiv, vorbeugend und gemeinsam zu bekämpfen“.[14]

Angesichts dieser hybriden Auffassung des Informationsraums zwischen ziviler und militärischer Infrastruktur, zwischen Kriminalität, Angriff und Verteidigung(sfall), zwischen Elektronischer Kampfführung, militärischem Nachrichtenwesen und öffentlicher Meinung überrascht es wenig, dass auch die für diesen »Operationsraum« geschaffene Struktur des BMVg mit der Einbindung ziviler Hochschulen, Forschungsinstitute und -agenturen, mit der engen Zusammenarbeit mit Unternehmen und einer auf Beraterverträgen basierenden »Cyber-Reserve« einen sehr hybriden Charakter aufweist. Ob und wann auch zivile Einzelpersonen und z.B. Organisationen der Friedensforschung Gegenstand der Operationsführung des Kommandos CIR werden, ist gegenwärtig nicht absehbar, aber keineswegs auszuschließen.

Barettabzeichen des Kommandos Cyber- und Informationsraum.

Anmerkungen

1 Aufstellung Kommando Cyber- und Informationsraum - KdoCIR - der Bundeswehr. Europäische Sicherheit und Technik, 5.4.2017; esut.de. Die Formulierung der Ministerin lässt offen, ob sie den Weltraum ebenfalls nur als eine »sicherheitspolitische Domäne« oder auch als einen »Operationsraum der Bundeswehr« versteht.

2 Ebd.

3 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE »Strukturen des Organisationsbereichs Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr in Nordrhein-Westfalen«. BT-Drucksache 18/12277 vom 9.5.2017.

4 Max-Joseph Kronenbitter: Das Informationstechnikbataillon 293 in Murnau feiert den 60. Geburtstag. kreisbote.de, 17.4.2018.

5 Meldung »Geofaktoren analysieren, beschreiben und bewerten« auf cir.bundeswehr.de, 28.3.2018.

6 Seite »Cyber Innovation Hub« auf bmvg.de; ohne Datum.

7 Meldung »Aufstellung Kommando CIR: Ein Meilenstein deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik« auf bmvg.de, 5.4.2017.

8 Sendung »Streitkräfte und Strategien« des NDR, 28.7.2018 (Sendungsmanuskript).

9 BT-Drucksache 18/12277, op.cit.

10 BMVg (2017): Abschlussbericht Aufbaustab Cyber- und Informationsraum. April 2017.

11 Peter Welchering: Cyber-Nerds verändern die Armee. zdf.de, 30.8.2018.

12 Siehe dazu ausführlich Ingo Ruhmann (2018): Wachsendes Ungleichgewicht – Cyberrüstung und zivile IT-Sicherheit. W&F-Dossier 86, Mai 2018.

13 So erläuterte die damals verantwortliche Staatssekretärin Karin Suder 2015 die „Rolle von Cyber“ in Hinblick auf die geplante Aufstellung des neuen Organisationsbereichs CIR anhand der Aktivitäten des „Islamischen Staates, der sich [sic!] unter anderem mit Hilfe modernster Kommunikationsmittel, Netzwerke, soziale Medien, junge Menschen rekrutiert, informiert, aktiviert und damit eine Terrorherrschaft auch aufgrund dieser modernen Kommunikationsmittel bisher unbekannten Ausmaßes etablieren konnte“ (Sendung »Streitkräfte und Strategien« des NDR, 17.10.2015, Sendungsmanuskript). Damit wurde deutlich, dass zumindest potentiell durch das Kommando CIR auch der Zugang von Akteuren zu zivilen Medien und zum allgemeinen Diskurs reguliert werden soll.

14 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. November 2016 zu dem Thema »Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken«. Dokument 2016/2030(INI).

„Angriffsvorteil“ durch KI

Künstliche Intelligenz: Deutschland am Wettrüsten beteiligt

von Christoph Marischka

Mit einem „Aufmarsch“ von Robotern am Brandenburger Tor hat die Initiative „Facing Finance“ am 24. August 2018 in Berlin für ihre Kampagne „Killerroboter Stoppen“ geworben. Ziel der Aktion: Die Bundesregierung soll „bei den Vereinten Nationen noch in diesem Jahr ein Verbot von autonomen Waffensystemen“ einfordern. 26 Staaten, insbesondere aus Mittel- und Südamerika, aber auch aus dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika, haben sich nach Angaben der Kampagne bereits für ein umfassendes Verbot „vollständig autonomer Waffen“ ausgesprochen. Die Bundesregierung spricht sich hingegen auf internationaler Ebene für „unverbindliche, freiwillige Maßnahmen“ aus. Damit riskiere sie ein „globales, unkontrollierbares Wettrüsten bei autonomen Waffen“, warnt „Facing Finance“. „Wird kein völkerrechtliches Verbot vereinbart, werden dank zahlreicher bereits verfügbarer Technologien (Sensoren) und einer weiterentwickelten ‚künstlichen Intelligenz‘ (KI) Waffensysteme ohne menschliche Kontrolle zur Standardausrüstung von Armeen gehören.“

Tatsächlich findet dieses Wettrüsten bereits statt – und Deutschland beteiligt sich tatkräftig. Während es auf der Ebene der Sensorik bereits seit vielen Jahren zu den innovativsten Ländern zählt, wird gegenwärtig verkündet, die BRD habe in Sachen KI „den Anschluss verloren“ und entsprechende Forschung „sträflich vernachlässigt“. Im aktuellen Koalitionsvertrag durchziehen die Themen „Digitalisierung“, Big Data und KI nahezu jeden Politikbereich – von der Gesundheit über die Förderung des Mittelstands bis hin zur „modern ausgestatteten Bundeswehr“. Neben einem „Masterplan künstliche Intelligenz“ wird der Aufbau eines „nationalen Forschungskonsortiums für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen“ sowie eines deutsch-französischen „Zentrums für künstliche Intelligenz“ und mehrerer „Forschungscampi“ angekündigt. Seitdem herrscht eine wahre Goldgräberstimmung. Zwischen den Bundesländern und Wissenschaftsorganisationen ist ein Wettkampf entbrannt, um sich für den erwarteten Geldsegen in Stellung zu bringen. So konkurrieren das Saarland und Baden-Württemberg darum, Standort des deutsch-französischen KI-Zentrums zu werden. Die saarländische Regierung verweist dabei auf das vorrangig militärisch gesteuerte und finanzierte deutsch-französische Forschungsinstitut Saint-Louis (ISL), die baden-württembergische auf einen „Cluster“ um Karlsruhe und das im Entstehen begriffene „Cyber Valley“ zwischen Stuttgart und Tübingen. Das wesentlich von der Max-Planck-Gesellschaft vorangetriebene „Cyber Valley“ tritt damit auch in den Wettbewerb mit dem schon länger bestehenden Deutschen Forschungszentrum künstliche Intelligenz (DFKI), das über einen Standort in Saarbrücken verfügt und in dem die Fraunhofer-Gesellschaft gut positioniert ist. Die wiederum hat beschlossen, ihre Institute in Bayern zu einem „Kompetenznetzwerk für künstliche maschinelle Intelligenz“ auszubauen – unterstützt von der Landesregierung im Zuge der „Zukunftsinitiative für künstliche Intelligenz“ durch neue Professuren, Nachwuchsgruppen und Neubauvorhaben unter anderem in Würzburg, Garching, Ingolstadt und München.

Lukrativer Mythos

Wenn auch der Koalitionsvertrag und die aktuelle Goldgräberstimmung tatsächlich einen Wendepunkt darstellen, so handelt es sich bei der vorangegangenen „Vernachlässigung“ der KI in Deutschland doch um einen Mythos. Der Blick auf explizit militärische Forschung verdeutlicht, wo bereits jetzt KI zum Einsatz kommt. So forschten mehrere Institute der Universität Hannover in den vergangenen Jahren intensiv zur Optimierung der Fernerkundung: Um angesichts immer höherer Auflösung der eingesetzten Sensorik Bandbreite zu sparen, sollen Drohnen und Satelliten selbstständig „Regions of Interest“ erkennen und nur deren Bilder hochauflösend zur Erde funken. Geforscht wird hier auch an „semantischen Netzen“, mit deren Hilfe die Systeme eigenständig Geländeformen und Objekte erkennen können. Auch an der Entwicklung einer angeblich eindeutigen und widerspruchsfreien „Battle Management Language“ zur Kommunikation zwischen Menschen und IT-Systemen im NATO-Rahmen war Hannover beteiligt.

Am Münchner Ludwig-Bölkow-Campus forscht Airbus Defence and Space gemeinsam mit der Universität der Bundeswehr und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (gefördert von der Landesregierung) an „Quasisatelliten“. Gemeint sind sehr hoch fliegende Drohnen, die mit Solarenergie betrieben werden und daher sehr lange in der dünnen Luft bleiben können. Diese sollen zukünftig mit einem autonomen Wettererkennungs- beziehungsweise Wettervermeidungssystem ausgestattet werden, so dass sie ihre Missionsplanung – zum Beispiel die Überwachung eines bestimmten Zielgebietes – selbständig der Lage anpassen können. Für die Universität der Bundeswehr in München ist die semiautonome Missionsplanung kein neues Thema. Hier wird bereits seit Jahren an künstlichen „kognitiven Agenten“ (Artificial Cognitive Units) geforscht, die in Kooperation mit einem einzelnen menschlichen Operateur ganze Drohnenschwärme koordinieren und auch eigenständig auf Ereignisse wie eine abreißende Datenverbindung, feindliche Radarstellungen und Ausfälle einzelner Subsysteme durch feindliche Treffer reagieren sollen.

„Intelligente“ Überwachung

Während hier eine konkrete Umsetzung noch nicht unmittelbar bevorsteht, haben die Wissenschaftler am Fraunhofer-IOSB (Institut für Optronik, Systemtechnik und Bilderkennung) in Karlsruhe/Ettlingen die Automatisierung der Bildauswertung der LUNA-Drohne im Auftrag der Bundeswehr verbessert, als diese in Afghanistan eingesetzt wurde. Das Institut führte in den vergangenen zehn Jahren zahlreiche Forschungsvorhaben für das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) durch, die auf die Zusammenführung verschiedener (optischer) Datenquellen (Sensor Data Fusion), die automatische Auswertung (Situationserkennung) und Lagebilderstellung für menschliche Operateure (Mensch-Maschine-Schnittstellen) abzielen. Nahezu inhaltsgleiche Projekte wurden parallel im Rahmen der zivilen Sicherheitsforschung finanziert und hatten die automatisierte Klassifikation von Booten aufgrund der Erfassung durch Radar, Sensorbojen, Drohnen und Satelliten zum Gegenstand.

Es sollte zum Beispiel errechnet werden, wie hoch bei einzel-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

nen Booten die „Wahrscheinlichkeit für Flüchtlinge an Bord“ ist. Dabei hat das Institut auch mit dem Rüstungsunternehmen Thales zusammengearbeitet, das Bodenradare herstellt, die von der Bundeswehr zum Beispiel in Mali eingesetzt werden. Sie können nach Herstellerangaben Fahrzeuge und Personen auf Dutzende Kilometer verfolgen und aufgrund ihres Verhaltens eigenständig als Bedrohung klassifizieren. Auch die Software für „intelligente Videoüberwachung“ des öffentlichen Raums, die mit dem neuen baden-württembergischen Polizeigesetz erstmals ermöglicht und zur Zeit in einem Pilotprojekt in Mannheim erprobt wird, stammt vom Fraunhofer-IOSB. Hier stellt sich die Frage, ob die repressive Gesetzgebung nicht in erster Linie einen Standortvorteil bei der Entwicklung neuer Überwachungstechnologien schaffen soll. Baden-Württemberg jedenfalls will sich hier offenbar ganz vorne positionieren. Im August 2018 hat die Landesregierung ein weiteres Förderprogramm „Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg“ angekündigt. Damit will sie an den Hochschulstandorten Freiburg, Heidelberg, Hohenheim, Konstanz, Mannheim, Ulm und Karlsruhe mit sechs Millionen Euro insgesamt zehn Juniorprofessuren mit Ausstattung „im Bereich Methoden und Anwendungen der künstlichen Intelligenz“ finanzieren.

Deutliche Worte

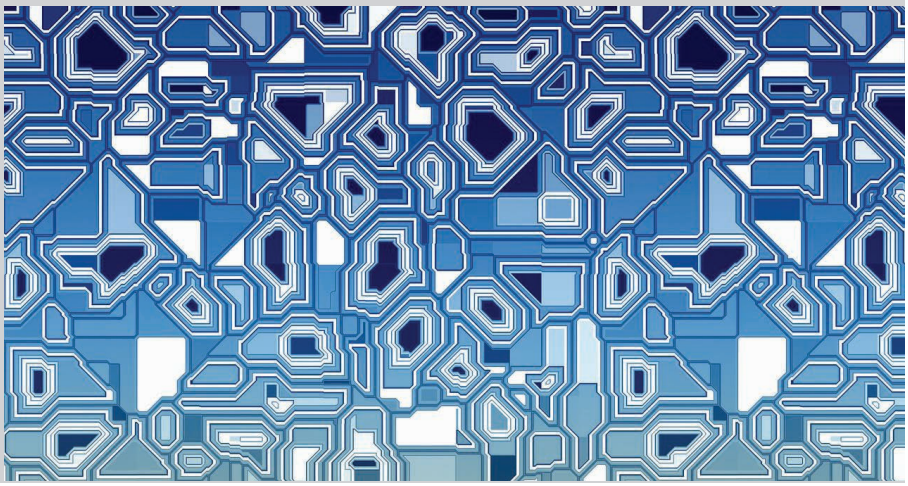
Begründet wird die Notwendigkeit einer intensivierten KI-Forschung meist mit entsprechenden Forschungsaktivitäten in den USA und China, denen man hier nicht alleine das Feld überlassen dürfe. Dies gelte um so mehr, als die KI aktuell als sogenannte disruptive Technologie verstanden wird, in der es jederzeit zu „Sprunginnovationen“ kommen könne, die gegenwärtige Produkte, Systeme und damit auch Machtverhältnisse durcheinanderwirbeln könnten. So wird zum Beispiel in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Internationale Politik gewarnt, Deutschland laufe bislang „den Entwicklungen hinterher“. Ein Land, das diese ignoriere, werde „an Relevanz verlieren“. In einem ergänzenden Interview wird die ehemalige Staatssekretärin des BMVg, Katrin Suder, die 2017 federführend am Aufbau des Kommandos Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr beteiligt war, deutlicher: „Wer es schafft, die beste KI zu entwickeln, hat einen Verteidigungs- oder gar Angriffsvorteil.“

Startups und Strategen

Um jederzeit die Nase vorn zu haben, sieht der Koalitionsvertrag „zur Sicherstellung technologischer Innovationsführerschaft“ vor, noch in diesem Jahr eine „Agentur für disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüsseltechnologien“ aufzubauen – unter Federführung des Bundesinnenministeriums und des BMVg. Schon im vergangenen Jahr hat die Bundeswehr in Berlin ihren „Cyber Innovation Hub“ (CIH) eröffnet, der als „Schnittstelle zwischen Startupszene und Bundeswehr“ fungieren soll: „Der Hub identifiziert innovative Technologien in der internationalen Startupszene und entwikkelt und validiert diese für die Bundeswehr.“ Denn Startups gelten als zentrales Element jener Ursuppe der KI-Forschung, in der Sprunginnovationen erwartet werden. So heißt es auf der Startseite der Cyber-Valley-Initiative: „Mit einem neuen Modell der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wird Cyber Valley ein befruchtendes Ökosystem für den Technologietransfer im Bereich der künstlichen Intelligenz schaffen.“ Denn bei der Entwicklung „intelligenter“ Systeme sei „der Weg von der Grundlagenforschung bis zur Kommerzialisierung oft sehr kurz“. Im Umfeld der Forschung entstehende Startups seien Motoren dieser Entwicklung.

Software: Konfliktprognose?

Geradezu abenteuerlich mutet ein Bericht der FAZ (4.7.2018) mit dem Titel „Die Krisen von Morgen erkennen“ an, die Bundeswehr plane den Einsatz einer Software, um das Aufkommen von Konflikten – genannt wird ein Szenario, in dem davon die Rohstoffzufuhr beeinträchtigt würde – „Monate“ vorher vorausgesagt werden sollen. Auch FAZ-Autor Björn Müller ist alles andere als überzeugt von dem Vorhaben: „Das Programm soll durch umfassende Datenauswertung bereits Monate im Voraus sicher erkennen, wo und wann für Deutschland relevante Krisen entstehen, damit die Streitkräfte einen Reaktionspuffer haben, um Handlungsoptionen zu entwickeln. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagt gegenüber FAZ.NET: ‚Beispiele können das Erkennen von Indikatoren für Ressourcenengpässe, Unruhen und gewaltsame Auseinandersetzungen in betrachteten Regionen sein. […] Die Datengrundlage für die Krisenfrüherkennung mittels Software erarbeitet eine Projektgruppe um Professor Carlo Masala, der am CISS den Fachbereich Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement leitet, mit Hilfe der Beratungsfirma Deloitte. Partner der Bundeswehr für das Vorhaben ist der amerikanische IT-Konzern IBM. Dessen Programm künstlicher Intelligenz ‚Watson‘ dient als Analyseplattform für die Bundeswehr-Modelle zur Krisenfrüherkennung. Masala sagt im Gespräch mit FAZ.NET: ‚Wir greifen öffentliche Datenbanken weltweit ab, bewerten und gewichten diese. IBM baut dann unsere Modelle, die wir mit Deloitte entwickeln, in Watson ein, um die Daten auszuwerten.‘ […] Bei Konflikten spielen jedoch Momente der Zufälligkeit, wie der plötzliche Tod wichtiger Akteure, eine entscheidende Rolle. Es gilt zahllose menschliche Variablen zu betrachten, die sich kaum kontrollieren lassen. So ist die bisherige militärische Nutzung Watsons, die öffentlich bekannt ist, noch bescheidener als die Krisenfrüherkennung.“ (jw)



Flugsimulatoren als Grundlagenforschung?

Eine Spurensuche im Cyber Valley

von Christoph Marischka

Auf den möglichen militärischen Nutzen der Forschung des Cyber Valley angesprochen, versicherte Forschungskoordinator Matthias Tröndle vom Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme gegenüber dem Schwäbischen Tagblatt: „Wir haben keinerlei Projekte, die in diese Richtung gehen“. Auch Cyber-Valley-Koordinatorin Tamara Almeyda äußerte sich eindeutig: „Wir machen keine militärische Forschung … Viele Wissenschaftler engagieren sich dagegen.“ Bei der Cyber-Valley-Initiative gehe es „nicht um Produkt- oder Auftragsforschung“, sondern „um freie Grundlagenforschung“. Obwohl eingeräumt wird, dass sich diese „theoretisch immer missbrauchen“ lasse, wird trotzdem versichert: „Momentan sind alle Forschungen so grundlegend, dass sie weit weg sind von irgendeinem Missbrauch.“ Dem Redaktionsleiter des Schwäbischen Tagblatts reichten diese Aussagen, um seinen Artikel dann gleich – ohne Anführungszeichen – mit dem Titel „zivile Grundlagenforschung“ zu versehen.[1]

Knapp zwei Monate nach dem Erscheinen dieses Artikels veranstalteten die drei Tübinger Max-Planck-Institute für Evolutionsbiologie, biologische Kybernetik und intelligente Systeme anlässlich des bundesweit ausgetragenen „Max Planck Day“ einen Tag der Offenen Tür mit Hüpfburg, Imbissständen, Führungen und Vorführungen von freundlich aussehenden Robotern. Obwohl alles recht kindgerecht und freundlich wirkte, vernahm man doch an verschiedenen Stellen skeptische bis kritische Nachfragen zum Sinn und Zweck der vorgestellten Forschung. Die Antwort lautete auch hier stets – und vermutlich nicht zufällig: „Wir machen hier nur Grundlagenforschung“. Wurde dann trotzdem nochmal nachgehakt, wozu diese Forschung denn verwendet werden könnten, war ähnlich übereinstimmend die Antwort meist: „autonomes Fahren“.

Die Behauptung, lediglich Grundlagenforschung zu betreiben, nahm bisweilen absurde Züge an, insbesondere im sog. „Cyberneum“ des Max-Planck-Institutes für biologische Kybernetik, in dem ein Flugsimulator vorgestellt wurde, der die Flugeigenschaften eines real existierenden Hubschraubers nachahmen sollte – um welches Modell es sich handelt, konnte oder wollte der vorführende Techniker jedoch nicht sagen.

Die Optimierung der Simulation … eines Black Hawk

Recherchiert man im Internet zur Modellierung von Hubschraubern für den „Cyber Motion Simulator“ (CMS) im Cyberneum des MPI, stößt man auf eine Publikation des Institutsleiters Bülthoff und weiterer Institutsangehöriger aus dem Jahre 2014, die anlässlich des European Rotorcraft Forum verfasst wurde.[2] In dieser wird die Modellierung eines Hubschraubers des Typs UH-60 Black Hawk – vermutlich der berühmteste Kampfhubschrauber weltweit – durch den am MPI entwickelten CMS getestet und mit den Leistungen eines herkömmlichen Flugsimulators verglichen. Dabei wurde auf Manöver zurückgegriffen, die vom technischen Informationszentrum des US-Verteidigungsministeriums (Defense Technical Information Center, DTIC) als „erforderliche Bedienungsqualitäten für militärische Drehflügler“ definiert wurden. Zur Evaluation der Testergebnisse wurde einerseits auf die Daten aus dem Verhalten des realen Hubschraubers zurückgegriffen, andererseits auf die Aussagen und Antworten eines professionellen Piloten auf einen Fragebogen, der vom Rüstungsunternehmen Israel Aircraft Industries (IAI) entwickelt wurde. IAI ist u.a. Hersteller der Drohnen vom Typ Heron I und Heron TP, die über den Airbus-Konzern von der Bundeswehr geleast und aktuell in Afghanistan und Mali zum Einsatz kommen. Ein Ergebnis des Vergleichs mit dem herkömmlichen Flugsimulator bestand darin, dass es dem Piloten im CMS leichter fiel, eine bestimmte Höhe zu halten, weil sich der CMS tatsächlich in dieser Dimension bewegt und Höhenunterschiede dadurch spürbar wurden. In den Schlussfolgerungen der Publikation wird noch einmal unmissverständlich der Zweck der Übung dargelegt: „Dieses Paper hat die Entwicklung und Validierung eines vollständig nicht-linearen Helikopter-Modells vorgestellt. Seine Implementierung wurde kurz beschrieben. Verschiedene Tests wurden angewandt, um das implementierte Modell zu validieren … Nächste Schritte bestehen in der weiteren Verbesserung des Modells und die Verwendung weiterer Piloten für Tests.“

Weiterentwicklung mit der Industrie

Der CMS im Cyberneum des Max-Planck-Institutes für biologische Kybernetik beruht auf einem Roboterarm des Herstellers Kuka, an dessen Ende eine Kabine montiert ist, die sich entlang von drei Achsen bewegen und um drei Achsen drehen kann, weshalb von insgesamt sechs Freiheitsgraden die Rede ist. Dieser Roboterarm wurde für den CMS auf einer Schiene montiert, woraus sich die insgesamt acht Freiheitsgrade ergäben, die in der oben genannten Studie zur verbesserten Modellierung des Black Hawk genannt werden. Die Anlage im Cyberneum wurde in Partnerschaft mit dem Reutlinger Robotik-Unternehmen BEC entwickelt.[3] Zum Thema Pilotentraining schreibt das Unternehmen auf seiner Homepage: „Den ersten Schritt in Richtung interaktiver Darstellung eines Fluges an einem Roboterarm machte BEC 2010 am Zentrum für Robotik und Mechatronik des Deutschen [Zentrums] Luft- und Raumfahrt (DLR), wo ein roboterbasierter Bewegungssimulator auf einer 10-Meter-Linearachse montiert wurde. Durch den modularen Aufbau des Simulators können Gerätemodule einfach ausgetauscht, und verschiedene Flugzeuge oder Hubschrauber-Simulationen durchgeführt werden. Insbesondere beim Training von Disorientierung und Schwindel zeigt das robotische Systeme seine Vorteile“.[4] Das DLR mit seinen etwa 20 Standorten erhielt im betreffenden Jahre 2010 „für Zwecke der wehrtechnischen Luftfahrtforschung“ 29 Mio. Euro aus dem Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums. Zwar sind die einzelnen Standorte in sehr unterschiedlichem Maße in die militärische Forschung eingebunden, der Jahresbericht „Wehrwissenschaftliche Forschung“ des BMVg für 2012 etwa nennt jedoch dessen Institut für Robotik und Mechatronik als federführend bei der Entwicklung eines neuen 3D-Kamerasystems für die Aufklärungstornados der Bundeswehr.[5]

Das Unternehmen BEC dokumentiert auf seiner Homepage auch einen Artikel aus dem „International Defence Training

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Journal“ über die Rüstungsmesse ITEC 2015 in Prag, in dem eine Vorführung des Flugsimulators von BEC beschrieben wird, der wie der CMS aus einem Roboterarm mit Kabine besteht. Dem Beitrag ist außerdem zu entnehmen, dass das Display zur Darstellung der virtuellen Umgebung auf der Innenwand der Kabine vom Reutlinger Hersteller Eyevis stammt, der auf Großleinwände spezialisiert ist und als Kunden ihres „Control Room Manager“ u.a. die NATO, die Bundeswehr und die Armeen Frankreichs, der USA und Abu Dhabis nennt.[6]

Kurze Wege in die Rüstung

Im Mai 2010 hatten das Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik, die KUKA Roboter GmbH und das Augsburger Unternehmen Heli Aviation einen Vorgänger des CMS als “Heli Trainer” auf der ILA erstmals einem breiteren Fachpublikum vorgestellt.[7] Die “Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung Berlin” wird häufig ebenfalls als Rüstungsmesse bezeichnet und zieht tatsächlich viele Vertreter*innen des Militärs und der Rüstung an, stellt aber auch zivile Produkte vor. Der Heli Trainer war noch nicht wie der CMS auf einer Schiene installiert, wie es im selben Jahr das DLR vorgeschlagen hatte. In der gemeinsamen Pressemitteilung des MPI und der beteiligten Unternehmen ist von militärischen Anwendungen keine Rede, das Unternehmen BEC wird ebenfalls nicht genannt. Dass die Vorstellung eines Prototyps gemeinsam mit der Industrie auf einer Messe noch unter Grundlagenforschung fällt, ist natürlich zweifelhaft. Dass die Beteiligten hier noch v.a. zivile Anwendungen im Blick gehabt haben könnten, ist hingegen durchaus möglich. Heli Aviation war zu dieser Zeit – soweit nachvollziehbar – v.a. auf die Ausbildung zivilen Personals ausgerichtet. Im Jahr 2016 jedoch wurde das Unternehmen von dem britischen Babcock International aufgekauft, das vom Friedensforschungsinstitut SIPRI im Jahr 2016 auf Platz 28 der weltgrößten Rüstungsunternehmen (ohne China) geführt wurde. Deutlich höher rangierten auf dieser Liste auf den Plätzen zwei und sieben mit Boeing und Airbus weitere Partner des Max Planck Instituts für biologische Kybernetik. Im August 2018 wurde bekannt, dass sich Babcock International um die Übernahme dreier deutscher Panzerwerkstätten im Zuge der Reprivatisierung der Wartung und Instandhaltung der Großsysteme des Heeres beworben hat, die bislang durch ein bundeseigenes Unternehmen, die Heeresinstandsetzungslogistik (HIL) GmbH geleistet wird.[8]

Die ebenfalls in Augsburg ansässige KUKA Roboter GmbH, die das Reutlinger Unternehmen BEC zu ihren “offiziellen Systempartnern” zählt, war zwar in der Vergangenheit – u.a. mit der Herstellung von Gefechtstürmen für Schützenpanzer der Bundeswehr – in der Rüstung aktiv, verkaufte seine wehrtechnische Sparte jedoch in den 1990er Jahren an Rheinmetall. Heute ist KUKA mit etwa 14.000 Mitarbeiter*innen einer der wichtigsten Roboterhersteller in Deutschland und v.a. in der Fertigung und der Medizintechnik allgegenwärtig. Auch das informelle Maskottchen des Cyber Valley, der stets freundlich lächelnde, humanoide Roboter “Apollo” des MPI für intelligente Systeme, ist mit Armen des Herstellers KUKA ausgestattet. Deutlich zu erkennen ist das Logo des Unternehmens außerdem in einer Broschüre des deutschen Raketenherstellers MBDA aus Schrobenhausen auf einem Roboterarm, der eine Rakete fixiert.[9] Dass die Rüstungsindustrie in Sachen Automatisierung stets auf dem neuesten Stand ist, ist weder überraschend, noch zufällig. So ist am von der EU geförderten Projekt „valerie” des Fraunhofer Instituts für Fabrikbetrieb

Proteste gegen das Cyber Valley in Tübingen. Foto: Matthias Rude

und -automatisierung (IFF) für die Validierung von Robotern für industrielle Anwendungen neben KUKA als Hersteller u.a. die Rüstungssparte von Airbus beteiligt, die 37% der Anteile an MBDA besitzt.

Forschungsförderung

Die besondere Qualität des CMS gegenüber herkömmlichen Flugsimulatoren besteht in den Freiheitsgraden, die es u.a. ermöglichen, auch Flüge zu simulieren, bei denen die Bediener*innen tatsächlich kopfüber in der Kabine sitzen. Durch ein Kippen der Kabine nach hinten kann z.B. auch Beschleunigung körperlich erfahrbar werden. Die Entwicklung solcher „wahrnehmungsbasierten Bewegungssimulation“ wurde 2012/2013 im Zuge der High-Tech-Strategie der Bundesregierung unter dem Akronym WABS mit über einer Mio. Euro gefördert. „Grundlagenforschung und wirtschaftliche Anwendung gehen hier erfolgreich Hand in Hand“, schrieb hierzu die Tübinger CDU-Abgeordnete Annette Widmann-Mauz in einer Pressemitteilung.[10] Das Paper zur Modellierung des Black Hawk verweist darüber hinaus auf ein weiteres Projekt, das unter Führung des MPI für biologische Kybernetik durchgeführt und zwischen 2011 und 2014 von der EU mit knapp 3.5 Mio. Euro finanziert wurde. Das Projekt „mycopter“, an dem auch das DLR beteiligt war, habe das Ziel verfolgt, das Fliegen von Luftfahrzeugen für den Individualverkehr (Personal Air Vehicles, PAV) so einfach wie das Fahren eines Autos zu machen, heißt es einleitend in der Studie, in der es im Weiteren ausschließlich um die verbesserte Modellierung des Kampfhubschraubers Black Hawk geht. Zuvor war das MPI am Projekt „Supra“ beteiligt, das die EU-Kommission mit knapp 4 Mio. finanziert hatte und bei dem es gemeinsam mit einem russischen Forschungsinstitut, dem Flugzeughersteller Boeing und dem niederländischen Unternehmen Desdemona um die Erfassung und Modellierung der Flugdynamik und Wahrnehmung extremer Flugmanöver gegangen war. Desdemona bietet aktuell Simulationen u.a. für die Militärhubschrauber CH-47 Chinook und AH-64 Apache von Boeing, den AS-532 Cougar von Airbus Helicopters und das Kampfflugzeug F-16 von General Dynamics an.

Grundlagenforschung oder Forschung und Entwicklung?

Die drei genannten Projekte werden in einem Faltblatt des MPI über den Cyber Motion Simulator vorgestellt.[11] Zur Zielsetzung des Projekts WABS heißt es ausdrücklich, es sollten „Steuerungssysteme für Bewegungssimulatoren entwickelt“ werden, Supra solle „Flugsimulatoren verbessern“. Auch die Schlussfolgerungen der oben genannten Studie zur Modellierung eines Black Hawk sind kein Einzelfall, wenn sie konkrete, anwendungsbezogene Fortschritte feststellen, aber weitere Verbesserungen und Tests anmahnen. Mit Grundlagenforschung hat dies ebenso viel zu tun, wie regelmäßige

gemeinsame Auftritte mit der Industrie auf Messen usw. Tatsächlich werden am MPI für biologische Kybernetik auch „menschliche Wahrnehmung, Kognition und Handlung“ - insbesondere in simulierten, virtuellen Umgebungen bei Eigenbewegung untersucht, wie es der Name der Abteilung, die den CMS betreibt, verspricht. Für sich genommen lässt sich dies noch unter Wissenschaft und Forschung fassen. Die Weiterentwicklung von Flugsimulatoren in enger Zusammenarbeit mit den Herstellern und Nutzern, wie sie insbesondere im Zuge der Drittmittelprojekte vorangetrieben wird, weist hingegen deutliche Charakteristika von „Produkt- oder Auftragsforschung“ (s.o.) oder gar – im militärischen Duktus – „Forschung, Entwicklung und Erprobung“ (FE&E) auf. Von einer militärischen Forschung zu sprechen, mag auch hinsichtlich des Flugsimulators einigen zu weit gehen, von einer zivilen Forschung im Sinne einer klaren Abgrenzung von Rüstung und Militär kann hingegen auch keine Rede sein. Die Aussage jedenfalls, am Cyber Valley, zu dem das MPI für biologische Kybernetik nun einmal gehört, seien „alle Forschungen so grundlegend, dass sie weit weg sind von irgendeinem Missbrauch“, entlarvt sich am Beispiel des CMS als unwahr – schlichte Augenwischerei.

Anmerkungen

1 Gernot Stegert: „Cyber-Valley-Initiative in Tübingen weist Vorwürfe der Militarisierung und des Ausverkaufs zurück“, www.tagblatt.de.
2 Carlo A. Gerboni, Stefano Geluardi, Mario Olivari, Frank M. Nieuwenhuizen, Heinrich H. Bülthoff, Lorenzo Pollini: Development of a 6 Dof Nonlinear Helicopter Model for the Mpi Cybermotion Simulator.
3 „Virtual Reality Facilities“, www.kyb.tuebingen.mpg.de.
4 „Bewegungssimulatoren“, www.b-e-c.de.
5 BMVg: Wehrwissenschaftliche Forschung, Jahresbericht 2012.
6 „Eyevis“, www.tueinfo.org/cms.
7 „Heli Trainer flight simulator presented exclusively at the ILA“, gemeinsame Pressemitteilung vom 17.5.2010, www.tuebingen.mpg.de.
8 „Ausländische Konzerne wollen Panzer der Bundeswehr reparieren“, www.haz.de vom 22.8.2018.
9 MBDA: Corporate & Social Responsibility Report 2017, www.mbda-systems.com.
10 Christoph Marischka: Alzheimer- oder Drohnenforschung?, Telepolis vom 18.9.2014, www.heise.de/tp.
11 The MPI CyberMotion Simulator - A Simulator in the Service of Science, www.cyberneum.de.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Block War: Rheinmetall Blockade in Kassel

Am 21. September 2018, am internationalen Tag für den Frieden der UN, blockierten etwa 55 Aktivist_innen zwei Zufahrten des Rüstungskonzerns Rheinmetall in Kassel: eine an der Panzerfabrik Rheinmetall Landsysteme und eine zweite am Standort der MAN Military Vehicles im Industriepark Mittelfeld. Von fünf bis acht Uhr morgens wurde der Normalbetrieb gestört und die Polizei leitete LKWs an einem der Werkstore um. Nach der erfolgreichen Blockade startete eine spontane Demonstration unweit beider Werkstore die Holländische Straße hinunter zur Universität Kassel.

Hinter der Blockade stand das Aktionsbündnis „Block War“, welches sich gegen Militarisierung und Kriegspolitik stark macht und zu dem anti-militaristischen Aktionstag in Kassel aufrief. Der Fokus des Tages wurde u.a. auf die Blockade gegen Rheinmetall gerichtet, da dieses Unternehmen mit weiteren Betrieben wie Kraus-Maffai Wegmann (KMW) Panzer in Kassel herstellt, die „zuletzt in dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei in Nordsyrien oder im bürgerkriegsgeplagten Jemen eingesetzt [wurden]. Sie dienen allerdings auch dem Machterhalt von Diktatoren weltweit.“[1]

Weitere kleine Aktionen des Tages in Kassel

Am frühen Nachmittag zogen Demonstrierende weiter zum Rathaus, um es symbolisch mit „War-starts-here“-beschriftetem Flatterband abzusperren und damit gegen die lokale Politik zu demonstrieren, die es den Unternehmen erlaubt, in der Stadt Rüstungsgüter zu produzieren. Wenig später begab sich der Demonstrationszug zu der SPD-Zentrale der Stadt, um u.a. gegen die Außenpolitik der Bundesregierung und die erst wenige Tage zuvor bekannt gewordene Genehmigung von Waffenlieferungen an Länder, die am Jemenkrieg beteiligt sind, obwohl Union und SPD ebendies im Koalitionsvertrag untersagten, zu protestieren. In ihrer fadenscheinigen Erklärung betonte die Bundesregierung, es handele sich lediglich um defensive Waffen, doch im Koalitionsvertrag wurde nicht zwischen offensiven und defensiven Waffen unterschieden.

Zuletzt demonstrierten Aktivist_innen spontan gegen das Unternehmen PSM Projekt System & Management GmbH im Einkaufszentrum Atrium gegenüber des Bahnhofs Wilhelmshöhe. PSM ist ein Joint Venture von KMW und Rheinmetall Landsysteme GmbH (RLS) und wurde 2002 gegründet, um „die Entwicklung und Fertigung des neuen Schützenpanzers Puma für die Bundeswehr industrieseitig zu koordinieren.“[2]

Block War!

Wie im Aufruf bereits betont wurde, sind in Kassel zahlreiche weitere Rüstungsunternehmen ansässig, u.a. „Airbus Military, ARTEC GmbH, Breitbaupt Kassel, Ferchau Engineering, Eurocopter, [...] RUAG“. Es überrascht daher nicht, dass sich gerade hier ein Aktionsbündnis zusammen fand, um sich „gegen Kassel als Rüstungshochburg [zu] stellen.“ In dem Aufruf heißt es weiter: „Die Tatsache, dass Panzer oft täglich über die Holländische Straße in die Kriegsgebiete dieser Welt rollen, können und wollen wir nicht länger hinnehmen. Sie unterdrücken, verletzen und töten Menschen weltweit. Mit diesem bewussten Akt zivilen Ungehorsams wollen wir an das antimilitaristische Bewusstsein aller Menschen appellieren!“[3]

Bei genauerem Blick lassen sich in so gut wie allen Städten der BRD Rüstungsunternehmen und bzw. oder ihre Zulieferbetriebe finden. Mit den ungebremsten und skrupellosen Exportgenehmigungen der Bundesregierung, steigt die Notwendigkeit gegen diese zu demonstrieren und zu agieren. Anlässe dazu fehlen nicht, denn täglich führen Waffenexporte aus der Bundesrepublik zu wachsenden Todeszahlen in unterschiedlichen Konfliktregionen weltweit.

Anmerkungen

1 Block War: Pressemitteilung. Antimilitaristische Sitzblockaden stören Kasseler Rüstungsindustrie, blockwar.blogsport.eu, 21.09.2018
2 PSUnternehmen – Kompetenz für den Puma, psm-spz.de
3 Aufruf, blockwar.blogsport.eu

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Europa und der neoliberale Extraktivismus in Südafrika

Ungleiche Entwicklung und die Externalisierung von Gewalt

von Simon Lang

Unser gegenwärtiges Weltwirtschaftssystem zeichnet sich durch eine immense Ressourcenintensität aus. Aktuell beanspruchen die Produktions- und Konsummuster des globalen Kapitalismus jährlich etwa 80 Milliarden Tonnen natürlicher Rohstoffe (die üblicherweise in vier Kategorien unterteilt werden: Biomasse, Mineralien, fossile Energieträger und Metalle). Monika Dittrich und KollegInnen beziffern einen nachhaltigen Ressourcenverbrauch in einer Studie aus dem Jahr 2012 auf jährlich 50 Milliarden Tonnen. Gleichzeitig schätzt das AutorInnenteam, dass eine Fortführung gegenwärtiger Akkumulationsmuster bereits 2050 einen Rohstoffbedarf von ca. 180 Milliarden Tonnen im Jahr aufweisen würde.[1]

Neben dem steigenden Verbrauch, der mit immer deutlicher zu Tage tretenden ökologischen Verwerfungen einhergeht, sind kapitalistischen Verwertungsprozessen auch chronische Unterschiede regionaler Produktions-, Verarbeitungs- und Konsummuster von Rohstoffen inhärent. Nachdem hochentwickelte, insbesondere westliche Industrienationen trotz zunehmender Verlagerung verarbeitender Wirtschaftsbranchen in aufstrebende Schwellenländer weiterhin überproportional viele Ressourcen – mitunter in weiterverarbeiteter Form – zur industriellen Produktion sowie zum Endverbrauch importieren, beschränken sich die Wirtschaftstätigkeiten vieler Entwicklungsländer nach wie vor größtenteils auf die Förderung und den Export von Rohstoffen. Die Verfestigung dieser Tendenzen ist zu einem nicht unerheblichen Teil auch auf die weltwirtschaftlichen Entwicklungen seit den 1970er Jahren zurückzuführen. Die mit der neoliberalen Wende einhergegangene wirtschaftspolitische Öffnung vieler unterentwickelter Staaten erschwerte es diesen zunehmend, eine unabhängige Industrialisierung voranzutreiben. Im Windschatten der USA pochten vor allem auch die (west-)europäischen Länder auf die Durchsetzung neoliberaler Spielregeln globaler Handels- und Investitionspolitiken.

Die dadurch initiierten neoliberalen Vergesellschaftungsprozesse befeuerten in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern soziale Konfliktsituationen. Insbesondere in den exportorientierten Rohstoffsektoren treten diese oftmals deutlich zu Tage. Proteste, Demonstrationen und Streiks marginalisierter ArbeiterInnen und anderer Bevölkerungsgruppen werden dabei nicht selten von staatlicher Seite gewaltvoll niedergeschlagen. Dass staatliche Repression in (semi-)peripheren Ländern dabei jedoch nicht losgelöst von politökonomisch vermittelten globalen Herrschafts- und Machtasymmetrien zugunsten politischer und wirtschaftlicher Eliten, ja mitunter auch großer Teile der Mittelschichtsbevölkerungen des globalen Nordens zu verstehen ist, wird in diesem Zusammenhang oftmals nur unzulänglich reflektiert. Die subtilen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse der internationalen politischen Ökonomie, die mitunter blutige Repressionsbemühungen in der (Semi-)Peripherie bedingen, werden ausgeblendet.

Die Handels- und Rohstoffpolitik der Europäischen Union

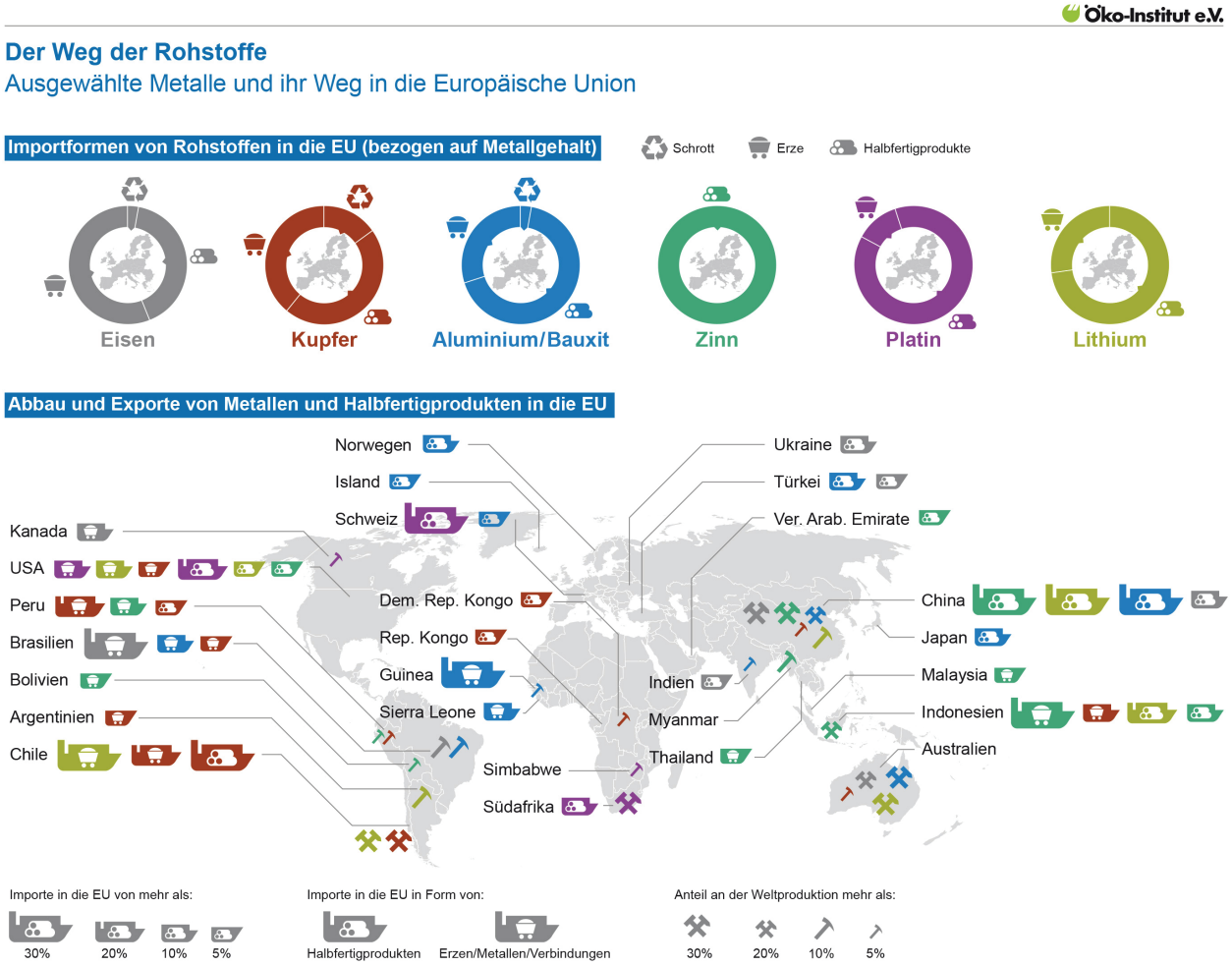
Europa ist der größte Nettorohstoffimporteur (nach Gewicht) der Welt.[2] Insgesamt zwei Drittel aller EU-Importe entfallen auf Rohstoffe, Halbfabrikate und Komponenten.[3] Im Jahr 2013 importierte die EU allein Rohstoffe im Wert von 410 Milliarden Euro.[4] Nachdem die EU die heimische Nachfrage nach vielen Industriemineralien durch eigene Produktionsstätten decken kann,[5] sind es insbesondere energetische Rohstoffe (Erdöl und -gas) sowie einige wichtige Metalle, die importiert werden müssen. Eine Vielzahl kapitalintensiver europäischer Industriesektoren ist darauf angewiesen, dass diese Bestandteile kostengünstig geliefert werden können. Dabei konzentriert sich der Großteil des Bedarfs an Rohstoffimporten in wenigen wirtschaftsstarken Ländern. Deutschland ist hier mit mehr als der Hälfte der Nettoimporte sicherlich der relevanteste Industriestandort. Weitere wichtige Destinationen sind Italien, Großbritannien, Belgien und Spanien.[6]

Um eine langfristige Planungsfähigkeit hinsichtlich der Versorgungssicherheit einzelner Rohstoffe gewährleisten zu können, sieht die EU-Rohstoffinitiative aus dem Jahr 2008 vor, in regelmäßigen Abständen Listen kritischer Rohstoffe zu erarbeiten. Die Liste wird mindestens alle drei Jahre überarbeitet und liegt seit 2017 in ihrer aktuellen Version vor.[7] Zählte die erste Liste aus dem Jahr 2011 noch 14 kritische Rohstoffe, so stieg die Anzahl dieser mit jeder weiteren Überarbeitung an: 2014 wurden 20 Rohstoffe als kritisch erachtet, 2017 erweiterte sich die Liste nochmals auf 27.[8]

Insbesondere seit der Veröffentlichung der Handelsstrategie „Global Europe“[9] im Jahr 2006 berücksichtigen außenwirtschaftspolitische Dokumente der EU auch vermehrt rohstoffpolitische Handelsaspekte.[10] Auch hier räumt die Europäische Kommission europäischen Unternehmen eine prominente Stellung im Konsultationsprozess ein: „Die Unternehmen haben klar zum Ausdruck gebracht, dass sie aktiver an der Beseitigung von Hemmnissen mitwirken wollen. Die Kommission hält es daher für sinnvoll, sich häufiger mit den europäischen Unternehmen und den Mitgliedstaaten zu trilateralen Gesprächen zu treffen und schlägt hierfür die Einrichtung eines eigenen Forums vor“.[11] Der privilegierte Einfluss europäischer Kapitalinteressen auf die (Außen-)Wirtschaftspolitik der EU zeigte sich auch in den 1980er/1990er Jahren, als primär transnational orientierte Kapitalfraktionen in Form des European Round Table of Industrialists (ERT), einer Lobbyorganisation von rund 50 der größten europäischen multinationalen Unternehmen, den aufkommenden Diskurs um die Notwendigkeit internationaler „Wettbewerbsfähigkeit“ der EU und die dafür erforderlichen neoliberalen Politiken maßgeblich in ihrem Sinne beeinflussen konnten.[12]

Die neoliberale Ausrichtung der EU-Außenwirtschaftspolitik besteht auch heute noch, wie nicht zuletzt der handels- und investitionsliberalisierende Ansatz der Rohstoffinitiative aufzeigt. Dabei konzentriert sich die EU aufgrund der Stagnation multilateraler Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) seit geraumer Zeit vermehrt auf bilaterale Abkommen. Der Abbau von rohstoffrelevanten Exportrestriktionen ist wichtiger Bestandteil in all diesen Verträgen. Auch die Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen



Quelle: Öko-Institut 2018

(WPA) mit den AKP-Staaten, eine Gruppe von 79 Entwicklungsländern aus Afrika, Karibik und dem Pazifik – viele davon ehemalige europäische Kolonien –, sind in diesem Kontext zu betrachten, da die EU – teilweise unter dem Einsatz erheblicher Druckmittel – versucht, diese Länder rohstoff- und handelspolitisch zu öffnen. Dies kritisierte auch der ehemalige stellvertretende Generaldirektor der WTO Ablassé Ouédraogo, als er 2010 feststellte: „Nach sieben Jahren vergeblicher Diskussionen versucht Europa nun, die [WPA] mit Zwang statt Dialog durchzusetzen. Wenn die Abkommen in ihrer derzeitigen Form endgültig in Kraft treten würden, würden sie den AKP-Staaten die wichtigsten politischen Instrumente, die sie für ihre Entwicklung benötigten, verwehren“.[13] Das erste afrikanische WPA wurde 2016 mit der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (englisch: Southern African Development Community; SADC) geschlossen, der u.a. auch Südafrika angehört.

Südafrika und der Handel mit der EU

a) Die Neoliberalisierung Südafrikas

Am 26. April 1994 wurden die ersten freien und demokratischen Wahlen in der Geschichte Südafrikas abgehalten. Der Afrikanische Nationalkongress (englisch: African National Congress; ANC), eine politische Partei, die aufgrund ihres aktiven Engagements in der Anti-Apartheidbewegung bereits in der Vergangenheit weite Teile der schwarzen südafrikanischen Bevölkerung für sich gewinnen konnte, ging dabei als klarer Wahlsieger hervor. Nicht nur in Südafrika setzten Menschen immense Hoffnungen in den dadurch in Aussicht gestellten Demokratisierungsprozess. Doch obwohl dieser bedeutsame politische und verfassungsrechtliche Verbesserungen mit sich brachte, blieben die erwarteten positiven sozioökonomische Transformationen weitgehend aus.[14]

Dieser Umstand ist zu einem nicht unerheblichen Teil auf die letzten Jahrzehnte neoliberaler Politik des ANC[15] zurückzuführen. Der ehemalige Kabinettsminister Ronnie Kasrils datiert den entscheidenden Moment der neoliberalen Wende Südafrikas auf den Vorabend der ersten demokratischen Wahlen, als die ANC-Führungsriege einen IWF-Kredit zur Abzahlung der Schulden des Apartheidregimes annahm – gepaart mit den obligatorischen Strukturanpassungen.[16] Kasrils schlussfolgert dazu: „Zwischen 1991 und 1996 entbrannte ein Kampf um die Seele des ANC, der letztendlich von der Macht der Unternehmen gewonnen wurde: Wir wurden von der neoliberalen Ökonomie vereinnahmt – oder, wie heute einige beklagen, wir ‚haben unsere Bevölkerung den Bach runtergehen lassen‘“.[17] Im Jahr 1996 verabschiedete der ANC unter der Präsidentschaft Mandelas die makroökonomische Strategie „Growth, Employment and Redistribution“ (GEAR), deren neoliberale Orthodoxie fortan richtungsweisend sein sollte.[18]

Diese Entwicklungen blieben natürlich nicht ohne Folgen für die südafrikanische Wirtschaft, deren zentrales Element traditionell der Bergbausektor ist. In diesem Zusammenhang sprechen einige Autoren auch von einem mineralisch-energetischen Komplex (englisch: Minerals-Energy Complex; MEC),[19] der für die weitläufigen Abhängigkeitsverhältnisse vieler Zulieferer- und Versorgungsindustrien zu den südafrikanischen Bergbaukonglomeraten steht.[20] Der Bergbausektor

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

an sich hat dabei in den letzten Jahrzehnten viele Veränderungen erfahren. Zunächst ist sein relativer Anteil am südafrikanischen BIP stetig gesunken: 1980 lag dieser noch bei 22,2%, 2014 nur noch bei 7,6%.[21] Der Beitrag von Bergbauprodukten und (leicht verarbeiteten) Mineralien zur Gesamtheit an exportierten Gütern ist allerdings mit 40,1% nach wie vor hoch.[22] Was die Zusammensetzung der geförderten Bergbauprodukte betrifft, so lässt sich ein relativer Bedeutungsverlust von Gold zugunsten von Metallen der Platingruppe feststellen.[23]

Im Zuge der zunehmenden Liberalisierung der südafrikanischen Wirtschaft entschieden sich viele der großen nationalen Bergbauunternehmen (die prominentesten darunter sind wohl Anglo American und Gencor), ihren Hauptsitz und ihre Börsennotierung ins Ausland zu verlagern. Wurde anfangs noch argumentiert, dies würde aufgrund der günstigeren Positionierung auf den (Kapital-)Märkten auch Südafrikas Wirtschaft zugute kommen, zeigte sich bald ein gegenteiliger Effekt. Die globalisierten Konzerne stellten von nun an ihre internationalen Profitinteressen offener über diejenigen der südafrikanischen Bevölkerung. Die Folgen waren massive Desinvestitionen aus dem Bergbausektor, einhergehend mit dem Verlust finanzieller und technologischer Kapazitäten.[24]

Trotz des relativen Bedeutungsverlusts des Bergbausektors bleibt die südafrikanische Wirtschaft weiterhin von den großen Wirtschaftskonglomeraten des MEC bestimmt.[25] Da der ANC trotz anders lautender Rhetorik[26] keine Politik inklusiver Entwicklung verfolgt, sondern vielmehr neoliberale Orthodoxie, ist es nicht verwunderlich, dass große Teile der südafrikanischen Bevölkerung nach wie vor unter ärmsten Bedingungen leben. So ist die Situation vieler EinwohnerInnen mit den Lebensumständen in weitaus ärmeren subsaharischen Staaten vergleichbar, obwohl Südafrika zu den Ländern mit gehobenem mittleren Einkommen zählt. Dies ist maßgeblich auf die immense soziale Ungleichheit in Südafrika zurückzuführen, die seit 1994 weiter angestiegen und mittlerweile die höchste der Welt ist.[27] Auch die Arbeitslosigkeit stieg mit dem Ende der Apartheid an und liegt nach offiziellen Zahlen aktuell bei 24,5%, kalkuliert man Erwerblose, die nicht auf der Suche nach Arbeit sind, mit ein, ergibt sich eine Quote von 33,8%.[28] Zwischen 2007 und 2012 lebten 13,77% der südafrikanischen Bevölkerung von 1,25 Dollar oder weniger pro Tag, während 31,33% mit 2 Dollar oder weniger pro Tag auskommen mussten.[29]

b) Südafrikas Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union

Diese und andere sozioökonomische Missstände werden wohl auch in absehbarer Zukunft nicht behoben werden, da der ANC weiterhin eine Politik neoliberaler Weltmarktintegration verfolgt, wie nicht zuletzt das seit 2016 angewandte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Südafrika und fünf weiteren Ländern[30] der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika auf der einen und der Europäischen Union auf der anderen Seite verdeutlicht.[31] Das WPA ergänzt dabei das seit 2004 bestehende Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit (englisch: Trade, Development and Cooperation Agreement; TDCA) zwischen der EU und Südafrika, indem es weitere Liberalisierungen der Handelsbeziehungen vorsieht. So legt das WPA fest, dass Südafrika fortan 84,9% seiner Zolllinien vollständig und 12,9% teilweise für EU-Importe liberalisiert, während die EU 94,9% ihrer Linien vollständig und 3,2% teilweise für sudafrikanische Importe öffnet.[32] Außerdem dürfen beide Handelsblöcke neue Ausfuhrsteuern in Zukunft nur unter sehr restriktiven Bedingungen erheben.[33]

Obwohl die EU lediglich 1,3% ihres weltweiten Handels mit Südafrika betreibt (die EU ist hingegen mit einem Anteil von 27,1% der wichtigste Handelspartner Südafrikas),[34] hat sie dennoch ein gesondertes Interesse an gewissen Rohstoffen des Landes. Insbesondere einige der aktuell gelisteten kritischen Rohstoffe sind hier von Belang. So bezieht die EU 15% des importierten Flussspats, 13% des Vanadiums und 31% der Metalle der Platingruppe aus südafrikanischen Quellen.[35]

Die Gewaltförmigkeit des neoliberalen Extraktivismus

Die überproportionale Aneignung von natürlichen Ressourcen (semi-)peripherer Länder durch hochentwickelte Industrienationen basiert auf mehreren miteinander verwobenen Mechanismen. Dabei spielen insbesondere die drei internationalen Organisationen Weltbank, IWF und WTO eine prominente Rolle. Die WTO ist das vorrangige Gremium zur multilateralen Aushandlung einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung. Weltbank und IWF haben in der Vergangenheit vor allem über Kreditgewährungen und daran gekoppelte Strukturanpassungsprogramme weitläufige neoliberale Reformen in vielen in Zahlungsnot geratenen Schwellen- und Entwicklungsländern bewirkt.[36] Obwohl die dadurch veranlassten außenwirtschaftspolitischen Öffnungsprozesse der betroffenen Länder oftmals einen deutlichen Zwangscharakter erkennen ließen, gab und gibt es auch viele Fälle, in denen die politischen und wirtschaftlichen Eliten von unterentwickelten Staaten Neoliberalisierungsstrategien proaktiv verfolg(t)en.[37]

Der asymmetrische Zugang zu Rohstoffen ist neben (außen-)wirtschaftspolitischen Aspekten darüber hinaus auch mit einer Reihe von sicherheitspolitischen Implikationen verbunden. So schätzt beispielsweise das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), dass in 40 Prozent aller innerstaatlichen Konflikte der letzten 60 Jahre eine kausale Verbindung zum Abbau von natürlichen Ressourcen bestand.[38] Einem Bericht des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung zufolge wiesen alleine im Jahr 2016 98 Konflikte einen Bezug zu Wasser, Metallen, Mineralien oder anbaufähigem Land auf. 67 Prozent dieser Konflikte gingen mit gewalttätigen Auseinandersetzungen einher, wobei neun Fälle als Kriege eingestuft wurden. Auch tendierten Rohstoffkonflikte, so die Studie weiter, dazu, in ihrem Verlauf gewaltsamer zu werden.[39] Darüber hinaus ist in vielen Ländern auch zivilgesellschaftliches Engagement gegen Ressourcenextraktivismus und andere ökologische Verwerfungen nicht ungefährlich. Nach Recherchen der britischen Nichtregierungsorgansition Global Witness wurden im Jahr 2016 200 UmweltaktivistInnen in 24 Staaten aufgrund ihrer Arbeit umgebracht. Im Vorjahr belief sich die Anzahl der Opfer noch auf 186. Viele der Getöteten stammen dabei aus indigenen Gemeinschaften. Insbesondere die in den Ländern Brasilien (49 dokumentierte ermordete Aktivisten), Kolumbien (37), den Philippinen (28), Indien (16), Honduras (14), Nicaragua (11) sowie der Demokratischen Republik Kongo (10) wurde 2016 umweltaktivistisches Engagement gewaltsam unterdrückt.[40]

Ferner konnte die Geographin Jessica Steinberg nachweisen, dass – zumindest auf dem afrikanischen Kontinent – niedrigschwellige Konfliktsituationen wie organisierte Demonstrationen, Streiks oder Aufstände mit höherer Wahrscheinlichkeit

(gewaltsam) niedergeschlagen werden, wenn sie in der Nähe von Bergbauanlagen (und zeitgleich möglichst weit entfernt von Hauptstädten) stattfinden.[41] Steinberg führt diesen Zusammenhang vor allem auf die politökonomischen Implikationen extraktiver Wirtschaftsaktivitäten zurück: „Die starre Infrastruktur für die Extraktion natürlicher Ressourcen und die begrenzten Ausstiegsmöglichkeiten machen diese Einkommensquelle besonders und unmittelbar verwundbar ... Es sind jedoch nicht die natürlichen Ressourcen an sich, die solche Szenarien befördern, sondern vielmehr die spezifischen Eigenschaften ortsgebundener Fixiertheit, versunkener Kosten und die Aussicht auf hohe Staatseinnahmen.“[42]

Darüber hinaus wird auch die militärische Absicherung zentraler maritimer Handelsrouten für wichtige Rohstoffe in vielen Sicherheitsstrategien hochentwickelter Industrienationen als außenpolitisches Aufgabenfeld verstanden. Auch die EU und ihre Mitgliedstaaten haben in der Vergangenheit auf viele dieser Instrumente zurückgegriffen, um wirtschaftliche wie geopolitische Interessen durchzusetzen.[43] An dieser Stelle sei nur auf zwei Beispiele verwiesen: die EU-Operation EUFOR RD Congo im Jahr 2006 in der Demokratischen Republik Kongo sowie die seit 2008 andauernde Marinemission ATALANTA der EU vor der Küste Somalias. In beiden Fällen ist zumindest teilweise von rohstoffpolitischen Beweggründen auszugehen. Der EU-Einsatz im Kongo 2006 sollte laut offizieller Angaben dazu beitragen, einen friedlichen Verlauf der bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu gewährleisten. Wie Lühr Henken anmerkt, wurde dieses Mandat jedoch nicht lediglich als Selbstzweck verstanden: „Ein weiterer Grund für das Eingreifen der EU ist der Griff nach dem Rohstoff- und Wasserreichtum des Landes. Es ist nicht daran gedacht, mittels dieser EU-Truppen direkt auf Rohstoffressourcen zuzugreifen. Aktuell geht es darum, die hergebrachte korrupte Machtstruktur im Kongo, die den transnationalen Konzernen einen preiswerten Zugriff auf die reichhaltigen Ressourcen des Landes sichert, mittels der Wahlen zu konservieren und vor allem zu legitimieren.“[44]

Auch die maritime EU-Mission ATALANTA vor der Küste Somalias hat einen rohstoffpolitischen Bezug. Obwohl der Einsatz zu Beginn mit der Begründung, man wolle dafür sorgen, dass die Schiffe des Welternährungsprogramms die hungernde somalische Bevölkerung erreichten, legitimiert wurde, war schnell klar, dass das Engagement der EU vor allem dem Schutz der wichtigen küstennahen Tankerroute vor der lokalen Piraterie galt.[45] Dieses Kausalverhältnis wurde zuletzt auch in der EU-Globalstrategie aus dem Jahr 2016 offen benannt: „Im Zusammenhang mit dem Interesse der EU an einem offenen und fairen Wirtschaftssystem besteht die Notwendigkeit von weltweitem Wachstum und weltweiter Sicherheit im Seeverkehr, wodurch offene und geschützte Wege auf Ozeanen und Meeren, die für den Handel von entscheidender Bedeutung sind, und der Zugang zu den natürlichen Ressourcen sichergestellt werden. Die EU wird zur weltweiten maritimen Sicherheit beitragen und dabei auf ihre Erfahrungen im Indischen Ozean und im Mittelmeer zurückgreifen und die Möglichkeiten für den Golf von Guinea, das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka prüfen.“[46]

Die Sicherheitspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten leistet also einen direkten Beitrag zur gewaltvollen Aufrechterhaltung der bestehenden Muster globaler Rohstoffproduktion und -konsumption. Allerdings profitiert die EU in vielen Fällen auch von der gewaltförmigen innerstaatlichen Repression von Bevölkerungsschichten in neoliberalisierten rohstoffexportierenden Schwellen- und Entwicklungsländern, ohne dabei einen proaktiven sicherheitspolitischen Beitrag zu leisten. Südafrika ist hierfür ein eindrückliches Beispiel.

Die Remilitarisierung Südafrikas

a) Südafrika als eigenständiger Sicherheitsakteur

Im Jahr 2007 gingen die EU und Südafrika eine Strategische Partnerschaft ein.[47] Südafrika ist damit unter den insgesamt 10 Staaten, mit denen die EU ein solches Verhältnis pflegt, das bislang einzige afrikanische Land. Die Partnerschaft zwischen der EU und Südafrika konzentriert sich dabei vor allem auf gemeinsame Themenschwerpunkte vergangener bilateraler Beziehungen wie Handel, Entwicklung sowie Wissenschaft und technologischer Fortschritt. Die mitunter gewaltgestützte sicherheitspolitische Ordnung innerhalb Südafrikas spielt in diesem Kontext keine explizite Rolle.

Dies ist nicht weiter verwunderlich, ist Südafrika doch ein Land, das nicht zuletzt aufgrund seiner blutigen Geschichte über eine ‚robuste‘ staatliche Sicherheitsarchitektur verfügt.[48] Entsprechende Rüstungsgüter bezieht der südafrikanische Staat zu einem großen Teil aus nationaler Produktion,[49] die seit ihrem Ausbau in den frühen 1960er Jahren – auch vor dem Hintergrund des von 1977 bis zum Ende des Apartheidregimes anhaltenden internationalen Waffenembargos – ein hohes Niveau erreicht hat.[50] Auch sind viele verwendete Waffensysteme selbst durchgeführte ‚Kampfwertsteigerungen‘ älterer ausländischer – zumeist westlicher – Modelle.[51] Darüber hinaus erforderliche Rüstungswaren werden importiert. Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) lag Südafrika zwischen 2012 und 2016 auf dem 68. Platz der weltweiten Waffenimporteure.[52] Die wichtigsten Waffenlieferanten waren dabei in den letzten Jahren Schweden, Deutschland, einige weitere EU-Mitgliedstaaten und die USA.[53] Berücksichtigt man auch Destinationen innerhalb Europas, so nahm Südafrika im Zeitraum zwischen 1998 und 2016 die 20. Stelle unter den wichtigsten Empfängerländern von EU-Rüstungsexporten ein.[54] Von 2001 bis 2016 betrug das Exportvolumen europäischer Rüstungsgüter nach Südafrika insgesamt 2,9 Milliarden Euro. Unter den exportierten Waren befanden sich unter anderem Fluggeräte, Kriegsschiffe, Sprengkörper, Fahrzeuge und Panzer, diverse Munition, Schutzgeräte sowie Kleinwaffen.[55]

Wie die südafrikanische Sozialwissenschaftlerin Jane Duncan anmerkt, sind die zu beobachtenden Remilitarisierungstendenzen der letzten Jahre nicht lediglich auf Zumas machtpolitische Interessen zurückzuführen: „Die Sachlage deutet auf eine sehr viel größere Agenda hin, nämlich eine der Stärkung des Sicherheitsclusters, um auf diesem Wege die soziale Kontrolle über Südafrikas höchst ungleiche und extraktive sozioökonomische Gesellschaftsverhältnisse zu steigern. Niemand sollte sich über diese Entwicklungen wundern; immerhin sind sie auch andernorts zu beobachten und berufen sich auf ähnliche Methoden der sozialen Einhegung, wie sie in anderen Ländern auch gegen widerspenstige Bevölkerungen eingesetzt werden.“[56]

b) Die Paramilitarisierung der südafrikanischen Polizei

Zur Absicherung des sozio- und politökonomischen Status quo greifen südafrikanische Sicherheitsbehörden in diesem

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Quelle: Bob Adams / CC BY-SA 2.0 / Wikimedia Commons

Zusammenhang mitunter auch auf massive physische Gewalt zurück. Traditionell kommt dem Südafrikanischen Polizeidienst (englisch: South African Police Service; SAPS) hier eine besondere Rolle zu. Noch zu Zeiten der Apartheid bestanden dessen Aufgaben vor allem in der gewaltförmigen Kontrolle der schwarzen Bevölkerung, der Bekämpfung politischer Oppositionsbewegungen sowie dem Schutz des weißen Regierungsapparats und der weißen Bevölkerung vor Verbrechen und politischen Unruhen. Dieses Aufgabenprofil erforderte keine polizeilichen Fähigkeiten im traditionellen Sinn, belohnte stattdessen politische Loyalität und produzierte nicht selten erschütternde Machtmissbrauchsfälle.[57] Ein besonders gravierendes Beispiel dafür war das Massaker von Sharpeville vom 21. März 1960, als die südafrikanische Polizei das Feuer auf eine Gruppe von DemonstrantInnen eröffnete und dabei 69 Menschen tötete sowie über 300 verletzte.[58]

Nach der Überwindung des Apartheidsystems investierte der ANC zunächst viel Energie in die Reform der Polizeibehörden. Neue Ausbildungs- und Trainingsstandards wurden eingeführt, sowie gesetzliche Richtlinien verabschiedet. Außerdem bemühte man sich vermehrt um vertrauensbildende Maßnahmen und Kriminalitätsprävention in armen Gemeinden. Obwohl derartige Vorhaben oftmals positive Effekte mit sich brachten, konnten sie keine nachhaltigen Verbesserungen der sicherheitspolitischen Lage Südafrikas bewirken.[59] So sinkt zwar seit 1997 die Anzahl der polizeilichen Tötungen, jedoch ist Polizeigewalt nach wie vor sehr präsent.[60]

Nachdem also der erhöhte Fokus auf Rechenschaftspflicht und Legitimität der polizeibehördlichen Reformen während Mandelas Amtszeit (1994-1999) keine signifikante Reduktion gewalttätiger Verbrechen herbeiführen konnte, setzten mit dem Austausch der bis dato gültigen auf Kriminalitätsprävention ausgelegten nationalen Strategie durch eine neue Strategie der Kriminalitätsbekämpfung Anfang der 2000er Jahre auch deutliche Militarisierungstendenzen ein.[61] Die unter Mbeki eingeführte Nulltoleranzpolitik ging dabei unter anderem mit einer allgemeinen Verrohung des öffentlichen Diskurses einher, im Rahmen dessen Kriminelle von Seiten hochrangiger PolitikerInnen gelegentlich auch als „Untermenschen“ oder „Bastarde“ bezeichnet wurden.[62] Nach Duncan lässt sich der polizeiliche Militarisierungsprozess anhand materieller, kultureller, organisatorischer und operationeller Indikatoren festmachen. Die materiellen Indikatoren sind dabei der erhöhte Einsatz militärischer Waffenarsenale und der graduelle Übergang von Tränengas und Wasserkanonen zu Gummigeschossen, die aus nächster Nähe durchaus tödlich sein können, und scharfer Munition. Die kulturellen Indikatoren bestehen in der Wiedereinführung militärischer Ränge innerhalb der Polizeieinheiten und den Kriegsanalogien in öffentlichen Verlautbarungen zur Kriminalitätsbekämpfung. In organisatorischer Hinsicht lassen sich vor allem der Bedeutungszuwachs paramilitärischer Polizeieinheiten und die zunehmende Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen anführen. Die operationellen Indikatoren sieht Duncan in dem Wandel weg von reaktiver, hin zu proaktiver erkenntnisgestützter Polizeiarbeit und dem allgemein aggressiveren Vorgehen – auch in Hinblick auf die Durchsetzung öffentlicher Ordnung.[63]

Das zentrale Symptom dieses Militarisierungstrends ist wohl der neue Stellenwert der paramilitärischen Polizeieinheiten, von denen einige erst im Laufe der 2000er Jahre gegründet wurden. Die älteste dieser Einheiten ist die Special Task Force (STF), die bereits während der Apartheid entstand und traditionell im Bereich der Terror- und Aufstandsbekämpfung tätig war. Innerhalb des SAPS ist sie für Einsätze in strategischen und hochriskanten Bedrohungssituationen, die in der Regel spezielle Kompetenzen oder Ausrüstung erfordern, zuständig. Sie ist die einzige Polizeieinheit, die Tarnuniformen trägt.[64] Eine weitere paramilitärische Eliteeinheit ist die National Intervention Unit (NIU). Sie wurde 2002/3 für Situationen mit mittlerem bis hohem Risikoprofil, die von regulären Polizeieinheiten nicht unter Kontrolle gebracht werden können, ins Leben gerufen und konzentriert sich auf Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere in Fällen öffentlicher Gewaltausbrüche. Bei Bedarf wird sie auch zur operationellen

Platinmine in Südafrika. Quelle: Ryanj93 / CC BY-SA 4.0 / Wikimedia Commons

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Unterstützung anderer Einheiten (wie beispielsweise der STF) abgerufen.[65] Das im Jahr 2009 gegründete Tactical Response Team (TRT) stellt die jüngste paramilitärische Einheit des SAPS dar und ist auf erkenntnisgestützte Dienstleistungen für andere Polizeieinheiten in mittel- bis hochriskanten Einsatzgebieten spezialisiert. Das TRT konzentriert sich dabei auf Kriminalitätsbekämpfung und den Umgang mit großen Menschenmengen.[66] Seit 2011 sind die STF, die NIU und das TRT gemeinsam mit regulären Einheiten der Ordnungspolizei innerhalb der SAPS-Division Operational Response Services (ORS) organisiert.[67] Die ORS sind dabei insbesondere für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die Einhegung grenzübergreifender Kriminalität, luftgestützte Hilfeleistungen für diverse Polizeiarbeiten und die Ausführung mittel- bis hochriskanter Operationen zuständig.[68]

Um diesem Aufgabenspektrum gerecht zu werden, verfügen die Polizeieinheiten der ORS über ein umfangsreiches Waffenarsenal, das mitunter auch Importwaren aus der EU und nationale Produkte europäischer Lizenzen enthält. So gehört zur Standardausrüstung der südafrikanischen Ordnungspolizei neben Pfefferspray und dem Sturmgewehr R5 auch die Pistole Z88, ein südafrikanischer Lizenzbau der italienischen Beretta Modell 92.[69] Die Einheiten der STF verwenden unter anderem einige (Maschinen-)Pistolen des deutschen Waffenherstellers Heckler & Koch wie die USP, die USP Compact sowie die MP5-N. Die von der STF eingesetzten südafrikanischen Sturmgewehre R1, R2 und R3 sind Lizenzbauten des belgischen FN FAL Para. Auch Scharfschützengewehre des britischen Waffenherstellers Accuracy International sowie der österreichischen Firma Steyr Mannlicher sind im Gebrauch. Zudem setzt die STF die italienischen Schrotflintenmodelle RS-200 und RS-202 M1 ein. Das verwendete Maschinengewehr FN MAG kommt aus Belgien. Des Weiteren verfügt die STF über einige gepanzerte Fahrzeuge wie den Casspir, den RG-12 „Nyala“ und den RG-31, die von OMC Land Systems hergestellt werden, einer südafrikanischen Tochterfirma des britischen Rüstungskonzerns BAE Systems.[70] Zum Waffenarsenal der NIU-Einheiten gehören neben der Maschinenpistole USP und den Sturmgewehren R1 und R5 auch die italienische Beretta Px4 Storm sowie Betäubungsgranaten aus dem Vereinigten Königreich.[71] Diese (sehr wahrscheinlich unvollständige[72]) Auflistung zeigt, dass der SAPS zu einem doch nicht unerheblichen Teil mit Rüstungswaren und Lizenz-Produktionen aus der EU ausgerüstet ist.

Die unter anderem auf diese Weise erworbene Ausrüstung setzt die südafrikanische Polizei seit der Jahrtausendwende neben der Kriminalitätsbekämpfung immer häufiger auch wieder gegen streikende ArbeiterInnen und DemonstrantInnen ein. Diese Entwicklungen sind dabei nicht ohne deren Einbettung in die neoliberalen Herrschafts- und Machtverhältnisse innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft zu verstehen. Sowohl die Militarisierungsprozesse als auch die sozialen Phänomene, die der SAPS dadurch zu bekämpfen versucht, sind Folgen gegebener sozio- und politökonomischer Strukturen.[73] So weisen etwa zahlreiche kriminologische Studien nach, dass wirtschaftliche Ungleichheit der weitaus beste Prädiktor für lokale Mordraten ist. Eine gängige Erklärung hierfür verweist auf den in ungleichen Gesellschaften vorherrschenden gesteigerten Wettbewerb um materielle wie immaterielle Statussymbole und die vornehmlich unter deprivierten jungen Männern zu beobachtende Tendenz, diesen gewaltsam auszutragen.[74]

Eine weitere Reaktion auf die sozialen und politischen Missstände im Land stellt die seit 2004 zu beobachtende Zunahme von (mitunter militanten) Demonstrationen und Streiks dar.[75] Der Ärger vieler DemonstrantInnen richtet sich dabei insbesondere gegen die unzureichende Bereitstellung von Dienstleistungen sowie korrupte LokalpolitikerInnen. Dem Soziologen Peter Alexander zufolge liegen deren Ursachen in der nationalen Politik der letzten zwei Jahrzehnte: „Viele Probleme können auf die ‚neoliberale‘ Regierungspolitik der Post-Apartheid zurückgeführt werden. Die Privatisierung lokaler Dienstleistungen eröffnete Ratsmitgliedern und deren Günstlingen neue Möglichkeiten privater Akkumulation. Unzureichende Investitionen in öffentliche Güter haben einen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Mangel an Personal mit den nötigen Fähigkeiten zur Administration lokaler Verwaltungsstrukturen und Aufrechterhaltung kommunaler Dienstleistungen (insbesondere außerhalb der Metropolregionen) entstehen lassen".[76]

Neben anhaltenden politischen Demonstrationen lässt sich in Südafrika auch ein hohes Streikniveau über alle Wirtschaftssektoren beobachten.[77] Mit einer durchschnittlichen jährlichen Anzahl von 65 Streiks in den Jahren von 2007 bis 2012 und steigender Tendenz ist Südafrika womöglich sogar das Land mit den intensivsten Arbeitskämpfen der Welt.[78] Das repressive Vorgehen des SAPS ist vor diesem Hintergrund nicht schlicht als fehlgeleitetes polizeiliches Reaktionsmuster zu deuten, sondern vielmehr in seiner Logik innerhalb einer zutiefst ungleichen Klassengesellschaft zu verstehen. Die südafrikanischen Polizeibehörden sind keine apolitische Instanz, deren primäre Aufgabe der Schutz eines wie auch immer definierten Allgemeinwohls ist. Im Gegenteil: Wie auch in anderen kapitalistischen Demokratien dient die gewaltförmige Repression marginalisierter und aufbegehrender Bevölkerungsschichten vor allem der Perpetuierung eines neoliberalen Akkumulationsregimes im Interesse dominanter Eliten und Klassen.[79]

Das Massaker von Marikana

Als am 16. August 2012 34 streikende MinenarbeiterInnen in Marikana von der südafrikanischen Polizei getötet wurden, sprachen viele von einem historischen Wendepunkt.[80] Das Ausmaß zur Schau gestellter (polizei-)staatlicher Gewalt erweckte vielfach Erinnerungen an vergangene, längst als überwunden geglaubte Erfahrungen aus Zeiten der Apartheid. Die damit einhergegangene allgemeine Desillusion über den demokratisch-rechtsstaatlichen Charakter Südafrikas wirkt bis heute nach.

Marikana befindet sich im sogenannten Bushveld-Komplex, einer Region, die etwa 95 Prozent der weltweit bekannten Lagerstätten von Platingruppenmetallen beherbergt.[81] In diesem Gebiet ist unter anderem auch der britisch-südafrikanische Bergbaukonzern Lonmin tätig, dessen streikende Arbeiter bei den gewalttätigen Ausschreitungen vom August 2012 ums Leben kamen. Lonmin ist der drittgrößte Platinproduzent der Welt[82] und mit Gewinnmargen von 30 Prozent in den letzten 20 Jahren deutlich profitabler als der weltweite Durchschnitt (Margen von 8 Prozent) gewesen.[83] Das Unternehmen beschäftigt in Marikana rund 25000 Festangestellte und 8000 Vertrags- und Zeitbedienstete, die täglich im Schnitt 26000 Tonnen Gestein an die Oberfläche befördern, aus denen etwa 3500 Unzen an Platingruppenmetallen gewonnen werden.[84] Im Jahr 2012 erwirtschaftete der Konzern einen durchschnittlichen Tagesumsatz von fünf Millionen Euro. Die MinenarbeiterInnen Lonmins erhielten im selben Jahr allerdings lediglich ein Durchschnittsgehalt von monatlich 400 Euro und lagen damit nahe an der Armutsgrenze. Hinzu kommt, dass sie mit diesem Lohn im Schnitt acht weitere Menschen ernähren mussten.[85]

Neben dem niedrigen Einkommen waren und sind auch die Arbeits- und Lebensbedingungen im südafrikanischen Platinbergbau äußerst schlecht. Die Mehrheit der ArbeiterInnen in den Abbauregionen lebt in Wellblechhütten und muss ohne gesicherten Zugang zu fließendem Wasser, Strom oder Kanalisationsanlagen auskommen. Der Platinabbau findet in Tiefen von bis zu 1400 Metern statt und ist dabei ausgesprochen risikoreich. Alleine im Jahr 2016 kamen in den Platinminen Südafrikas 27 Menschen ums Leben. Die Anzahl der Arbeitsunfälle nimmt jährlich zu.[86] Eine weitaus häufigere berufsbezogene Todesursache stellt jedoch die Lungenerkrankung Silicosis dar, die durch die in den Lüftungsschächten zirkulierenden Partikel verursacht wird. Laut einer aktuellen Studie sind 36 Prozent aller ArbeiterInnen davon betroffen. Aufgrund der Emissionen der angegliederten Fabriken ist darüber hinaus auch die Luft im nahen Umfeld der Bergbauanlagen belastet.[87]

Die Widrigkeiten, denen die Platinminenarbeiter ausgesetzt sind, verweisen auf bis heute andauernde Kontinuitäten des kolonialen Apartheidregimes, die sich sowohl klassistisch, rassistisch als auch sexistisch artikulieren.[88] Die neoliberale Arbeitsmarktpolitik der letzten beiden Jahrzehnte trug dabei zu einer anhaltenden Fragmentation und Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse bei, die vor dem Hintergrund flexibilisierter Arbeitsverträge und dem traditionell hohen Anteil migrantischer ArbeiterInnen im Bergbausektor solidarisches Handeln oftmals erschwer(t)en.[89]

Am 10. August 2012 traten etwa 3000 Minenarbeiter aus Lonmins Platinminen in Marikana in einen „ungeschützten" Streik,[90] um höhere Löhne durchzusetzen. Da sich das Verhältnis zwischen den streikenden ArbeiterInnen und der bis dato größten Bergbaugewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) in den Monaten zuvor sehr verschlechtert hatte und viele der Meinung waren, dass es der NUM dem Lonmin-Management gegenüber an kritischer Distanz fehlte, entschieden sich die ArbeiterInnen, die üblichen über GewerkschaftsfunktionärInnen vermittelten Verhandlungsprozesse zu umgehen und stattdessen direkte Gespräche mit der Unternehmensführung zu fordern.[91] Nachdem sich Lonmin weigerte, mit den Streikenden zu verhandeln und mit Entlassungen drohte, kam es in den folgenden Tagen zu mehreren gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen sowohl BergarbeiterInnen als auch PolizistInnen zu Tode kamen.[92] Die Gewalteskalation resultierte letztendlich in dem Massaker vom 16. August 2012, das 34 streikenden ArbeiterInnen das Leben kostete.

Erst nachdem sorgfältige Recherchen engagierter JournalistInnen, AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und FilmemacherInnen auf inhaltliche Ungereimtheiten des dominanten Narrativs hingewiesen hatten, wurde dessen Glaubwürdigkeit vereinzelt in Frage gestellt. Auch die nach ihrem leitenden Richter benannte Farlam-Kommission[93] zur nationalen Untersuchung der Vorfälle konnte Lücken der polizeilichen Selbstverteidigungsthese aufzeigen: „Die Polizei, so wurde detailliert festgestellt, hatte Beweise unterschlagen, Dokumente gefälscht, Absprachen zu Falschaussagen getroffen, Aussagen verweigert, sich des Meineids schuldig gemacht und potenzielle BelastungszeugInnen unter Druck gesetzt, manche auch gefoltert."[94] Wie Grimm und Krameritsch zudem anmerken, lässt die tatsächliche Beweislage gänzlich andere Schlüsse zu als die öffentlichen Verlautbarungen der Polizei: „Vieles spricht dafür, dass die mit tödlicher Munition ausgestattete Polizei schon am ersten Schauplatz des Massakers – einem Steinhügel, der den Arbeitern als Versammlungsort diente – nicht aus Notwehr handelte. Die 328 Kugeln, die die 45 Polizisten innerhalb von elf Sekunden auf die Streikenden abfeuerten und damit 17 von ihnen töteten, wurden nicht auf angreifende, sondern auf flüchtende Menschen geschossen. Etwa 200 Meter entfernt, an der sogenannten ‚zweiten Stelle' des Massakers, wurden weitere 17 Menschen von der Polizei getötet. Mittlerweile bestreitet niemand mehr, dass hier Morde begangen worden sind. Es war keineswegs polizeiliche Notwehr, es handelte sich vielmehr um Exekutionen. Aus unmittelbarer Nähe sind Menschen, die sich stellten und ihre Hände erhoben, von Polizisten erschossen worden. Andere wurden

von hinten getroffen, als sie versuchten zu fliehen."[95]

Das Lonmin-Management wollte unter keinen Umständen die geregelten Lohnverhandlungsverfahren über die unternehmensnahe NUM-Gewerkschaft delegitimieren und verweigerte sich deshalb allen direkten Gesprächen mit der streikenden ArbeiterInnenschaft. Die NUM wiederum fürchtete, dass ein erfolgreicher Ausgang des Streiks die Mitgliederzahlen der Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU), einer Konkurrenzgewerkschaft, die in den Monaten vor dem Massaker mehr und mehr an Popularität gewonnen hatte und die streikenden ArbeiterInnen ausdrücklich unterstützte, in neue Höhen schnellen lassen könnte. Auch der ANC hatte ein Interesse an der fortdauernden gewerkschaftlichen Dominanz der NUM im Bergbausektor, da diese ein wichtiger Bestandteil des nationalen Gewerkschaftsdachverbandes Congress of South African Trade Unions (COSATU) war. Der ANC bildet zusammen mit dem COSATU und der South African Communist Party (SACP) seit 1994 die Regierungsallianz. Darüber hinaus wollte der ANC verhindern, dass Julius Malema, ein populäres ehemaliges Parteimitglied, die aufrührerische Stimmung für eine neue Parteigründung nutzte.[96]

Die Verflechtungen unternehmerischer, gewerkschaftlicher und staatlicher Repressionsbestrebungen in Marikana lassen sich wohl am deutlichsten anhand der Rolle Cyril Ramaphosas aufzeigen. Ramaphosa ist mehrfach inhaftierter Anti-Apartheid-Aktivist, Mitbegründer der NUM und war außerdem ANC-Chefverhandler während der Transitionsgespräche in den frühen 1990er Jahren. Infolge des Post-Apartheid-Wandels erwirtschaftete Ramaphosa als Privatunternehmer in unterschiedlichen Positionen große Reichtümer, sodass er heute als einer der wohlhabendsten Menschen Südafrikas gilt. Als die MinenarbeiterInnen von Lonmin im August 2012 in den Streik traten, hielt Ramaphosa über ein eigenes Investitionsunternehmen 9,1 Prozent der Aktienanteile an dem Bergbaukonzern und war gleichzeitig Vorstandsmitglied. Seinen großen Einfluss innerhalb des ANCs nutzte er, um das Polizei- und das Bergbauministerium dazu zu drängen, entschiedener gegen die Streikenden vorzugehen.[97] Hätte Ramaphosa deeskalierender eingewirkt, so behaupten KritikerInnen, wären die getöteten 34 ArbeiterInnen womöglich noch am Leben.[98] Derartige Einwände schadeten seinem öffentlichen Ansehen jedoch nicht. Ramaphosa ist seit dem 15. Februar 2018 amtierender Präsident Südafrikas.

b) Der Bezug zu Europa

Das Massaker von Marikana sorgte auch in den Medien europäischer Länder für Aufmerksamkeit, was keine Selbstverständlichkeit ist. Wie der Journalist Stefan Buchen aufzeigt, maß auch die deutsche Berichterstattung dem Ereignis einen hohen Bedeutungswert bei.[99] Die frühen Analysen konzentrierten sich dabei vor allem auf Fragen nach der Schuld an der Gewalt sowie dem krisenhaften Charakter südafrikanischer Politik. Hinsichtlich der Verantwortlichkeit ließen sich sowohl Beiträge finden, die die Sicherheitskräfte der Eskalation beschuldigten, als auch solche, die eher die streikenden ArbeiterInnen in der Verantwortung sahen. Was jedoch alle Analysen vereinte, so Buchen, war ihr interpretativer Referenzrahmen: „Die deutschen ReporterInnen sehen das Blutbad von Marikana als innenpolitisches Problem. So unterschiedlich die Erklärungsansätze auch sein mögen – korrupte Regierung, schlecht ausgebildete Polizei, gewaltbereite Arbeiter, schlechte Arbeitsbedingungen –, die Ursachen des Ereignisses werden allein in Südafrika gesucht."[100] Symptomatisch dafür steht die in allen Fernsehnachrichten und den meisten Zeitungsberichten vorgefundene Charakterisierung Lonmins als „südafrikanischer" Bergbaukonzern. Die multinationale Ausrichtung des südafrikanisch-britischen Unternehmens mit Sitz in London wird dadurch unkenntlich gemacht.[101]

Ein schwerwiegenderes Versäumnis der frühen medialen Berichterstattung in Deutschland ist allerdings in dem Umstand zu sehen, dass der deutsche Chemiekonzern BASF an keiner Stelle als wichtigster Kunde Lonmins benannt wurde. Buchen schreibt hierzu: „Den deutschen KorrespondentInnen soll nicht unterstellt werden, sie hätten im August 2012 den Bezug der BASF zum Massaker von Marikana bewusst verschwiegen. Das wäre dumme Verschwörungstheorie. Was hingegen naheliegt, ist der Verdacht, dass sie in der Krisensituation davor zurückschreckten, das große Ganze in den Blick zu nehmen. Das große Ganze sind hier die Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse, die die europäischen Eroberer und Kolonialisten über die Jahrhunderte zwischen Europa und Afrika etabliert haben."[102] Und ein Teil dieses „großen Ganzen" ist heute ohne Zweifel auch der Konzern BASF. Das 1865 bei Ludwigshafen gegründete Unternehmen ist mit einem jährlichen Umsatz zwischen 60 und 75 Milliarden Euro der größte Chemiekonzern der Welt. Als globaler Akteur beschäftigt dieser etwa 114000 Angestellte in über 80 Ländern. BASF bietet eine weite Palette an Konsumartikeln an und ist in beinahe jeder Industriebranche Produktlieferant. Ungefähr 14 Prozent des jährlichen Umsatzes erwirtschaftet das Unternehmen als Automobilzulieferer, vor allem durch den Verkauf von Katalysatoren. Als weltgrößter Hersteller benötigt BASF dafür große Mengen an südafrikanischen Platingruppenmetallen. Daher bezieht der Konzern für jährlich etwa 650 Millionen Euro Metalle aus den Lonmin-Minen in Marikana. Das sind über 50 Prozent der örtlichen Jahresproduktion. Die Geschäftsbeziehungen zwischen BASF und Lonmin bestehen dabei seit mittlerweile mehr als 30 Jahren und reichen bis in die Apartheid zurück.[103]

All dies verdeutlicht, dass das Massaker von Marikana nicht nur als südafrikanisches Ereignis, sondern vielmehr im Kontext globaler durch internationale Machtasymmetrien geprägte Kapitalverwertungslogiken zu betrachten ist. Vor diesem Hintergrund tragen die EU und ihre Mitgliedstaaten eine klare Mitschuld an den gewalttätigen Geschehnissen.

Die Externalisierung extraktivistischer Gewalt

Obwohl das Blutvergießen vom 16. August 2012 die lokalen ArbeiterInnen zutiefst schockierte, brach der Streik entgegen den Annahmen des Lonmin-Managements, der Polizei und der NUM nicht ab. Nach über einem Monat anhaltender Proteste zeigte sich das Unternehmen schließlich zu Gesprächen bereit und bewilligte letztendlich am 18. September 2012 Lohnerhöhungen zwischen 11 und 22 Prozent sowie einmalige Bonuszahlungen für die Wiederaufnahme der Arbeit. Der siegreiche – wenn auch blutig erkaufte – Arbeitskampf inspirierte in den folgenden Wochen weitere Streikwellen, die den gesamten südafrikanischen Bergbausektor betrafen und stellenweise sogar darüber hinaus fortwirkten.[104] Trotz vereinzelter Erfolge sind die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Bergbauindustrie – und nicht nur dort – heute jedoch nach wie vor miserabel.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war es, aufzuzeigen, dass die prekäre Situation der (Minen-)Arbeiter in Südafrika – und anderen Schwellen- und Entwicklungsländern – sowie

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Solidaritätsproteste in Oakland.
Quelle: Daniel Arauz / Flickr

die angewandte Staatsgewalt zur Aufrechterhaltung dieser Verhältnisse ohne die Berücksichtigung globaler Abhängigkeitsstrukturen im Zeitalter eines hyperextraktivistischen Neoliberalismus nicht zu verstehen sind. Liam Downey und KollegInnen beschreiben diesen Zusammenhang wie folgt: „Natürlich haben Entwicklungsländer ganz andere Interessen als Kernländer. Sie haben außerdem sehr viel weniger Macht als Kernländer. Daraus ergibt sich, dass Entscheidungen über den Einsatz oder die Androhung von Gewalt zum Schutz von ressourcenextraktiven Aktivitäten in Entwicklungsländern vermutlich stark durch strukturelle Zwänge, die von vermögenden Regierungen, Konzernen oder internationalen Institutionen ausgehen, bedingt sind. […] Folglich könnten sich die Regierungen von Entwicklungsländern dazu veranlasst fühlen, ungeachtet ihrer eigenen Motive und Interessen alle nötigen Mittel zur Sicherung ressourcenfördernder Unternehmungen einsetzen zu müssen, um ihren Schuldverpflichtungen nachzukommen, fortdauernde ausländische Investitionen sicherzustellen und Konflikte mit mächtigeren Nationen und Institutionen zu minimieren.“[105]

Neben externen Zwängen spielen darüber hinaus oftmals auch die Interessen nationaler Kapitalfraktionen und neoliberal ideologisierter politischer Eliten eine wichtige Rolle bei der politökonomischen Absicherung extravertierter, ressourcenintensiver Akkumulationsregime. Die (westlichen) Industrienationen können sich diese leicht von der ausgeübten Gewalt distanzieren: „[...] obwohl reiche Nationen, Konzerne und die Institutionen [...] wahrscheinlich die Bedingungen [der Gewaltanwendung] [...] formen, sind diese mächtigen Akteure oftmals in der Lage, sich von diesen Entscheidungen abzugrenzen und dadurch zu behaupten, (a) sie seien für die Gewalt nicht zu verantworten und (b) ihre Kontrolle über natürliche Ressourcen sei das Resultat des rationalen und gerechten Waltens des Weltmarktes.“[106]

Der Soziologe Stephan Lessenich umschreibt unter anderem dieses Phänomen mit dem Begriff der „Externalisierungsgesellschaft“.[107] Externalisierungsgesellschaften sind demnach hochentwickelte kapitalistische Industrienationen, die die sozioökologischen Kosten ihrer Reproduktion auf Menschen außerhalb ihrer geografischen Grenzen externalisieren. Nach Lessenich zeichnen sich solche Gesellschaften durch die drei Momente der Ausbeutung, Auslagerung und Ausblendung aus. Ausbeutung ereignet sich dort, wo überproportional menschliche Arbeitskraft und Natur aus peripheren Gebieten vereinnahmt wird. Gleichzeitig werden sowohl unliebsame Arbeitsprozesse, Umweltschäden als auch – wie in Marikana ersichtlich – exzessive Gewalt in eben jene Regionen ausgelagert. Damit diese Produktions- und Lebensweisen in den entsprechenden Externalisierungsgesellschaften fortbestehen können, müssen sie letztlich „der Mehrheit der Menschen legitim erscheinen, das heißt, Ausbeutung und Auslagerung müssen umgedeutet, verdrängt oder ausgeblendet werden. Die Einsicht in die systematische Verursachung von Ungerechtigkeit, Leid und Gewalt darf keinen Platz im kollektiven Bewusstsein finden.“[108]

Diese Externalisierungsstrategien scheinen heute jedoch an Grenzen zu stoßen. Die durch kapitalistische Verwertungsprozesse verursachten sozioökologischen Verwerfungen lassen sich nicht länger nur auf (semi-)periphere Regionen begrenzen.[109] Vielmehr stellen diese mittlerweile die gesamte kapitalistische Produktionsweise – auch im globalen Norden – radikal in Frage. Die Auswirkungen des Klimawandels sind hier nur das virulenteste Beispiel.

Doch nicht nur die durch kapitalistisches Wirtschaften bedingten natürlichen Verwerfungen drohen, Akkumulationsdynamiken zu untergraben, auch der seit mehreren Jahrhunderten bestehende sozioökologische Metabolismus kapitalistischer Verwertung scheint ins Stocken zu geraten. Der Geograf Jason W. Moore sieht den Grund hierfür in dem sich abzeichnenden Ende billiger Natur, insbesondere billiger Arbeitskraft, Nahrungsmittel, Energie und Rohmaterialien.[110] Im historischen Verlauf kapitalistischer Reproduktion war das Kapital, so Moore, auf immer neue billige Quellen dieser vier Faktoren angewiesen, um Kosten zu senken und akkumulationsförderliche Profitraten zu gewährleisten. Mit dem Übergang ins 21. Jahrhundert zeichnet sich allerdings das Ende neuer Grenzgebiete zur Ausbeutung und Aneignung billiger Natur ab – auch die jüngeren kapitalistischen Erschließungen Afrikas scheinen diesen Trend nicht aufhalten zu können. Das deutlichste Indiz hierfür ist wohl der seit 2003 trotz vereinzelter Kurseinbrüche anhaltende Rohstoffpreisboom, der seit einigen Monaten wieder signifikant steigende Preise aufweist.[111]

Vor diesem Hintergrund sollte es nicht verwundern, dass AnalystInnen seit geraumer Zeit vor kommenden Ressourcenkriegen warnen.[112] Es bleibt zu hoffen, dass die Menschen und Regierungen des globalen Nordens diese Signale nicht erst dann ernst nehmen, wenn die damit verbundene Gewalt nicht länger externalisiert werden kann.

Anmerkungen

1 Monika Dittrich, Stefan Giljum, Stephan Lutter und Christine Polzin: Green economies around the world? Implications of resource use for development and the environment, Sustainable Europe Research Institute, 2012.
2 United Nations Environment Programme (UNEP): Global material flows and resource productivity: Summary for policymakers, 2016.
3 Europäische Kommission: How Trade Policy and Regional Trade Agreements Support and Strengthen EU Economic Performance, 2015, S. 4, trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/march/tradoc_153270.pdf.
4 Europäische Kommission: Raw materials, ec.europa.eu/trade/policy/accessing-markets/goods-and-services/raw-materials/ vom 11.06.2014.
5 Stormy-Annika Mildner und Julia Howald: Die Europäische Union (EU), in: Hanns Günther Hilpert und Stormy-Annika Mildner (Hrsg.): Nationale Alleingänge oder internationale Kooperation: Analyse und Vergleich der Rohstoffstrategien der G20-Staaten, SWP-Studie, 2013, S. 69.
6 Nicola Jaeger: Alles für uns!? Der globale Einfluss der europäischen Handels- und Investitionspolitik auf Rohstoffausbeutung, PowerShift, 2015, S. 13f.
7 Europäische Kommission: über die Liste kritischer Rohstoffe für die EU 2017, COM(2017) 490.
8 Die aktuell gelisteten Rohstoffe sind Antimon, Baryt, Beryllium, Bismut, Borat, Kobalt, Kokskohle, Flussspat, Gallium, Germanium, Hafnium, Helium, Indium, Magnesium, natürlicher Grafit, Naturkautschuk, Niob, Phosphorit, Phosphor, Scandium, Siliziummetall, Tantal, Wolfram, Vanadium, Metalle der Platingruppe, schwere seltene Erden und leichte seltene Erden.
9 Europäische Kommission: Global Europe: Competing in the world, COM(2006) 567.
10 Jaeger 2015, S. 15f.
11 Europäische Kommission: Das Globale Europa: Eine starke Partnerschaft zur Öffnung der Märkte für europäische Exporteure, KOM(2007) 183, S. 8.
12 Bastiaan van Apeldoorn: Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists, in: Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas, Westfälisches Dampfboot, 2000, S. 189-221.
13 Mark Curtis: Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht, Oxfam Deutschland, 2010, S. 13.
14 Jakob Krameritsch (Hrsg.): Das Massaker von Marikana: Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika, Mandelbaum Verlag, 2013, S. 240.
15 Der ANC ist aufgrund kontinuierlicher Wahlerfolge seit 1994 Regierungspartei. Dementsprechend gehörten seit dem Ende der Apartheid auch alle südafrikanischen Staatspräsidenten dem ANC an: Nelson Mandela regierte von 1994 bis 1999, Thabo Mbeki von 1999 bis 2008, Kgalema Motlanthe von 2008 bis 2009 und Jacob Zuma von 2009 bis 2018. Cyril Ramaphosa ist seit Februar 2018 amtierender Präsident.
16 Ronnie Kasrils: How the ANC's Faustian pact sold out South Africa's poorest, https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/jun/24/anc-faustian-pact-mandela-fatal-error vom 24.06.2013.
17 Ebd. [Übersetzung aus dem Englischen].
18 Vishwas Satgar: Beyond Marikana: The Post-Apartheid South African State, in: African Spectrum, 47:2-3, 2012, S. 43ff.
19 Ben Fine und Zavareh Rustomjee: The Political Economy of South Africa. From Minerals-Energy Complex to Industrialization, Hurst & Company, 1996.
20 Luciana Hachmann: Die südafrikanische Unternehmensstruktur und ihre Abhängigkeit vom Minerals-Energy-Complex, in: Dana de la Fontaine, Franziska Müller, Claudia Hoffmann und Bernhard Leubolt (Hrsg.): Das politische System Südafrikas, Springer VS, 2017, S. 187ff.
21 Hugh Macmillan: Plus ça change? Mining in South Africa in the last 30 years – an overview, in: Review of African Political Economy, 44:152, 2017, S. 273.
22 The Observatory of Economic Complexity: What does South Africa export?, https://atlas.media.mit.edu/en/visualize/tree_map/sitc/export/zaf/all/show/2016/ vom 08.05.2018.
23 Hugh Macmillan: Plus ça change? Mining in South Africa in the last 30 years – an overview, in: Review of African Political Economy, 44:152, 2017, S. 283.
24 I. Robinson: The globalization of the South African mining industry, in: Journal of the Southern African Institute of Mining and Metallurgy, 116:8, 2016, S. 769ff.
25 Luciana Hachmann: Die südafrikanische Unternehmensstruktur und ihre Abhängigkeit vom Minerals-Energy-Complex, in: Dana de la Fontaine, Franziska Müller, Claudia Hoffmann und Bernhard Leubolt (Hrsg.): Das politische System Südafrikas, Springer VS, 2017, S. 187ff., S. 190f.
26 Satgar 2012, S. 37f.
27 Jason Beaubien: The Country With The World's Worst Inequality Is…, https://www.npr.org/sections/goatsandsoda/2018/04/02/598864666/the-country-with-the-worlds-worst-inequality-is vom 02.04.2018.
28 Morné Oosthuizen: Poverty and Inequality in South Africa, Global Poverty & Inequality Dynamics Research Network, 2017, S. 2.
29 Ainsley D. Elbra: The forgotten resource curse: South Africa's poor experience with mineral extraction, in: Resources Policy, 38:4, 2013, S. 553f.
30 Botswana, Lesotho, Mosambik, Namibia und Swasiland.
31 Stephen R. Hurt: The EU–SADC Economic Partnership Agreement Negotiations: 'locking in' the neoliberal development model in southern Africa?, in: Third World Quarterly, 33:3, S. 495-510.
32 Gijs Berends: What does the EU-SADC EPA really say? An analysis of the economic partnership agreement between the European Union and Southern Africa, in: South African Journal of International Affairs, 23:4, S. 461.
33 Vinaye Ancharaz: Export taxes in the EPA negotiations: Is it worth the price?, https://www.ictsd.org/bridges-news/bridges-africa/news/export-taxes-in-the-epa-negotiations-is-it-worth-the-price vom 17.03.2014.
34 Europäische Kommission: European Union, Trade in goods with South Africa, trade.ec.europa.eu/doclib/html/113447.htm vom 16.11.2017.
35 Europäische Kommission 2017, S. 4ff.
36 Joseph E. Stiglitz: Globalization and Its Discontents Revisited: Anti-Globalization in the Era of Trump, W.W. Norton & Company, 2017.
37 Angelos Sepos: Imperial power Europe? The EU's relations with the ACP countries, in: Journal of Political Power, 6:2, 2013, S. 271.
38 UNEP: From Conflict to Peacebuilding: The Role of Natural Resources and the Environment, 2009, S. 5.
39 Heidelberg Institute for International Conflict Research: Conflict Barometer 2016 – disputes, non-violent crises, violent crises, limited wars, wars, 25, 2017, S. 21, nach Michael Reckordt: Deutsche Rohstoffpolitik und deutsche Industrie-Interessen an "Tiefseerohstoffen", in: Z.: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 29:2, 2018, S. 78.
40 Global Witness: Defenders of the Earth – Global killings of land and environment defenders in 2016, 2017, nach Reckordt 2018, S. 78f.
41 Jessica Steinberg: Protecting the capital? On African geographies of protest escalation and repression, in: Political Geography, 62, 2018.
42 Ebd., S. 20 [Übersetzung aus dem Englischen].
43 Lukas Renz: Rohstoffimperialismus: Deutsche und europäische Entwicklungspolitik im Dienste von Wirtschaft und Machtpolitik, IMI-Studie 01/2014, S. 16ff.
44 Lühr Henken: Wahlen im Kongo – Aufgabe für die Bundeswehr? Rohstoffe, Militär und Interessen in der DR Kongo – eine Analyse, IMI-Studie 06/2006.
45 Renz 2014, S. 16.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

46 Europäische Union: Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, 2016, S. 35.
47 Rat der Europäischen Union: The South Africa-European Union Strategic Partnership Joint Action Plan, http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%209650%202007%20INIT vom 15.05.2007.
48 Bonn International Center for Conversion (BICC): Südafrika: Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte, 12/2017, S. 12ff.
49 Ebd., S. 10.
50 Ebd., S. 12.
51 Ebd., S. 2.
52 Ebd., S. 10.
53 Ebd., S. 2.
54 Campaign Against Arms Trade (CAAT): EU Arms Exports, https://www.caat.org.uk/resources/export-licences-eu/export.de.html.
55 CAAT: EU Arms Exports, https://www.caat.org.uk/resources/export-licences-eu/export.de.html?destination=South%20Africa.
56 Jane Duncan: The Rise of the Securocrats: The case of South Africa, Jacana Media, 2014, S. 279 [Übersetzung aus dem Englischen].
57 Marlea Clarke: Supporting the „Elite“ Transition in South Africa: Policing in a Violent, Neoliberal Democracy, in: Michelle D. Bonner, Guillermina Seri, Mary Rose Kubal und Michael Kempa (Hrsg.): Police Abuse in Contemporary Democracies, Palgrave Macmillan, 2018, S. 198.
58 Bill Dixon: A Violent Legacy: Policing Insurrection in South Africa From Sharpeville to Marikana, in: The British Journal of Criminology, 55:6, 2015, S. 1131.
59 Clarke 2018, S. 204ff.
60 Ebd., S. 209.
61 Duncan 2014, S. 81.
62 Clarke 2018, S. 206ff.
63 Duncan 2014, S. 91f.
64 Ebd., S. 79.
65 Ebd., S. 84.
66 Ebd., S. 84.
67 David Bruce: The Road to Marikana: Abuses of Force during Public Order Policing Operations, http://sacsis.org.za/site/article/1455 vom 12. Oktober 2012.
68 Duncan 2014, S. 84.
69 Library of Congress: Police Weapons: South Africa, https://www.loc.gov/law/help/police-weapons/south-africa.php#Equipment vom 09. Juni 2015.
70 South African Police Special Task Force: Equipment, http://www.sapstf.org/Equipment.aspx.
71 Wikipedia: National Intervention Unit, https://en.wikipedia.org/wiki/National_Intervention_Unit.
72 Aufgrund des Mangels an öffentlich zugänglichen Quellen muss davon ausgegangen werden, dass die aufgelisteten Rüstungsgüter nicht den vollen Umfang europäischer Importe und Lizenzprodukte in der Standardausstattung südafrikanischer Polizeieinheiten widerspiegeln.
73 Christopher McMichael: Police wars and state repression in South Africa, in: Journal of Asian and African Studies, 51:1, 2016, S. 3-16.
74 Martin Daly: Killing the Competition: Economic Inequality and Homicide, Transaction Publishers, 2016.
75 Karl von Holdt: South Africa: the transition to violent democracy, in: Review of African Political Economy, 40, 2013, S. 589f.
76 Peter Alexander: Rebellion of the poor: South Africa’s service delivery protests – a preliminary analysis, in: Review of African Political Economy, 37, 2010, S. 37 [Übersetzung aus dem Englischen].
77 Sam Adelman: The Marikana Massacre, the Rule of Law and South Africa’s Violent Democracy, in: Hague Journal on the Rule of Law, 7:2, 2015, S. 250.
78 Clarke 2018, S. 212.
79 McMichael 2016, S. 8ff.
80 Peter Alexander: Marikana, turning point in South African history, in: Review of African Political Economy, 40:138, 2013, S. 605-619.
81 Maren Grimm und Jakob Krameritsch: Die Konvergenz von Konzern- und Staatsinteressen: Zur unabgeschlossenen Aufarbeitung des Massakers von Marikana, in: Britta Becker, Maren Grimm und Jakob Krameritsch (Hrsg.): Zum Beispiel BASF: Über Konzernmacht und Menschenrechte, Mandelbaum Verlag, 2018, S. 47.
82 Ebd., S. 47.
83 Bischof Jo Seoka: Vorwort, in: Becker/Grimm/Krameritsch 2018, S. 22.
84 Grimm/Krameritsch 2018, S. 46.
85 Ebd., S. 47.
86 Britta Becker, Maren Grimm und Jakob Krameritsch: Einleitung, in: Becker/Grimm/Krameritsch 2018, S. 29f.
87 Ebd., S. 30.
88 Gavin Capps: Lonmin im Zusammenhang: Die Platinindustrie in Südafrika, in: Becker/Grimm/Krameritsch 2018, S. 88-107.
89 Crispen Chinguno: Marikana: fragmentation, precariousness, strike violence and solidarity, in: Review of African Political Economy, 40:138, 2013, S. 639-646.
90 „Ungeschützt“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Initiierung des Streiks nicht die üblichen arbeitsrechtlich vorgesehenen Verfahren vorausgingen. „Ungeschützte“ Streiks an sich sind dadurch jedoch noch nicht illegal. Siehe Peter Alexander: Das Massaker: Ein Bericht auf Aussagen von Arbeiter_innen beruhend, in: Krameritsch 2013, S. 43.
91 Alexander 2013, S. 42ff.
92 Ebd., S. 45ff.
93 Marikanna Commission of Inquiry: Report on Matters of public, national and international Concern arising out of the tragic Incidents at the Lonmin Mine in Marikana, in the North West Province, https://www.sahrc.org.za/home/21/files/marikana-report-1.pdf vom 31.05.2015.
94 Grimm/Krameritsch 2018, S. 49.
95 Ebd., S. 50.
96 Grimm/Krameritsch 2018, S. 49.
97 Ebd., S. 49f.
98 Peter Alexander: Cyril Ramaphosa’s Marikana massacre “apology” is disingenuous and dishonest, http://theconversation.com/cyril-ramaphosas-marikana-massacre-apology-is-disingenuous-and-dishonest-77485 vom 11.05.2017.
99 Stefan Buchen: Denkstrukturen gegen Fakten: Der Bezug des Massakers von Marikana zu Deutschland blieb lange unbemerkt, in: Becker/Grimm/Krameritsch 2018, S. 359.
100 Ebd., S. 359.
101 Ebd., S. 360.
102 Ebd., S. 364.
103 Becker/Grimm/Krameritsch 2018, S. 30f.
104 Alexander 2013, S. 69f.
105 Liam Downey, Eric Bonds und Katherine Clark: Natural Resource Extraction, Armed Violence, and Environmental Degradation, in: Organization & Environment, 23:4, 2010, S. 423f. [Übersetzung aus dem Englischen].
106 Ebd., S. 424 [Übersetzung aus dem Englischen].
107 Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Hanser Berlin, 2016.
108 Becker/Grimm/Krameritsch 2018, S. 41.
109 John Bellamy Foster, Brett Clark und Richard York: The Ecological Rift: Capitalism’s War on the Earth, Monthly Review Press, 2010.
110 Jason W. Moore: Capitalism in the Web of Life: Ecology and the Accumulation of Capital, Verso, 2015.
111 Geoffrey Caveney: The Commodity Supercycle Never Ended, It Just Paused - And Now It’s Back, https://seekingalpha.com/article/4182487-commodity-supercycle-never-ended-just-paused-now-back vom 19.06.2018.
112 Michael Klare: Are Resource Wars Our Future?, http://www.tomdispatch.com/post/176063/tomgram%3A_michael_klare%2C_are_resource_wars_our_future/ vom 03.11.2015.

Koreanische Halbinsel

Tauwetter am 38. Breitengrad

von Claudia Haydt

Dorasan ist ein Geisterbahnhof. Dicht an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea könnte er das 56km entfernte Seoul mit dem gut 200km im Norden liegenden Pjöngjang verbinden, wenn dem nicht ein breiter Grenzstreifen entlang des 38. Breitengrades und ein Berg an politischen Problemen im Wege stünden. Seit einigen Monaten gibt es dennoch Anzeichen dafür, dass Dorasan Chancen darauf hat, in absehbarer Zukunft Teil eines trans-eurasischen Eisenbahn-Netzwerks zu werden und die Teilung der koreanischen Halbinsel, wenn nicht aufgehoben, so doch wenigstens teilweise überwunden wird. Woher kam dieser Umschwung? Wie fragil ist der Friedensprozess? Diesen und weiteren Fragen soll der folgende Artikel nachgehen, wobei der Schwerpunkt auf den Entwicklungen in Südkorea liegt, ohne die das sich anbahnende Tauwetter möglicherweise keine Chance gehabt hätte.

Friedlicher Aufstand im Süden

Zur Erinnerung: Im Herbst 2016 wurde die Amtsenthebung der korrupten, autoritären, militaristischen und stramm US-orientierten Regierung von Präsidentin Park Geun-hye durch friedliche Kerzenlicht-Demonstrationen erzwungen. Millionen von Menschen in ganz Südkorea protestierten monatelang und veränderten das zuvor äußerst repressive Klima im Süden grundlegend. Zwischenzeitlich wurde Frau Park zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 31. Mai 2017 fanden Neuwahlen statt und im Juli 2017 skizzierte der neugewählte demokratische Präsident Moon Jae-In bei einem Vortrag[1] in Berlin seine Vorstellungen für eine Friedenslösung. Er war gewählt worden, weil er eine demokratischere und sozialere Politik als seine Vorgängerin versprach, inklusive der deutlichen Erhöhung des Mindestlohnes. Anstelle der Aufrüstung gegen den Norden, der Konfrontation mit China und der Stationierung des US-Raketensystems THAAD kündigte er Entspannungspolitik, Annäherung und Friedensverhandlungen an. Auch wenn die politischen Vorzeichen angesichts von Interkontinentalraketentests des Nordens und Drohungen Trumps mit einem Angriff auf Pjöngjang zum Zeitpunkt von Moons Berliner Rede äußerst schlecht waren, erwies sich der von ihm vorgestellte Plan als richtungsweisend.

Die an Absurdität kaum zu überbietenden Drohungen und Gegendrohungen zwischen Kim Jong-un und Präsident Trump, die im Herbst 2017 Komplimente wie „Raketen-Mann“ und „geisteskranker Tattergreis“[2] austauschten, führten schließlich mehr oder weniger nach Moon Jae-ins Drehbuch zu einer Annäherung zwischen den USA und Nordkorea. Dies ist umso überraschender, als Moon Jae trotz des Präsidialen Systems in Südkorea nur eine begrenzte Machtbasis hat.

Prekäre Machtbasis im Innern

Moon hat keine eigene Mehrheit im Parlament und die meisten der staatlichen Institutionen wurden von seiner Vorgängerin auf einen autoritären, neoliberalen und streng transatlantischen Kurs getrimmt. Besonders auffällig ist dies im Bereich der Justiz und der Militärpolitik. Die nationalen Sicherheitsgesetze hängen in Südkorea nach wie vor wie ein Damoklesschwert über politischen Aktivisten, da nahezu jede Friedensinitiative auch als eine Gefährdung der nationalen Sicherheit interpretiert und entsprechend geahndet werden kann. Die fortgesetzte Inhaftierung des linken Politikers Lee-Seok-ki ist hier ein mahnendes Beispiel. Er sitzt seit fünf Jahren 23 Stunden am Tag in einer 2,5 Quadratmeter großen Zelle und müsste dort entsprechend seiner Verurteilung noch weitere 4 Jahre bleiben. Er wurde für politische Aktivitäten bestraft, die im Kern nichts anderes beinhalten als die Annäherungs- und Friedenspolitik, die heute von der koreanischen Regierung verfolgt wird.

Gleichzeitig hatte die US-Regierung das koreanische Machtvakuum zwischen der Absetzung von Präsidentin Park und der Neuwahl von Präsident Moon genutzt, um das Raketensystem THAAD schneller als ursprünglich geplant auf dem Süden der Halbinsel zu stationieren. Diese Stationierung belastet die Beziehungen zu China stark.[3] Deswegen hatte der neugewählte Präsident Moon zu Beginn seiner Amtszeit versucht mit einem Memorandum die weitere Stationierung aufzuhalten und musste dann feststellen, dass sie mit Unterstützung des koreanischen Militärs dennoch fortgesetzt wurde.

Ein Drehbuch für den Frieden?

Moon setzte seinen Kurs dennoch beharrlich fort. Er hatte vorgeschlagen, Nordkorea solle an den Olympischen Winterspielen teilnehmen, was im Februar 2018 in Pyeongchang dann auch stattfand. Seine Begründung: „Sport verbindet“. Die Präsenz einer großen nordkoreanischen Delegation und die zahlreichen Bilder von sportlicher Kooperation der Teams aus den beiden Koreas dienten vor allem dazu, in Südkorea eine Offenheit für die politische Annäherung zu schaffen.

Moon hatte in Berlin vorgeschlagen, dass beide Seiten künftig alle Feindseligkeiten an der Grenze zwischen Nord und Süd unterlassen. Obwohl es in den Monaten nach seiner Rede überhaupt nicht danach aussah – Raketentests im Norden und US-Großmanöver verschärften die Konfrontation –, öffneten die Olympischen Spiele genau das politische Fenster, das notwendig war, um der Diplomatie eine Chance zu geben.

Während der olympischen Spiele verzichteten die US-Militärs auf Manöver im Süden und der Norden hielt sich ebenfalls zurück. Auch wenn die Annäherung zwischen den USA und Nordkorea anfangs sehr holprig stattfand, der Dialog zwischen den beiden Koreas wurde kontinuierlich intensiver. Eine hochrangige Delegation[4] aus dem Norden, die sich am Rande der Olympischen Winterspiele auch mit Präsident Moon traf, war hier ein wesentlicher Schritt.

Die Weltöffentlichkeit nahm vor allem die Wirren um das angekündigte, dann abgesagte und dann wieder aufgenommene Gipfeltreffen zwischen Kim und Trump in Singapur wahr. Man kann mit gewisser Berechtigung von einem historischen Gipfel sprechen. Die Zusage einer „vollständigen Denuklearisierung“ der koreanischen Halbinsel stimmt hoffnungsvoll. Leider enthält das gemeinsam unterzeichnete Gipfeldokument nur eine Willenserklärung, konkrete Aussagen zur Umsetzung sowie „Sicherheitsgarantien“ für Nordkorea fehlen bisher vollständig.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Trump braucht Erfolge

Das Interesse der Staatschefs der beiden Koreas an einem Friedensvertrag – über 65 Jahre nach Ende des Koreakrieges – ist absolut verständlich. Es lässt sich jedoch trefflich spekulieren, warum Trump plötzlich ein so starkes Interesse an einem Vertrag mit dem Norden hat. Vielleicht ist es Kim gelungen, genau den Stil der Auseinandersetzung zu finden („Mein Atomknopf ist größer als deiner"), der mit Trump kompatibel ist. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass Trump dringend auf der Suche nach vorzeigbaren Erfolgen ist. Die Abrüstung Nordkoreas, dessen Raketenprogramm in den USA als Bedrohung diskutiert wird, wäre eine willkommene positive Schlagzeile für den angeschlagenen Präsidenten. Gleichzeitig könnte durch einen Friedensprozess auch der Einfluss der USA auf der koreanischen Halbinsel sinken und damit die Stationierung von zehntausenden US-Soldaten gefährdet sein. Im Kern geht es für die USA um die Frage, ob sie in der Lage wäre, den Prozess einer politischen und ökonomischen Annäherung zwischen den beiden Koreas zu dominieren und so weiterhin Einfluss auf dem ostasiatischen Festland zu haben, oder ob ein souveränes Korea sich stärker an China orientieren würde.

Die Antwort auf diese Frage ist für alle Beteiligten von höchster Relevanz und so richten sich aus verschiedenen Blickwinkeln die Augen auf das historische Beispiel der deutschen Wiedervereinigung aus deren Erfolgen oder Fehlern sowohl die beiden Koreas als auch China und die USA jeweils unterschiedliche Schlüsse ziehen. Trumps Administration ist relativ optimistisch, dass sie einen Annäherungsprozess kontrollieren könnte. Während die Staatschefs der beiden Koreas versuchen eine souveränere Politik zu gestalten – unterstützt von China.

Politische Analysten bringen deswegen den alten Gedanken der Blockfreiheit wieder ins Spiel und stellen die Frage, ob ein neutrales Korea möglich wäre. Der Politikwissenschaftler Sangpil Jin sieht in einer vertraglich abgesicherten Deklaration der „dauerhaften Neutralität" durch die Regierungen Nord- und Südkoreas einen erfolgversprechenden Neuansatz („game changer")[5] in der Sicherheitsarchitektur Ostasiens. „Ein dauerhaft neutrales Korea könnte China die Rückversicherung geben, dass dieses Tor ins Herz des Eurasischen Kontinents weniger von den geopolitischen Ansprüchen Washingtons beeinflusst wird. Vom Standpunkt der USA aus (…) könnte die geographische Lage eines neutralen Korea die Hegemonieansprüche Chinas einhegen, da die Halbinsel einen natürlichen Puffer zwischen dem kontinentalen und maritimen Asien bildet." Sangpil Jin entwirft dabei die positive Vision von Korea als einem Modell für die zukünftige Kooperation der Rivalen China und USA in anderen Konfliktregionen. „Russland und Japan würden von einer Neutralität ebenfalls profitieren. (…) In den Fußstapfen des Wiener Kongresses, der die Neutralität der Schweiz formalisierte, würde als abschließender Schritt in einer Sondersitzung mit China, Japan, Russland und den Vereinigten Staaten als Garanten, ein verbindlicher Vertrag über Koreas dauerhafte Neutralität festgelegt werden." Er weist darauf hin, dass dies auch den Abzug der US-Truppen aus Südkorea und das Ende der strategischen Partnerschaft zwischen Washington und Seoul bedeuten würde. Ein solches neutrales, blockfreies Korea mag im Moment in weiter Ferne liegen, die Vision ist jedoch bestechend, da sie tatsächlich eine tragfähige Lösung für den eingefrorenen Konflikt bieten würde.

Das Kim-Trump-Gipfeltreffen in Singapur. Quelle: Dan Scavino / Wikimedia Commons

Geopolitik und Schritte zum Frieden

Die Chance für eine weitere Entspannungspolitik existiert, auch wenn die Rahmenbedingungen fragil sind. Es gibt Hinweise auf einen zweiten Gipfel zwischen Kim und Trump sowie zwischen dem japanischen Präsidenten Abe und Kim. Die innerkoreanische Annäherung nimmt immer konkretere Formen an. Familienzusammenführungen, gesamtkoreanische Teams bei Sportveranstaltungen und Gespräche auf allen Ebenen der Administrationen stimmen hoffnungsvoll.

Es hängt alles wesentlich davon ab, ob die USA einen Friedensvertrag und eine souveräne Entwicklung ermöglichen. Gleichzeitig ist eine fortgesetzte Demokratisierung im Süden nötig. Die Abschaffung der willkürlichen Sicherheitsgesetzgebung und die Freilassung des Politikers Lee Seok-kis wären Zeichen, dass Friedenspolitik zuverlässige Spielräume hat und würden eine offene gesellschaftliche Debatte über die Zukunft des Landes befördern.

Am Bahnhof Dorasan werden die Gleisanlagen Richtung Norden im Moment wiederhergestellt und die gemeinsame Sonderwirtschaftszone in Kaesong wird von Teams aus Süd und Nord für die Wiederaufnahme der Produktion vorbereitet. Die historische Ausstellung in der Vorhalle des Bahnhofs zeigt Bilder des Gipfeltreffens von Moon und Kim – harmonische Bilder, in denen symbolisch Grenzen überwunden werden und ausgestreckte Hände sich finden. Die Vertreter der beiden Koreas sind sicher gut beraten, möglichst viele konkrete Annäherungsschritte in eigener Regie zu unternehmen. Diese Schritte der Vertrauensbildung geben zumindest die Chance für eine friedliche Entwicklung auf der Halbinsel – in der die Menschen vor Ort ihr Schicksal bestimmen und nicht die beteiligten Großmächte.

Anmerkungen

1 Moon: „Ich will Frieden auf der koreanischen Halbinsel verankern" (Korea.net 7.7.2017).
2 Austin Ramsey: Kim Jong-un Called Trump a 'Dotard.' What Does That Even Mean? (New York Times, 22.9.2017).
3 Vgl.: Claudia Haydt: Südkorea: Kampf um die Demokratie (IMI-Standpunkt 2017/20), 18.7.2017.
4 Nina Belz: Nordkorea schickt abermals hochrangige Delegation in den Süden; nzz-online, 22.2.2018.
5 Sangpil Jin: Could permanent neutrality be the answer for Korea? (East Asia Forum, 15.9.2018) (Übersetzung C.H.)

Rezension: „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“

von Mirko Petersen

Jörg Kronauer, Soziologe und freier Journalist, hat mit seinem Buch „Meinst du, die Russen wollen Krieg? Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg“ mit Sicherheit kein vollkommen neues Thema erschlossen.[1] Doch angesichts der Entwicklungen in den russisch-westlichen Beziehungen bleibt der Umgang Deutschlands und der USA mit Moskau weiterhin ein aktuelles Thema, zu dem immer noch nicht alles gesagt und geschrieben ist. Neue Vorkommnisse sorgen zudem fortlaufend für Gesprächsbedarf: Der vermeintliche Eingriff Russlands in den Präsidentschaftswahlkampf von 2016 beschäftigt die US-amerikanische Öffentlichkeit bis heute und der sogenannte Fall Skripal erregt die Gemüter in London und anderen europäischen Hauptstädten seit März dieses Jahres.[2]

Es sind jedoch weniger diese aktuellen Ereignisse, sondern vielmehr die historisch gewachsenen Strukturen in den deutsch-russischen und US-amerikanisch-russischen Beziehungen, die in Kronauers Buch im Mittelpunkt stehen. Die geschichtliche Entwicklung dieser Beziehungen wird in den ersten beiden Kapiteln behandelt. Im dritten Kapitel geht es um die russische „Westpolitik“ und im vierten und letzten Kapitel liegt das Augenmerk dann auf dem sog. Neuen Kalten Krieg.[3] Der Autor möchte, wie der Titel des Buches andeutet, herausarbeiten, welche Motive sich hinter der aktuellen russischen Außenpolitik verbergen. Er argumentiert schlüssig, dass hierzu jedoch ebenfalls eine Analyse der deutschen und US-amerikanischen Politik gegenüber Moskau nötig ist, da das Handeln des Kremls häufig eine Reaktion auf ebendiese darstellt.

USA und Deutschland: Unterschiedliche Ansätze

Besonders die Darstellung der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen ist sehr interessant, da sie viele wenig bekannte Fakten enthält. Die historische Beschreibung bildet ein Jahrhundert wechselhafter Verbindungen ab. Sie beginnt nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und endet mit dem Krieg in der Ukraine. Speziell Kronauers Analyse der Ambivalenz in den Haltungen der verschiedenen deutschen Staaten (bzw. ihrer Regierungen) gegenüber Russland ist besonders treffend. Anders als andere Bücher zu diesem Thema4 fokussiert sich Kronauer nicht auf die reine Feindbildkonstruktion, sondern hebt auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit hervor: „Erbitterte innere Auseinandersetzungen prägen die deutsche Politik gegenüber Russland nicht erst seit kurzem. Bereits der deutsche Umgang mit der Sowjetunion, ja sogar mit dem Zarenreich ist stets von widersprüchlichen Polen geprägt worden. Einerseits gab es ein Interesse an Kooperation, vor allem in der Wirtschaft, die Zugang zu Russlands Absatzmarkt und zu den Rohstoffen suchte. Eine gewisse Zusammenarbeit strebten immer wieder auch führende Politiker an, denen es – meist in Phasen eigener Schwäche – um einen Verbündeten in Auseinandersetzungen mit Staaten im Westen ging. Zuweilen suchten selbst Militärs den Schulterschluss mit Moskau. Umgekehrt hat es stets auch eine Politik scharfer Konfrontation gegeben – vor allem dann, wenn das deutsche Establishment sich mächtig genug fühlte, seine Interessen im Osten auch gegen Russland bzw. die Sowjetunion durchzusetzen“ (S.9-10). Zweifelsohne überwiegen seit Jahren die konfrontativen Aspekte in der deutschen Politik gegenüber Russland, dennoch existiert weiterhin eine Vielzahl an Stimmen in den deutschen Debatten, die (aus wirtschaftlichen und politischen Motiven) vor einem kompletten Bruch mit Moskau warnen.

Im darauffolgenden Kapitel behandelt Kronauer die US-amerikanisch-russischen Beziehungen. Auch bei diesem Kapitel handelt es sich um eine Darstellung der historischen Entwicklungen seit dem Ende des Ersten Weltkrieges bis zum Krieg in der Ukraine. In Bezug auf das Handeln Washingtons gegenüber Moskau hebt der Autor die Unterschiede im Vergleich zur deutschen Herangehensweise hervor: „Die US-Politik gegenüber Moskau folgt gänzlich anderen Prämissen als die deutsche. Seit die Vereinigten Staaten zur weltweit operierenden Macht aufstiegen, ist das ferne Russland stets vor allem eines gewesen: ein potentieller Rivale. Selbstverständlich haben auch US-Unternehmen immer wieder die Chance gesucht, einträgliche Geschäfte mit Russland zu machen. Diese haben jedoch nie die herausragende Bedeutung erlangt, die sie für deutsche Firmen besaßen. Dafür hat Washington sich stets bemüht, den Einfluss des russischen bzw. sowjetischen Rivalen zu bekämpfen und Moskau selbst zu schwächen“ (S.81-82). Unter Berufung auf den Politologen und Gründer des Think Tanks „Stratfor“, George Friedman, ergänzt Kronauer, dass ein zentrales Bestreben der US-Politik stets das Verhindern eines deutsch-russischen Bündnisses sein werde. Ein solches Bündnis hätte erhebliche Auswirkungen auf die dominante Rolle der USA im globalen geopolitischen Staatengefüge.

Russland: Von Kooperation zu Konfrontation

Im dritten Kapitel des Buches steht anschließend die russische Außenpolitik im Mittelpunkt. Der Autor schildert die Entwicklung des russisch-westlichen Verhältnisses nach dem Ende des Kalten Krieges, wobei dieser Abschnitt weniger innovative Analysen bereithält als die vorherigen Teile des Buches. Kronauer hebt hervor, dass Moskau lange versuchte, durch wirtschaftliche und politische Kooperationen ein gewinnbringendes Verhältnis zum Westen aufzubauen, sich aber gezwungen sah, diese Linie aufzugeben. Die Strategie, speziell durch enge deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen die außenpolitische Konstellation zu verbessern, scheiterte: „Die ‚Strategische Partnerschaft‘, die Berlin im Jahr 2000 ausgerufen hatte, stand diesbezüglich nur auf dem Papier. Und all die papierenen Bekenntnisse konnten die Bundesrepublik nicht davon abhalten, in Osteuropa ihre Hände immer stärker nach dem unmittelbarsten russischen Interessengebiet auszustrecken: Ab Mitte der 2000er Jahre wurde in Berlin und Brüssel eine engere EU-Anbindung der Ukraine, Belarus´, Moldawiens und der drei Staaten des Südkaukasus auf die Tagesordnung gesetzt. Dass die Östliche Partnerschaft, wie man das Vorhaben ab 2009 offiziell nannte, nicht nur den deutschen Einfluss stärken, sondern auch die Bindung der genannten Länder an Russland schwächen und damit klar zu Lasten Moskaus gehen würde, das war klar“ (S.133). Infolge des Scheiterns des kooperativen Ansatzes ging Moskau anschließend zu einer aggressiveren Außen-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

politik über, die den NATO-Staaten klar die Grenzen aufzeigen sollte. Speziell seit dem Georgien-Krieg 2008 verschlechterten sich die russisch-westlichen Beziehungen immer weiter. Diese Entwicklung fand im ukrainischen Krieg 2014 ihren vorläufigen Höhepunkt.

Den Begriff des Neuen Kalten Krieges (oder auch „zweiter Kalter Krieg“, wie im Titel des Buches) verwendet Kronauer für die Zeit seit dem Umsturz in der Ukraine, die er im vierten Kapitel betrachtet. Während die US-Politik gegenüber Russland nun ausschließlich konfrontativen Charakter besitzt, ist nach dem Ende der größten Auseinandersetzungen in der Ukraine laut Kronauer auf deutscher Seite nun wieder, wie schon häufiger in der Geschichte, eine Mischung aus kooperativen und konfrontativen Politikelementen („Congagement“) zu beobachten – „kooperativ, wo ökonomische Interessen bedient werden wollen, konfrontativ, wo es um die Machtfrage geht“ (S.166). Neben Teilen der SPD kann besonders der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, als einer der zentralen Befürworter dieser Art von Politik angesehen werden.

Schlussplädoyer

Aufschlussreich ist, wie der Autor die russische Politik der letzten Jahre beschreibt. Anders als häufig behauptet sei die häufig dem Kreml zugeschriebene hybride Kriegsführung – speziell der Einsatz von medialen Desinformationskampagnen und die Zusammenarbeit mit (teilweise rechtsradikalen) oppositionellen Bewegungen in anderen Ländern – keineswegs eine russische Erfindung. Vielmehr handle es sich um eine Spiegelung westlicher Methoden im postsowjetischen Raum. Einen Ausweg aus der Eskalationsspirale „böte wohl einzig und alleine eine gemeinsame Abrüstung, und zwar nicht nur auf militärischer, sondern auch auf politischer Ebene“ (S. 201), so das Schlussplädoyer des Buches.

Insgesamt ist es Jörg Kronauer gelungen, ein gut lesbares Buch zu verfassen, das neue wichtige Aspekte zu einem bereits viel behandelten Thema hinzufügt. Speziell in Bezug auf die deutsch-russischen Beziehungen legt er viele wertvolle, weniger bekannte Fakten dar. Die Analyse der russischen Außenpolitik ist weniger innovativ, gibt jedoch einen guten Überblick über die Ereignisse seit dem Ende des Kalten Krieges. In einigen wenigen Abschnitten fehlt es an einem kritischeren Blick auf die russische Politik, z.B. in Bezug auf Moskaus Anti-Terror-Krieg oder auch den Militäreinsatz in Syrien. Trotzdem ist die Dekonstruktion der westlichen Kritik an Russland, wie sie der Autor vornimmt, in jeglicher Hinsicht berechtigt. Die Lektüre des Buches ist empfehlenswert.

Anmerkungen

1 Der Titel des Buches leitet sich aus einem Gedicht des sowjetischen Autors Jewgeni Jewtuschenko aus dem Jahr 1961 ab. Jewtuschenko verwies auf die großen Verluste der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg und zweifelte an, dass die UdSSR in der Systemkonfrontation der damaligen Zeit einen weiteren Krieg riskieren würde. Der Autor war laut Jörg Kronauer um „mentale Abrüstung“ (S.7) bemüht.

2 Der Journalist Brendan O’Neill kommentierte die Reaktionen auf den Giftanschlag auf den ehemaligen russischen nachrichtendienstlichen Mitarbeiter Sergej Skripal und seine Tochter in der englischen Stadt Salisbury folgendermaßen: „Die chauvinistische Russlandangst ist außer Kontrolle“ (vgl.: O’Neill, Brendan: The Jingoistic Fear of Russia is out of control, spiked.com, 13.03.2018). Einige bis heute wenig beachtete Aspekte zum Fall Skripal sind in diesem Artikel zu finden: Murray, Craig: Russland unter Anklage: Das Nowitschok-Mysterium, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 63, Nr.4, 2018, S. 53-57.

3 Für kritische Anmerkungen zur Verwendung dieses Begriffes, vgl.: Westad, Odd Arne: Has a New Cold War Really Begun? Why the Term Shouldn’t Apply to Today’s Great-Power Tensions, foreignaffairs.com, 27.03.2018.

4 Vgl. u.a.: Hofbauer, Hannes: Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung. Wien: Promedia Verlag, 2016.

Kurzinformationen zum Buch:

Autor: Jörg Kronauer
Titel: „Meinst du, die Russen wollen Krieg? Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg“
Seitenzahl: 207
Verlag: PapyRossa
Erscheinungsjahr: 2018
Preis: 14,90 Euro

PROGRAMM

Freitag-Abend ab 19 Uhr:
Auftaktveranstaltung: Beispiele der Konversion
(Achtung anderer Ort: Schellingstr. 6, Hausbar)

Samstag, 8. Dezember 2018
12:00-12:10 Begrüßung

12:15-13:45 Deutschland im Rüstungsfieber
- Konzeption und Fähigkeitsprofil der Bundeswehr: Die Kosten der Aufrüstung (Tobias Pflüger)
- Think Big: Rüstungsmarkt in Bewegung (Andreas Seifert)

14:15-15:45 Rüstungsprojekte im IT-Bereich und bei der Polizei (Christoph Marischka und Martin Kirsch)

16:15-17:45 Atomare Aufrüstung und aufkeimender Widerstand (Claudia Haydt)

18:45-20:15: Die EU auf dem Weg zur Rüstungsunion (Jürgen Wagner und Marius Pletsch)

Sonntag, 9. Dezember 2018
10:00-11:15 Gegenkonversion I: Freie Fahrt fürs Militär: Militärische Mobilität und das NATO-Logistikkommando in Ulm (Tobias Pflüger)

11:30-12:45: Gegenkonversion II: Die militärische (Rück-)Eroberung der Fläche: (Re-)Aktivierung alter und neuer Liegenschaften (Alexander Kleiß)

13:00-14:30: Podium: Aktiv werden: Widerstand gegen Aufrüstung!

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wider.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154